Kurdistan Report

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten

Nr. 136 März/April 2008 2,50 Euro



- Karayılan: Marschiert die Türkei in den Süden ein, kommt sie nicht mehr heraus
- Auswirkungen des internationalen Komplotts nach 10 Jahren

Im Kurdistan Report Nr. 136 März/April 2008 berichten wir über:

Impressum

Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.), S. Karabulut, B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU - Informationsstelle Kurdistan e.V.
Schanzenstr. 117
20357 Hamburg
k.report@gmx.de

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
Hamburger Sparkasse
Kto.Nr. 102 021 21 20
BLZ 200 505 50

Internet-Adresse:
www.kurdistanreport.de

Druck:
PrimaPrint, Köln

Preise:
Jahresabonnement
6 Exempl. 15,– Euro plus Portokosten

Einzelexempl.: 2,50 Euro

Dänemark 20 dkr.
Großbritannien 2 bp.
Norwegen 20 nkr.
Schweden 20 skr.
Schweiz 4 sfr.

Titelbild:
Demonstration der DTP gegen die Operationen, Foto: DIHA

Rückseite:
Im Tal der Stille, Menschen im Tigristal
Fotos: Christian Kaiser

Umschlag:
Entwurf und Gestaltung: Annett Bender

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Artikel, LeserInnenbriefe und Fotos sind erwünscht und werden nach Möglichkeit abgedruckt. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor.

Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.



“Êdî bes e – Es reicht“, unter diesem Motto versammeln sich weiterhin KurdInnen weltweit



Wegen der höflichen Anrede Sayın Öcalan/Herr Öcalan werden noch immer Menschen verhaftet und verurteilt



Flüchtlingsleben – Wann finden die friedlichen Lösungsvorschläge Gehör? Fotos: DIHA

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

man muss große Achtung zeigen vor den friedenspolitischen Initiativen der kurdischen Bevölkerung der letzten Tage, Wochen und Monate. Die Menschen besitzen eine unglaubliche Willensstärke und werden nicht müde, mit immer neuen Aktivitäten des zivilen Widerstands für ihr Recht auf ein menschenwürdiges Leben zu kämpfen. Ob Alt oder Jung, Frau oder Mann, Zehntausende folgten dem Aufruf der DTP und kamen trotz massiver Repression der türkischen Sicherheitskräfte zu einer Demonstration gegen die eskalierenden Militäroperationen in die Berge von Şırnak.

Und auch zum 15. Februar, dem Jahrestag der Verschleppung Abdullah Öcalans, als „schwarzer Tag“ in die kurdische Geschichte eingegangen, ließen sich die Menschen nicht davon abhalten, auf die Straßen zu gehen, um für eine friedliche Lösung des Konflikts und gegen den nicht anerkannten Krieg gegen sie zu demonstrieren. Konnten in Strasbourg annähernd 50 000 Menschen friedlich ihren Protest zum Ausdruck bringen, wurde in Nordkurdistan und in der Türkei auf sie Jagd gemacht, sie wurden beschossen und mit Panzern durch die Straßen gehetzt. Hunderte wurden festgenommen und verhaftet, viele verletzt. Ein Jugendlicher wurde in Cizre von einem Polizeipanzer überrollt und getötet. Seiner Familie und seinen Freunden möchten wir an dieser Stelle unser Beileid aussprechen.

Auf einer Pressekonferenz in Ankara reagierte die DTP-Vorsitzende Emine Ayna scharf auf die Übergriffe der Sicherheitskräfte: „Die aktuellen Entwicklungen zeigen, dass die AKP der kurdischen Bevölkerung nichts anderes zu geben weiß als Tod und Tränen, Repression und Gewalt. Aktionen wie die Schließung von Geschäften, Demonstrationen, Hungerstreiks sind demokratische und zivile Aktionen, mit denen die Menschen die Regierung dazu bewegen wollen, ihnen zuzuhören. Die Angriffe der Sicherheitskräfte sind ein Beispiel für Rechtlosigkeit.“ Nach der letzten Parlamentswahl habe die Regierung ihr militaristisches Gesicht gezeigt, so Emine Ayna, und sich mit dem Vorratsbeschluss für grenzüberschreitende Militäroperationen als Kriegsregierung geoutet: „Diese Politik wird fortgesetzt. Seit drei Tagen wird unser Volk, das auf demokratische Weise seine Forderungen zur Sprache bringt, provoziert, beschossen, von Panzern überrollt.“

Doch eine Entschärfung des Konflikts ist nicht in Sicht. Denn außer der Bevölkerung selbst nimmt niemand groß Notiz von der Eskalation. Statt Kritik an der Kriegs- und Vernichtungspolitik der türkischen Regierung kommt von der internationalen Staatengemeinschaft „grünes Licht“ im Kampf gegen Kurden und Kurdinnen.

Die kurdische Nachrichtenagentur ANF berichtete gerade, US-Justizminister Mukasey habe bei einem Türkei-Besuch das Angebot gemacht, die Auslieferung von PKK-Mitgliedern aus Europa an die Türkei zu diskutieren. Zu diesem Zweck solle nach Äußerungen des türkischen Justizministers Şahin Ende März ein „runder Tisch” stattfinden, zu dem auch EU-Länder eingeladen werden sollten, mit denen „die Türkei ein Problem hat”.

Unsere aktuelle Ausgabe enthält einen Artikel des Anwaltsbüros von Abdullah Öcalan, der dessen Bewertung des internationalen Komplotts gegen ihn (bei der ersten Gesprächsgelegenheit mit seinen Anwälten nach seiner Entführung) wiedergibt: „Es scheint, dass Europa nicht an einer demokratischen Lösung der kurdischen Frage interessiert ist, eher an einem türkisch-kurdischen Krieg. Daher wollen sie, dass die Türkei sich mit diesem Problem herumschlägt. Dies war auch der Haltung Griechenlands zu entnehmen. Politik in Europa hätte das Ende des Krieges bedeuten können, was aber nicht der Strategie der USA und des Westens entsprach.“

Diese Haltung ist bis in die heutigen Tage erkennbar. Unterstützen wir diejenigen, die den Frieden wollen.

In diesem Sinne, Ihre Redaktion

Schein und Sein der Politik der Wahrheits- und Gerechtigkeitspartei

Der AKP die Unterstützung entziehen

Selahattin Demirtaş, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der DTP, Abgeordneter von Diyarbakır

Die AKP übernahm bei der Wahl am 3. November 2002, zu einem historisch sehr günstigen Zeitpunkt, die Regierungsmacht. Ein Aspekt, der diese Zeit politisch prägte, war der 1999 verkündete und danach immer wieder verlängerte einseitige Waffenstillstand der PKK. Die PKK hatte seit 1984 bewaffnet für das Selbstbestimmungsrecht der kurdischen Bevölkerung und gegen die türkische Republik gekämpft. 1999 zog sie ihre bewaffneten Kräfte in den Norden des Irak zurück. Dieser Schritt ermöglichte ernsthafte Entspannungsprozesse in der Türkei.

Im gleichen Zeitraum vertieften die EU und die Türkei ihre Annäherung. Hauptsächlich aufgrund der Beitrittskriterien der EU (dem menschenrechtlichen Teil der Kopenhagener Kriterien) begann in der Türkei eine Phase von Reformen. Gleichzeitig beschleunigte sich, aufgrund des Wachstums der Weltwirtschaft und weitere Faktoren, der Geldfluss in die Türkei, so dass sich die inländische Wirtschaft aus einer langjährigen Krise erholen konnte.

Aufgrund der erlangten parlamentarischen Mehrheit war die AKP sogar in der Lage, eigenständig Verfassungsänderungen vorzunehmen. Deshalb setzte die Öffentlichkeit, berechtigterweise, große Erwartungen in die Politik der Partei. Nachdem die begonnenen Reformen nicht in die Praxis umgesetzt worden, d. h. bei der Umsetzung gravierende Probleme aufgetreten waren, unternahm die AKP keinen ernsthaften Versuch, die Politik der Entspannung zu erwidern und fortzusetzen. Die Schuld an dem Fehlschlagen der Reformen projizierten die Verantwortlichen der Partei in jeglicher Hinsicht auf die Armee und den bürokratischen Apparat. Die AKP präsentierte sich als Befürworterin der Reformen und die Armee als Reformgegnerin. Hierdurch wurde in der Öffentlichkeit der Eindruck vermittelt, der Ursprung der Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Reformen läge in diesem Konflikt. Seitens der Öffentlichkeit in der Türkei, der Kurden und sogar der EU wurde der AKP deshalb großes Verständnis entgegengebracht. Ziel der genannten Akteure war, die AKP in ihren Reformbemühungen zu unterstützen und den Demokratisierungsprozess erfolgreich weiterzuführen. Ministerpräsident Erdoğan, der erklärte, dass er sich einer friedlichen und demokratischen Lösung der kurdischen Frage annehmen wolle, genoss in dieser Hinsicht weitgehend ihr Vertrauen.

Mittlerweile hat die AKP-Regierung alle parlamentarisch verabschiedeten positiven Reformen ihrer viereinhalbjährigen Regierungszeit beiseite gewischt. Sie betreibt demgegenüber seit 2005 eine rückwärtsgewandte Politik, die kaum historische Einsicht erkennen lässt. Beispiele dafür sind u. a. Gesetzesänderungen wie der die Meinungsfreiheit einschränkende Artikel 301, das Anti-Terror-Gesetz, das Gesetz zur Ausweitung der Befugnisse der Polizei und andere Gesetze, durch die Menschenrechte für nichtig erklärt wurden. Zudem hat die Regierungspartei, statt den Versuch, die Lösung der kurdischen Frage auf friedlichem und dialogischem Weg voranzutreiben, Militäroperationen zur Vernichtung der PKK geduldet, obwohl diese erneut einen einseitigen Waffenstillstand erklärt hatte. Somit hat die AKP auf vielfältige Weise zu einer Eskalation der Situation beigetragen. Trotz großer Kritik an dieser Politik hielt die Unterstützung durch eine breite Öffentlichkeit u. a. aufgrund der politischen Auseinandersetzungen zwischen AKP und Armee an. Aus vielen gesellschaftlichen Kreisen kam es zu massiver Kritik an dem vom Generalstab gegen die Kandidatur von Abdullah Gül zum Staatspräsidenten veröffentlichten Memorandum. Die KritikerInnen positionierten sich auf der Seite der AKP, um ihre Unterstützung für eine zivile Politik zum Ausdruck zu bringen und einen befürchteten Militärputsch zu verhindern.

Bei der Parlamentswahl am 22. Juli 2007, die in der beschriebenen angespannten Atmosphäre stattfand, hat es die AKP sogar geschafft, ihr Wahlergebnis zu verbessern. Trotzdem hat die Partei im Vergleich zur vorherigen Legislaturperiode Parlamentssitze verloren, weil die *Partei der Nationalistischen Bewegung* (MHP) und die *Partei der Demokratischen Gesellschaft* (DTP), neben der schon vorher vertretenen *Republikanischen Volkspartei* (CHP), ebenfalls den Einzug ins Parlament schafften. Die AKP stellt jedoch noch immer mit 330 Parlamentssitzen eine regierungsfähige Mehrheit.

Einige Fakten, die nach der Wahl von 2007 bekannt wurden, stimmen allerdings sehr nachdenklich. Unmittelbar vor der Wahl hielten Ministerpräsident Tayyip Erdoğan und Generalstabschef Yaşar Büyükanıt ein geheimes Treffen ab und verständigten sich dabei bezüglich einiger Punkte der zukünftigen Politik. Demzufolge sollte die AKP die Reformpolitik, vor allem die in der kurdischen Frage, nicht mehr ernsthaft weiterverfol-

gen. Darüber hinaus sollte die Regierung der Armee im Kampf gegen die PKK uneingeschränkte u. a. auch finanzielle und moralische Unterstützung zukommen lassen. Als Gegenleistung dafür sollte die Armee dulden, dass Abdullah Gül zum Staatspräsidenten gewählt und einige Veränderungen in der Frage des Tragens von Kopftüchern vorgenommen werden.

Mittlerweile beginnt sich in der Türkei alles entsprechend dieser Absprache zu entwickeln. Zuerst hat die AKP erklärt, dass sie die DTP nicht als Gesprächspartnerin akzeptieren werde, da diese die Kurden nicht vertrete. Die Regierungspartei versuchte zusätzlich, die DTP dazu zu zwingen, die PKK als eine terroristische Organisation zu deklarieren. Obwohl die DTP erklärte, dass sie jegliche Gewalt ablehne, ohne die PKK als eine Terrororganisation zu bezeichnen, wurden erhebliche Repressionen gegen sie eingeleitet. In diesem Rahmen wurde gegen die DTP, wie schon gegen jede vorherige Partei, die mehrheitlich von der kurdischen Bevölkerung gewählt wurde, ein Verbotsverfahren eingeleitet. Im Parlament beantragte die AKP zusätzlich die Aufhebung der Immunität der DTP-Abgeordneten. Darüber hinaus wurden mehrere DTP-Funktionärinnen und -Funktionäre festgenommen und verhaftet. Zu guter Letzt wurde der Co-Vorsitzende der Partei, Nurettin Demirtaş, nach einer Europareise aufgrund einer Zivilklage in Haft genommen.

Als Folge der öffentlichen Kriminalisierungsbestrebungen kam es zu militanten Angriffen auf DTP-Büros. Während die AKP erklärt, dass die kurdische Frage gelöst sei, da die wöchentlich zweistündigen Fernsehprogramme sowie die Erlaubnis für private Kurdischkurse dafür ausreichend seien und die Kurden keinen Anspruch auf weitere Rechte hätten, hetzt sie die Öffentlichkeit gegen die DTP auf und gibt Anlass zur Vertiefung des türkisch-kurdischen Konflikts sowie des Kriegs mit der PKK, indem sie das Militär zu grenzüberschreitenden Operationen ermächtigt.

In der Zwischenzeit haben die Verantwortlichen der Regierungspartei mit einem Verfassungsänderungsantrag im türkischen Parlament am 6. Februar 2008 die Aufhebung des Kopftuchverbotes an den Universitäten gesichert, während sie gleichzeitig erklären, dass es nicht notwendig sei, für die Umsetzung weiterer Grund- und Freiheitsrechte entsprechende Schritte einzuleiten. Schließlich hat die AKP als Resultat des Handels mit der Armee die Reformen bezüglich der kurdischen Frage auf Eis gelegt und entgegen jeglicher geschichtlicher Einsicht, dass eine militärische Lösung des Konflikts nicht möglich ist, deren „Lösung“ der Armee übertragen. Als Gegenzug kann sie schrittweise ihre Politik des gemäßigten Islam umsetzen.

In der Türkei wurde diese Art der Politik der AKP mittlerweile durchschaut. Folglich haben demokratische Kreise begonnen, der AKP ihre Unterstützung zu entziehen. Merkwürdig ist allerdings, dass die EU die AKP noch immer kritiklos unterstützt und an der These festhält, dass die AKP eigentlich Reformen anstrebe, die jedoch am Widerstand der Armee scheitern würden. Dabei ist inzwischen völlig klar geworden, dass die AKP bezüglich der Grund- und Menschenrechte sowie in der kurdischen Frage mit der Armee keine Differenzen hat und im Rahmen einer koordinierten Zusammenarbeit handelt. Hoffnungen in die AKP zu setzen wird uns nur unnötig Zeit kosten. Der Bürgermeister von Diyarbakır/Sur sowie der gesamte Gemeinderat wurden von der Regierungspartei ihres Amtes enthoben, weil sie den Beschluss gefasst hatten, Dienstleistungen für ihre Bürger außer in Türkisch auch in Kurdisch anzubieten. Allein dieses letzte Beispiel reicht aus, um das wahre Gesicht der AKP-Regierung in Bezug auf Demokratie und Menschenrechte aufzuzeigen und die Doppelzüngigkeit der Politik der *Wahrheits- und Gerechtigkeitspartei* zu erkennen. ♦

Tagelange Proteste am Jahrestag der Verschleppung Abdullah Öcalans

Aus Anlass des Jahrestages der Verschleppung Abdullah Öcalans in die Türkei am 15. Februar 1999 haben in Strasbourg am Samstag, den 16. Februar, knapp 50 000 Kurden unter dem Motto „Êdî bes e“ demonstriert.
Zeitgleich wurden die am Samstag in vielen kurdischen Städten gestarteten Proteste fortgesetzt. Viele Geschäftsinhaber beteiligten sich am Protest und hielten ihre Läden geschlossen. Es kam an mehreren Stellen zu Drohungen der Polizei, die eine Öffnung der Läden erzwang.
In Batman wurden bei einem polizeilichen Angriff mit Panzern, Wasserwerfern und Tränengas auf eine Demonstration auch der DTP-Abgeordnete Bengi Yildiz sowie der Bürgermeister der Stadt, Hüseyin Kalkan, verletzt und mussten ärztlich behandelt werden. Im Anschluss gab Yildiz eine Erklärung ab, in der er den Angriff verurteilte: „Wir gingen nach draußen, um für eine Beruhigung zu sorgen. Obwohl wir uns zu erkennen gaben, wurde vom Chef der Einsatzkräfte persönlich der Befehl gegeben, uns zu schlagen. Dieses Vorgehen ist Produkt einer unerträglichen Mentalität. Innerhalb von drei Tagen sind hier knapp 50 Personen festgenommen worden, gegen 16 von ihnen wurde Haftbefehl ausgesprochen. Die Auseinandersetzungen auf der Straße gehen weiter. Ich hoffe, dass die, die mit Gewalt den Willen unserer Menschen brechen wollen, die notwendige Antwort bekommen haben. Heute haben vielleicht wir stellvertretend die Knüppel abgekriegt, aber die Bevölkerung hat sie jeden Tag über ihren Köpfen. Wir werden den demokratischen und legitimen Kampf fortsetzen.“
In Adana wurden unterdessen von 17 bei den Protesten festgenommenen Personen drei Minderjährige wegen „Mitgliedschaft“ verhaftet. In Cizre wurde unter Beteiligung von ca. 20 000 Menschen der 16-jährige Yahya Menekşe beigesetzt, der am Vortag von einem Panzer überrollt worden war. Nach der Beisetzung marschierte die Menschenmenge auf die AKP-Zentrale zu, wo die Polizei mit Tränengas und Gummigeschossen angriff. Die Straßenschlachten setzten sich in mehreren Stadtteilen fort. *ANF, 16.02.2008, ISKU*

Zehntausende folgten dem Aufruf der DTP zum Friedensmarsch in die Berge

Kurdischer Friedensmarsch – Türkische Bombenangriffe

ISKU – Informationsstelle Kurdistan e.V.

Aus Protest gegen die fortgesetzten Militäroperationen im In- und Ausland plante die DTP vom 4. bis zum 6. Februar eine Massendemonstration in die Berge von Şirnak. Am ersten Tag des türkeiweit stattfindenden Friedensmarsches nach Botan, mit dem ein Ende der Militäroperationen gefordert wird, hat die türkische Armee erneut Bombenangriffe in Süd- und Nordkurdistan geflogen. Im Rahmen des Friedensmarsches, der von der DTP organisiert wird, haben sich Tausende Menschen aus verschiedenen Städten auf den Weg nach Amed (Diyarbakır) gemacht.

An den Abfahrtsorten der Busse fanden Kundgebungen statt, an denen sich weitere Tausende beteiligten, um die Friedensaktivisten zu verabschieden und ihre Unterstützung der Aktion zum Ausdruck zu bringen.

Bereits vor der Abfahrt kam es in mehreren Städten zu massiven Behinderungen der Sicherheitskräfte. So wurden in Istanbul die für die Aktion vorgesehenen Busse beschlagnahmt und knapp 20 Personen festgenommen. Kurz nach der Abfahrt wurden die eilig als Ersatz beschafften Busse mit der Begründung gestoppt, es befinde sich ein Selbstmordattentäter darin.

In Izmir wurde die Abfahrt gänzlich von den Sicherheitskräften unterbunden, indem die Papiere der vorgesehenen Busse beschlagnahmt wurden. Die AktivistInnen protestierten daraufhin in einer neunstündigen Aktion am Busbahnhof, bevor sie sich mit anderen Fahrzeugen auf den Weg machten. Insbesondere die aus kurdischen Städten aufgebrochenen Konvois wurden von Soldaten eskortiert. Auf dem Weg kam es so immer wieder zu Militärkontrollen.

Der stellvertretende DTP-Vorsitzende Kamuran Yüksek gab der AKP-Regierung die Schuld an den massiven Behinderungen und kündigte an, der Marsch werde fortgesetzt werden. In mindestens fünf Städten seien Busse beschlagnahmt worden, aber wenn die Regierung denke, „uns damit aufhalten zu können, dann irrt sie sich. Unser Friedensmarsch wird stattfinden."

Friedensmarsch: Demokratische Lösung gefordert

Am Zielpunkt des Friedensmarsches nach Botan forderten Tausende Menschen eine Beendigung der Militäroperationen und eine Rücknahme der parlamentarischen Genehmigung grenzüberschreitender Operationen. Die KCK wurde gleichzeitig dazu aufgerufen, keine Aktionen durchzuführen. Als Vorsitzende der DTP gab Emine Ayna im Namen der AktivistInnen eine Erklärung ab, in der sie sagte: „Waffen machen keinen Unterschied zwischen Männern und Frauen, KurdInnen und TürkInnen. Wir sind hier, weil wir daran glauben, dass es genau hier, wo der Tod stattfindet, einen Sinn macht zu sagen: Eine Lösung ist möglich, nicht indem getötet und gestorben wird, sondern indem wir leben und leben lassen. Wir können unsere Probleme ohne Blutvergießen lösen, indem wir miteinander sprechen, diskutieren, einen Dialog führen. Die Türkei muss selbst eine Lösung finden. Die USA und die EU-Länder handeln ihren Eigeninteressen entsprechend. Eine bleibende und realistische Lösung bedeutet die gleiche und freie Gemeinsamkeit der Völker der Türkei."

Die KCK reagierte positiv auf den Aufruf der DTP, verwies gleichzeitig in einer Erklärung darauf, dass die von ihr am 1. Dezember veröffentlichte Lösungsdeklaration immer noch Gültigkeit habe: „Wenn die türkische Armee ihre Operationen einstellt, werden keine Aktionen von uns mehr stattfinden. Wir sind dazu bereit, die uns zufallende Verantwortung im Friedensprozess zu übernehmen."

In der Erklärung wurde auch darauf aufmerksam gemacht, dass zeitgleich zu dem Friedensmarsch der DTP massive Angriffe der türkischen Armee in Bingöl und Südkurdistan stattfanden. Bei der Bombardierung Südkurdistans seien dieses Mal insbesondere Guerillafriedhöfe getroffen und mit Tiefflügen über zivile Dörfer angestrebt worden, die Bevölkerung in Schrecken zu versetzen und zur Flucht aus dem Gebiet zu bewegen:

„Bei den bisher stattgefundenen sechs Angriffswellen sind ohne Rücksicht auf internationales Recht Krankenhäuser, Schulen, Moscheen, zivile Siedlungen, Tiere und Friedhöfe bombardiert worden. Die Bombardierung von Friedhöfen widerspricht nicht nur jeder Ethik, sondern hat darüber hinaus noch eine andere Bedeutung. Tote können nicht noch einmal getötet werden. Der Versuch, Tote ein weiteres Mal zu töten, stellt einen massiven Angriff auf unsere heiligen Werte dar und zeigt, dass es keine Grenzen bei der Vernichtung gibt. Die Bombardierung unserer Gräber in einer Zeit, in der die Regierung der Türkei ständig von Menschlichkeit, Religion und Islam spricht, wird das kurdische Volk nicht vergessen können." ♦

Karayılan: Marschiert die Türkei in den Süden ein, kommt sie nicht mehr heraus

Diese Phase zu unseren Gunsten entscheiden

ANF News Agency, Behdinan 28.01.2008

Die politische Tagesordnung der Türkei ist immer sehr bewegt. Derzeit ist sie zum einen von den militärischen Operationen der türkischen Armee – auch über die Staatsgrenzen hinweg – geprägt, zum anderen gibt es Aktivitäten gegen Banden und Al-Qaida, die Kopftuchdebatte ist erneut entfacht und vieles mehr. Diese und andere Fragen werden im folgenden Interview mit Murat Karayılan, Vorsitzender des Exekutivrates der KCK, behandelt.

Erwarten Sie zum Frühjahr Bodenoperationen des türkischen Militärs in Südkurdistan?

Das ist sehr wahrscheinlich. Der türkische Staat und die türkischen Medien geben die gegenwärtigen Luftangriffe sehr übertrieben wieder. Sie erklären uns für demoralisiert und aufgelöst. Sie verbreiten Unwahrheiten und zielen mit dieser psychologischen Kriegsführung darauf, die Überzeugung des kurdischen Volkes zu schwächen. Wer sich mit Kriegkunst befasst, wird wissen, dass keine Kraft nur mit Luftangriffen und Geschützfeuer zu vernichten ist. Im Krieg muss man sich gegenüberstehen, um erfolgreich zu sein. Das wissen auch die türkischen Generäle.

Der türkische Staat versucht momentan, zum einen unsere Guerillaeinheiten im Norden Kurdistans durch Aufklärungsflüge aufzuspüren und zu vernichten und zum anderen unsere Einheiten im Süden Kurdistans mit Luftangriffen und Aufklärungsflügen von der Ausbildung abzuhalten, die Moral zu schwächen und sie damit unvorbereitet dem Frühling zu überlassen. Dann soll höchstwahrscheinlich mit einer breit angelegten Bodenoperation in den Süden Boden gutgemacht werden. Schon jetzt werden [*von der Türkei aus*] entsprechende politische, diplomatische und militärische Vorbereitungen getroffen. Wir denken, dass die Türkei auf diese Weise nichts gewinnen wird, vielmehr wird sich der Krieg verschärfen.

Die Ergebnisse werden sowohl für uns als auch für die Türkei von Bedeutung sein. Natürlich bin ich nicht in der Lage, schon jetzt vorauszusagen, was genau passieren wird, aber wir sind davon überzeugt, dass in diesem Fall wir als Gewinner hervorgehen werden.

Eine solche Operation wird sich natürlich auch auf das regionale Kräfteverhältnis politisch auswirken. Wenn die türkische Armee einmal in den Süden einrückt, wird sie sich nicht wieder zurückziehen. So war es auch 1997. Die damals eingedrungenen Kräfte sind bis heute präsent. So sind heute noch in Bamerne, Amediye, Şeladize, Batufa, Begova und Kanimasi Einheiten stationiert. Marschiert die türkische Armee erneut in den Süden ein, wird sie ihre Kräfte höchstwahrscheinlich noch stärken. Aus diesem Grunde wird sie Schwierigkeiten mit dem Einverständnis der USA und der südkurdischen Kräfte haben. Aber es kann alles passieren, deshalb bereiten wir uns auf alle Eventualitäten vor. Hier ist der Mittlere Osten, alles ist möglich, vor allem in der Phase, wenn die Verhandlungen beginnen. Deshalb vertrauen wir auf unsere eigene Kraft, wir stützen uns auf unsere Erfahrungen und werden unterschiedliche Vorbereitungen treffen, um diese Phase zu unseren Gunsten zu entscheiden.

Warum wird Ihre Bewegung beharrlich mit Drogenhandel in Verbindung zu bringen versucht?

Aufgrund unserer ideologischen und politischen Prinzipien, unserer Ethik und Lebensphilosophie und dem neuen Gesellschaftsmodell gemäß kämpft unsere Bewegung gegen jede Art von Substanz an, die die Menschen benebelt, betäubt und sogar abhängig macht. Wir benutzen nicht einmal alkoholische Getränke. Wir animieren sogar dazu, das Rauchen aufzugeben. Aus unserer ökologischen Sichtweise sind wir gegen alles, was den Menschen schadet. Daher haben wir keinerlei Bezug zum Drogenhandel. Wir haben schon früher erklärt und werden es noch einmal wiederholen: Sie sollen einen Beweis für ihre Behauptung vorlegen. Es heißt, die PKK nehme Zoll. Gegenwärtig nicht, früher aber schon. Aber auch da waren es Zolleinnahmen für Gas, Gebrauchsgegenstände und ähnliches, also normale Handelswaren. Drogenschmuggler nutzen meist andere und geheimere Wege und wenden andere Methoden an, weil im Drogenhandel meist Staaten mitmischen. Früher verlangten wir Zoll, erwischten wir Drogenschmuggler, dann auch von ihnen. Aber es wird so dargestellt, als würden wir den Drogenhandel kontrollieren, das ist falsch.

Es ist allgemein bekannt, dass es sich um organisierte Mafiakreise handelt. Diese haben keine Kontakte zu uns, sondern mit staatlichen Kräften. Wenn es

um eine Kontrolle des Drogenhandels geht, so ist es der türkische Staat, der ihn kontrolliert. Wir unterhalten keinerlei Beziehung zu diesen Kreisen und niemand hat das Recht, uns mit Drogenschmuggel, den wir aus ideologischen und ethischen Gründen strikt ablehnen, in Verbindung zu bringen. Der türkische Staat kann keine Beweise für diese Diffamierung vorlegen. Es ist nichts als eine Lüge im Spezialkrieg, Teil der psychologischen Kriegsführung. Es ist eine Erfindung mit der Zielsetzung, unsere Bewegung zu diffamieren und ihrem Ansehen zu schaden.

Diesen Anschuldigungen ist unsere Bewegung seit den 90er Jahren ausgesetzt. Doch wurde in einigen Gerichtsverfahren in Deutschland die Beteiligung der Türkei aufgedeckt, in einem ging es auch um die damalige türkische Ministerpräsidentin Tansu Çiller. Stünde der türkische Staat nicht in Beziehung zu den Mafiaorganisationen, so würde für den Drogenhandel aus Afghanistan nach Europa nicht die Strecke über die Türkei bevorzugt werden.

Was ist Ihre Ansicht zur Kopftuchfrage? Warum hat die AKP Ihrer Meinung nach das Thema erneut aufgebracht?

Als Bewegung sind wir gegen jegliche Einschränkung der Freiheiten. Wir sind der Meinung, dass die Menschen frei entscheiden sollten, wie sie sich ihrem Glauben gemäß kleiden möchten. Aber es ist eine wirklich traurige Tatsache und eine Blamage zugleich, dass im 21. Jahrhundert die Tagesordnung der Türkei seit Tagen von Kleiderordnungsdebatten bestimmt wird. Was diskutiert die Welt und was die Türkei im Vergleich dazu!? Es ist die Darstellung eines rückständigen Zustands. Das Thema darf nicht die Tagesordnung in einem solchen Maße bestimmen und dermaßen übertrieben werden. Die Tatsache, dass die Frage des Kopftuches zu einem politischen Symbol geworden ist, spielt dabei eine große Rolle. Es hat auch etwas mit uns zu tun, dass diese Diskussion jetzt erneut entfacht wurde.

Die AKP-Regierung ist von Beginn an eine Verfechterin des Kopftuches und kommt aus einer Bewegung, die das Kopftuch symbolisiert. Das hat sie aber bislang aus Vorsicht nicht zum Ausdruck gebracht. Bei der Wahl vom 22. Juli hat sie ihre Stimmenzahl erhöht und sie hat – in erster Linie mit den Militärs und mit den konservativen Kreisen des Systems – ein Bündnis gegen die kurdische Freiheitsbewegung geschlossen. Dieses Bündnis hat die Vernichtung der kurdischen Freiheitsbewegung zur Grundlage und so wurde die AKP erneut berufen, als Spezialkriegsregierung. Daher hat Erdoğan in Spanien nicht zufällig die Kopftuchfrage zur Sprache gebracht. Er will damit sagen: „Wenn ich schon gegen die Kurden Krieg führe und die Risiken trage, so kann ich meine Vorstellungen und Forderungen auch umsetzen und das Kopftuchverbot abschaffen.“ Hier haben wir es erneut mit Kriegsprofit zu tun. Es ist ein nicht zu unterschätzender Schritt, mit dem die AKP als Gegenleistung für den Krieg gegen das kurdische Volk einen größeren Anteil des Staates beansprucht. Für sie ist das ein sehr wichtiger Schritt. Auch die MHP beteiligt sich an dieser Kopftuchfrage, weil sie ebenfalls in den religiösen Kreisen fischen will.

Diese Diskussionen betreffen zudem die Frauen. Eine Auffassung, die dermaßen politisiert, wie Frauen ihr Kopftuch anzulegen haben, gibt auch Anhaltspunkte über die Annäherungsweise an die Frauenfrage. Diesmal werden mit Angriff und Verunglimpfung Pläne gegen die Frauen geschmiedet.

Aus den genannten Gründen finden wir diese Debatte nicht richtig. Zudem manipuliert sie die eigentliche Tagesordnung. Wir sind für Freiheiten. Deshalb ist es unserer Meinung nach falsch, die Kleiderfrage auf diese Weise zu diskutieren. Alle sollen sich kleiden und sprechen können wie sie wünschen. Es heißt jetzt, das Kopftuchverbot soll nach den Hochschulen auch in der Oberstufe aufgehoben werden; wovor haben sie Angst? Seid, wie Ihr seid. Ist eine Gesellschaft, die nach eigenen Wünschen lebt, handelt und sich kleidet, nicht besser und natürlicher als eine, der bestimmte Formen und Schablonen aufgezwungen werden? Dies mit Gesetzen zu reglementieren, schafft keine ausgesöhnte Gesellschaft und wahre Demokratie. Wir sind der Meinung, dass sich der kulturelle Islam uneingeschränkt entfalten sollte, aber Religion als Instrument der Politik zu benutzen, die religiösen Gefühle mit Interessen zu verstricken, das ist die größte Respektlosigkeit gegenüber einer Religion. Die Tatsache, dass heute der politische Islam die Religion instrumentalisiert, hat nichts mit Aufrichtigkeit und wahrhafter Frömmigkeit zu tun.

Erst kürzlich wurde eine Operation gegen die Ergenekon-Bande durchgeführt, mit Dutzenden von Festnahmen. Es wurde aufgedeckt, dass viele ihrer Angriffe Ihrer Bewegung zugeschoben worden waren. Können diese Festnahmen als ein Schlag gegen den „tiefen Staat“ und dessen Banden gesehen werden?

Vorab: Auch wenn nicht gegen die gesamte Ergenekon-Bande vorgegangen wurde, so ist eine Operation gegen die Führungsriege trotzdem als positiver Schritt zu werten. Zumindest konnten auf diese Weise zahlreiche potentielle Morde verhindert werden.

15.-Februar-Proteste in den Städten Kurdistans Fotos: DIHA



Aber dem wird keine weitere Etappe folgen, in der die Bandenstrukturen innerhalb des Staates abgeschafft werden. Es ist auch keine Maßnahme – wie von türkischer Presse behauptet – gegen den „tiefen Staat“, sondern gegen einige außer Kontrolle geratene Einheiten. Weder die AKP-Regierung noch der Ministerpräsident hätten die Kraft und die Befugnis zu einer solchen Unternehmung. Die Anordnung wurde wahrscheinlich vom „tiefen Staat“ selbst erteilt. Vermutlich mussten aus dem Ruder Gelaufene wie Veli Küçük [s. S. 28] deaktiviert werden, sie waren wie ein Buckel auf dem Rücken des „tiefen Staates“. Tausende von Morden in Kurdistan gehen auf sein Konto. Werden sie alle aufgeklärt werden? Nein, denn Veli Kücük ist doch auch nur Befehlsempfänger. Um diese Morde unbekannter Täter aufzuklären, müsste viel weiter oben angesetzt werden. Hierfür bedarf die Türkei einer noch gründlicheren Konfrontation mit sich selbst. Mit der durchgeführten Operation wird ihre Wirkungskraft etwas geschwächt und sie vielleicht wieder auf Linie gebracht werden, aber die Ergenekon-Bande besteht nicht nur aus dreizehn Personen. Sie hat Hunderte von Mitgliedern mit Kampfausbildung.

Schon unter den Osmanen gab es die Spezialeinheit „Teşkilat-ı Mahsusa“ [*war u. a. mit Deportation und Massakern an armenischer Bevölkerung befasst*]. Seitdem existieren geheime Organisationen innerhalb des Staates, bei der NATO hießen sie Contraguerilla, Gladio. Die gab es ebenso im NATO-Mitgliedsstaat Türkei, die Ergenekon-Bande ist eine davon.

Allgemein, solange die kurdische Frage nicht gelöst ist, werden diese Banden weiter existieren. Denn schon von Beginn an hat der türkische Staat im Kampf gegen die Kurden auch nicht legale Kriegsmethoden für legitim erachtet und angewandt. Wenn es tatsächlich zu einem Abbau der Banden kommen sollte, so würde die Türkei einen wichtigen Schritt zu mehr Transparenz machen. Das dem nicht so ist, liegt auf der Hand. Denn erst vor kurzem hat der Staat andere Mitglieder dieser Banden in Şemdinli, die unsere Bevölkerung festgenommen und dem Staat übergeben hatte [*nach dem Bombenanschlag auf einen Buchladen Ende 2005*], freigelassen. Es ist offensichtlich, dass diese Banden von Regierung und Generalstab begünstigt werden.

Es wurde auch gegen eine angebliche Al-Qaida-Gruppe vorgegangen. Wie ist diese Operation nach dem Treffen von Bush mit Erdoğan zu bewerten?

In den Medien wird über gewisse Operationen gegen die Al-Qaida berichtet. Aber wir wissen nicht, ob es wirklich gegen diese Gruppe geht. Wir denken, dass die Türkei diese Maßnahmen bewusst übertrieben darstellt. Es ist eine Botschaft, als Gegenleistung für das gemeinsame Konzept mit den USA gegen uns. Aber gleichzeitig wird deutlich, dass die Türkei diese Art von Gruppierungen duldet. Der gegenwärtige Ministerpräsident und der Staatspräsident der Türkei sind ideell verwandt mit Al-Qaida, es gibt auch Bekanntschaften von früher. Folglich gab es bislang eine etwas gemäßigtere Haltung zu dieser Gruppe. Das ist nur natürlich bei einer Regierung, die mit Hamas und Hisbollah offizielle Kontakte pflegt. Daher wundert mich das nicht. Aber es ist ein gewisses Kalkül zu beobachten. Um die USA noch weiter gegen uns zu mobilisieren, wird gegen Al-Qaida-Einheiten vorgegangen. Die Wirksamkeit ist eine andere Frage. Ich glaube nicht, dass die gegenwärtige AKP-Regierung strategisch die Vernichtung der Al-Qaida im Sinn hat. Vielmehr werden Botschaften transportiert, zum einen an die USA: „Wir sind bei Euch“, zum anderen an die Al-Qaida, sich bei der Nutzung türkischen Territoriums etwas zurückzuhalten. Wie gesagt, diese Operationen gehen auf politische Berechnungen zurück.

Die KCK haben Israel ermahnt, weil es der Türkei technische Unterstützung bei den Militäroperationen gewährt. Können Sie uns erläutern, wie diese Unterstützung aussieht, wie ist Ihre mögliche Reaktion darauf?

Die Beziehungen zwischen Israel und der Türkei sind nicht neu. Zum ersten Mal wurde 1996 ein gemeinsames Militärabkommen unter Ministerpräsident Erbakan unterzeichnet. Es beinhaltete die Ausbildung türkischer Piloten, das Training an Cobra-Helikoptern sowie die Modernisierung türkischer Flugzeuge. Außerdem war Israel beteiligt an der Entführung und Verhaftung unseres Vorsitzenden. Drei Kurden wurden 1999 in Berlin vor dem israelischen Konsulat während einer Protestkundgebung getötet. Schon damals hatten wir scharfe Erklärungen abgegeben, aber weil unser Vorsitzender eine neue Phase eingeleitet hat, hegt unsere Bewegung keinerlei Feindschaft gegenüber den USA und Israel, also den Kräften, die ausschlaggebend für die Festnahme unseres Vorsitzenden waren, oder verantwortete Aktivitäten, die ihnen Schaden zugefügt hätten.

Israel ist ein Staat, der im Mittleren Osten nicht anerkannt wird. Das hier in der Region herrschende System macht es Israel schwer und ist gleichzeitig ein System, das die Kurden nicht anerkennt. Aus diesem Grund müsste Israel an den Kurden interessiert sein. Bekannterma-



ßen steht es mit Südkurdistan in Beziehung, hat aber seine militärischen Verbindungen mit der Türkei in diesem Jahr trotzdem erneuert. Wir haben nichts gegen die Entwicklung der israelischen Beziehungen zur Türkei. Aber dass mit seiner Hilfe die Waffen der Türkei noch tödlicher werden, dass es daran beteiligt ist, das Blut junger Kurden zu vergießen, ist nicht ohne Bedeutung. Es unternimmt Aufklärungsflüge, viele unserer Freunde sind in Gabar und Bestler aus diesem Grunde gefallen. Eine in Batman stationierte Experteneinheit benutzt Heron-Aufklärungsflugzeuge. Diese sollen von Israel angemietet worden sein. Die Türkei hat eine Bestellung aufgegeben und zehn solche Systeme sollen demnächst an die Türkei verkauft werden. Es sind israelische Piloten, die sowohl im Norden als auch im Süden Kurdistans Aufklärungsflüge durchführen und zudem türkische Piloten ausbilden. Auch taktische und technische Unterstützung an die Türkei kommt aus Israel.

D. h. Israel entwickelt die Kriegstechnologie der Türkei und betreibt Aufklärung mit der Zielsetzung, die kurdische Guerilla zu vernichten. Im kommenden Monat wird der israelische Verteidigungsminister Barak in die Türkei kommen. Es ist von noch weiter gehenden militärischen Abkommen mit der Türkei auszugehen. Wenn Israel mit der Türkei derartige Bündnisse gegen das kurdische Volk entwickelt, so werden die Kurden sich überlegen müssen, was sie dagegen tun können. So wie Juden überall auf der Welt leben, so gibt es auch weltweit Kurden. Wir sind gezwungen, darüber zu debattieren, was wir gegen das Verständnis eines Landes wie Israel unternehmen können, das sich speziell bemüht, bei der Tötung der Kurden mitzuwirken, und die Türkei entsprechend technisch ausrüstet. Meine Worte sollten nicht als leere Drohung verstanden werden. Nein, wir meinen es ernst.

Wir sind für das Existenzrecht Israels in der Region. Die Existenz des jüdischen Volkes in der Region ist eine Realität. Aber wir sind zugleich der Überzeugung, dass die Kurden als Volk ebenfalls Anspruch auf ihre nationalen Rechte haben. Auch Israel muss das akzeptieren und respektieren. Folglich sind wir für die Änderung dieses Systems des Status quo. Es ist interessant: Auf der einen Seite tötet die türkische Armee gemeinsam mit der iranischen Armee unsere Freunde, der Iran richtet sie hin, auf der anderen Seite tragen israelische Experteneinheiten neben der türkischen Armee ebenfalls zur Tötung unserer Freunde bei. Das ist eine ernsthafte Paradoxie. Pragmatismus und Kalkulationen bringen alle Realitäten durcheinander. Wer gegen wen und wer für wen ist, entwickelt sich ausschließlich nach Interessen. Aus diesem Grunde wollen wir, dass Israel Abstand nimmt von dieser Art Politik. Wir wollen nicht, dass es Feindschaft gegen das kurdische Volk hegt. Wenn es darauf beharrt, so wird auch das kurdische Volk Möglichkeiten dagegen finden. Wir werden den politischen und diplomatischen Weg suchen. Das alles sollte der israelische Staat bedenken.

Warum kämpft Israel, nach dessen Vernichtung die Türkei, Iran und Syrien trachten, gemeinsam mit der Türkei gegen die kurdische Guerilla? Das wird es seiner Bevölkerung und uns gegenü-



Beerdigungen von gefallenen Guerilla-Kämpfern sind Demonstrationen der Bevölkerung für eine friedliche Lösung Foto: DIHA

ber nicht erklären können, weil es unlogisch ist. Es muss gesehen werden, dass das Problem an einem entscheidenden Punkt angelangt ist. Sie müssen wissen, dass das kurdische Volk diese Annäherungsweise nicht akzeptiert. Es gehört mit zu den ältesten Völkern dieser Region. Wo ist der Ausgangspunkt des Propheten Abraham, ist es nicht Kurdistan? Ich persönlich stamme aus Urfa, ebenso wie der Prophet Abraham. Sprache und Kultur eines der ältesten Völker der Region sollen vernichtet werden. Israel ist aktiv daran beteiligt. Wir rufen es dazu auf, damit aufzuhören. Es liegt nicht in seinem Interesse. Sie müssen wissen, wenn sie trotz allem an dieser Politik festhalten, wird es auch ihnen schaden.

Die Parlamentarische Versammlung des Europarates hat die EU-Liste terroristischer Organisationen als illegal bezeichnet, sie beruhe auf politischen Erwägungen. Wie bewerten Sie diesen Beschluss?

Ohne den gesamten Umfang des Beschlusses zu kennen, halte ich die Definition dennoch für angebracht und richtig. Denn unsere Aufnahme in diese Liste ist im wahrsten Sinne des Wortes ein Skandal. Unsere Bewegung entwickelte von 1984 bis 1999 den bewaffneten Kampf im Sinne der Selbstverteidigung. Am 2. August 1999 erklärten wir der Weltöffentlichkeit, dass wir die Waffen niederlegen. Von da an bis zum Jahre 2004 wurde unsererseits keine einzige Kugel abgeschossen. Zu der Zeit, als wir den bewaffneten Kampf eingestellt hatten und Bemühungen zeigten, die Waffen für immer schweigen zu lassen, setzte die EU 2002 die PKK und 2004 den Kongra-Gel auf die Liste terroristischer Organisationen. Dieser Beschluss war ausschließlich aus politischen und ökonomischen Interessen auf Druck der USA gefasst worden.

Die USA bereiteten damals die Irak-Intervention vor. Mit der Annahme, die Türkei würde sich daran beteiligen, übten sie auf türkischen Wunsch starken Druck auf Europa aus, uns in diese Liste aufzunehmen, dem die EU entsprach. Wir unternahmen damals unterschiedliche politische Aktivitäten, um es zu verhindern, einige Länder erklärten damals sogar, sie seien dazu gezwungen gewesen. Die Türkei, von diesem EU-Beschluss ermutigt, nahm dann von einigen für die Lösung der kurdischen Frage anvisierten Schritten Abstand. Wenn heute die kurdische Frage noch immer nicht gelöst und der Konflikt erneut auf der Ebene bewaffneter Auseinandersetzungen angelangt ist, so hat die EU mit ihrem damaligen Beschluss großen Anteil daran. Denn der türkische Staat verhielt sich bis dahin gewogen. Ein Lösungsprojekt hätte wahrscheinlich entwickelt werden können, aber die Vorfälle vom 11. September 2001, die US-Erklärung „Krieg dem Terror" und die EU-Auflistung unserer Bewegung verführten die Türkei zu der Annahme, EU und USA würden die PKK vernichten, und sie sah folglich keinen Grund mehr, das Problem zu lösen. Sie hat daraufhin unsere Bewegung noch mehr terrorisiert.

Während sich unsere Kräfte 2003 noch im Waffenstillstand befanden, begann die türkische Armee mit ihren Angriffen und verstärkte sie. 2004 waren wir zur Selbstverteidigungsentscheidung gezwungen. Dieser EU-Beschluss hat verhindert, unser Problem mit der Türkei schon 2002 oder 2003 zu lösen. Folglich trägt die EU nicht nur aufgrund des Abkommens von Lausanne [*1923*], sondern auch mit ihrer aktuellen politischen Haltung Mitverantwortung für die Lösungslosigkeit der kurdischen Frage. Die Rolle der EU beim gegenwärtigen Blutvergießen ist groß. Wenn ihr Gewissen sie nicht quält, liegt es an ihrer Gefühllosigkeit.

Unsere Bewegung insistiert nicht auf dem bewaffneten Kampf, sondern wir haben die Strategie des politisch-demokratischen Kampfes beschlossen. Wir sind davon überzeugt, dass die Waffen nur in zwingenden Situationen im Sinne der Selbstverteidigung eingesetzt werden dürfen, die gesellschaftlichen Probleme aber mit Gewalt nicht zu lösen sind. Von der Waffe – außer in Selbstverteidigungssituationen – Gebrauch zu machen, sehen wir als terroristischen Akt an und verurteilen es. Was soll das, eine Bewegung, die Millionen von Menschen hinter sich weiß, die den bewaffneten Kampf wie oben beschrieben verlassen hat, die einen politisch-demokratischen Kampf zu führen gewillt ist und sich um den Frieden bemüht, in die Liste terroristischer Organisationen aufzunehmen? Haben diese Kräfte kein Gewissen? Gibt es kein Recht? Wird alles von ökonomischen Interessen bestimmt? Wird sich die EU niemals nach rechtlichen und ethischen Kategorien verhalten? Wir sagen, es gibt die kurdische Frage und wir wollen sie auf friedlichen Wegen lösen. Die EU aber stigmatisiert uns stattdessen und verleitet den türkischen Staat dazu, uns mit Gewalt zu vernichten.

Aus diesem Grunde wollen wir auf das Urteil des Europäischen Gerichtshofs in dieser Sache hoffen. Die Türkei sprach vom 29. Aufstand. Die PKK ist als ein zeitgemäßer kurdischer Volksaufstand entstanden und ist heute eine gesellschaftliche Bewegung. Wäre heute ein EU-Land besetzt, würden die Gesellschaft und die Menschen dieses Landes sich nicht erheben? Würden sie sich nicht für ihre Sprache, für ihre Kultur, für ihre natürlichen nationalen und Menschenrechte auflehnen? Existiert in den UN-Bestimmungen nicht das Recht auf Selbstverteidigung? Ginge es tatsächlich nach dem Recht, so würde aufgedeckt werden, dass weder PKK noch Kongra-Gel etwas mit Terrorismus zu tun haben und dass dieser EU-Beschluss politischer Natur ist. PKK und Kongra-Gel als terroristisch zu definieren, ist nichts anderes, als das Problem in die Ausweglosigkeit zu verdammen. Wenn Europa die Lösung der kurdischen Frage will, so muss es entsprechende Schritte einleiten. Werden diese eingeleitet, wird die Gewaltdosierung reduziert werden. Aber die Aufnahme einer Bewegung, die die Waffen niedergelegt hat, in die Liste terroristischer Organisationen ist wahrhaftig ein Skandal, eine Ungerechtigkeit und rechtswidrig zugleich. Wir erwarten vom Gerichtshof die Korrektur dieser Rechtswidrigkeit. ♦

Auswirkungen des internationalen Komplotts nach 10 Jahren

Im Kern blieb man der kapitalistischen Kurdenpolitik treu

Asrın Hukuk Bürosu – Rechtsanwaltsbüro Abdullah Öcalans

Am 9. Oktober 1998 war der kurdische Volksvertreter Abdullah Öcalan als Folge des in erster Linie von der Türkei, den USA und Israel ausgeübten militärischen, politischen und diplomatischen Drucks gezwungen, Syrien zu verlassen. Öcalan erklärte sein Ziel Europa damit: „Meine Absicht war es, die kurdische Frage auf eine demokratische Plattform zu transportieren. Wenn dieses Vorhaben unterstützt worden wäre, wäre es nicht schwierig gewesen, die Türkei ebenfalls zu dieser Haltung zu bringen." Aber Europa gewährte diese Unterstützung nicht, Griechenland, Italien, Deutschland, Frankreich, Österreich, die Niederlande und andere europäische Staaten verweigerten Herrn Öcalan das Recht auf Asyl und schlossen ihren Luftraum für ihn. Er wurde schließlich aus Griechenland, dem Land, in dem er sich zuletzt aufhielt, im Rahmen einer Vereinbarung mit den USA nach Kenia gelockt und von hier in einer von Türkei, CIA, Mossad und kenianischen Vertretern gemeinschaftlich durchgeführten Operation am 15. Februar 1999 in die Türkei verschleppt.

Herr Öcalan bewertete und kritisierte das internationale Komplott schon bei der ersten Gesprächsgelegenheit mit seinen Anwälten: „Es scheint, dass Europa nicht an einer demokratischen Lösung der kurdischen Frage interessiert ist, eher an einem türkisch-kurdischen Krieg. Daher wollen sie, dass die Türkei sich mit diesem Problem herumschlägt. Dies war auch der Haltung Griechenlands zu entnehmen. Politik in Europa hätte das Ende des Krieges bedeuten können, was aber nicht der Strategie der USA und des Westens entsprach. Deutschland wollte schnellstmöglich den Weg in die Berge eröffnen.

Unruhe wegen der Kurden passte ihnen besser in den Kram. Ihre Demokratie und ihr Rechtsverständnis beabsichtigten nicht, dem kurdischen Freiheitswillen seine Rechte zuzugestehen. Europa hat keine humane Kurdenpolitik, benutzt sie lediglich als Argument gegen die Türkei, als Gegenzug für ihre Forderungen.

Die Politik der letzten 200 Jahre wird fortgeführt. Für sie sind die Kurden ein geeignetes Instrument, um die staatlichen Vertreter Irans, Iraks und der Türkei zu nötigen. Darum haben sie sich nicht im Sinne einer dringenden Lösung verhalten. Sie benötigen ein kurdisches Faktum, das langfristig Schwierigkeiten produziert, eine Lösung hingegen würde den Trumpf schwächen. Das Komplott gegen mich lässt sich auf der Konfliktlinie Ost-West festmachen. Sie bewerten mich als Faktor zur Schwächung Anatoliens, der Türkei. Das verzogene Kind des Westens, die griechische Politik, wollte mich immer prinzipienlos sehen, als einen, der nur Schaden zufügt. Sie agiert allerdings nicht selbst als Planerin und Umsetzerin, sondern als Sub-Akteurin.

Im Kern blieb man der kapitalistischen Kurdenpolitik treu. Sie basiert darauf, Türken, Perser und Araber an sich zu binden und die Kurden als Drohung zu benutzen. Ich habe die kurdische Frage mit Krieg oder Frieden zur endgültigen Lösung forciert, sie aber wollen dieses Problem immer als Trumpf in der Hand behalten."

Weil Abdullah Öcalan gegen die im Mittleren Osten herrschende Kollaboration opponierte, die gemäß den imperialen Interessen, allen voran der USA, und auf der Grundlage der Verleugnung des kurdischen Volkes sowie gegen die demokratische, freie und gleichberechtigte Einheit der türkischen, persischen und arabischen Völker errichtet worden war, und weil er diesen Status quo zu Gunsten der Völker zu verändern versuchte, auf der Demokratie beharrte, sich auf die eigene Kraft stützte und eine unabhängige und freie Haltung zeigte, wurde er diesem Komplott ausgesetzt. Hierzu Öcalan: „Ich bin überzeugt von der freien und gleichberechtigten Utopie der Völker, ich verwirkliche deren tausendjährige Utopie. Unsere Haltung ist unabhängig und freiheitlich. Aus diesem Grunde wurden wir abgeschrieben."

Die USA versuchen, den Mittleren Osten gemäß ihrem „Great Middle East Project" zu gestalten unter Beseitigung der als hinderlich gesehenen Kräfte. Herr Öcalan galt wegen seiner ideologisch und politisch unabhängigen Haltung zu Gunsten der demokratischen und freien Einheit der Völker des Mittleren Ostens als vordergründiges Hindernis. Öcalan dazu: „Das ‚Great Middle East Project' der USA steht in unmittelbarer Beziehung zu meiner Entführung in die Türkei. Wer mich dazu gebracht hat, Syrien zu verlassen, sind dieselben, die heute Syrien international isolieren und unter Druck setzen. Auch damals habe ich schon erklärt, dass der einzige Ausweg die Demokratisierung ist. Syrien hat die demokratische Lösung nicht umgesetzt. Die Situation im Irak ist bekannt. Wenn es so weitergeht, werden auch Iran, Syrien und die Türkei denselben Punkt erreichen." So wurde nach dem Angriff auf den Irak auch eine Intervention gegen den Iran und Syrien aufs Tapet gebracht.

Theodoros Pangalos, 1999 griechischer Außenminister, erklärte 2003 in seiner Aussage im Athener Prozess gegen Abdullah Öcalan: „Jetzt begreife ich, dass Öcalan als erster Schritt des Irak-Angriffs der USA aus dem Mittleren Osten herausgedrängt wurde."

So ist der Zusammenhang zwischen dem rechtswidrigen Komplott gegen Öcalan und der US-Intervention im Mittleren Osten heute einfacher zu erkennen. Um die südkurdischen Kräfte, Alliierte der USA, zu stärken und die kurdische Ressource zurückzuhalten, musste Öcalan, wegen seines großen Einflusses auf die Kurden und seiner Weigerung, sich der US-Kontrolle zu unterwerfen, beseitigt werden.

Aus diesem Grunde versucht Öcalan, trotz der schweren Isolationshaftbedingungen auf der Gefängnisinsel Imralı, dieses internationale Komplott in die Leere laufen zu lassen. Als erstes öffnete er einen Weg für eine friedliche Phase in der Türkei. Später erarbeitete er für eine Lösung der mit der US-Intervention in die Region zugespitzten ethnischen und religiösen Auseinandersetzungen das Modell „Demokratischer Konföderalismus".

Das Festhalten der Türkei am Krieg, ihre Bombardierungen und geplanten Bodenoperationen in Südkurdistan können auch als Erfolg der imperialen Kräfte gewertet werden, die Türkei gegen eine seit Jahren angestrebte friedliche Lösung ebenfalls in die Komplikationen des Mittleren Ostens hineingezogen zu haben. Die Türkei trägt heute das Risiko eines ernsthaften internen Zusammenstoßes, was 1999 von Öcalan verhindert worden war. Der Geist des internationalen Komplotts, einen türkisch-kurdischen Konflikt zu provozieren, zeigt sich heute noch deutlicher und er wird noch schwerer wiegende politische Konsequenzen nach sich ziehen als 1999.

Noch heute befasst sich Herr Öcalan sehr intensiv damit, einen solchen türkisch-kurdischen Konflikt zu verhindern. Er zerbricht sich den Kopf, wie die Türkei daran gehindert werden kann, in die Gewaltspirale des Mittleren Ostens gezogen zu werden, und wie eine effektive Gegenposition gegen den ethnischen und religiösen Nationalismus im gesamten Mittleren Osten aussehen könnte. Diese Themen sind zugleich Kernpunkte der Entwicklung einer demokratischen Haltung der Völker, gegen die Intervention in der Region.

Wir möchten noch einmal die Haltung und Annäherungsweise von Abdullah Öcalan gegen die unmittelbar nach seiner rechtswidrigen Verschleppung entwickelten imperialen Angriffe darlegen. Er schlägt den Völkern des Mittleren Ostens vor, gegen die aus der Intervention erwachsenen Krisen, Kriege und Unruhen ihren demokratischen Willen zu entfalten, sich um die Linie des Demokratischen Konföderalismus zu versammeln und aus eigener Kraft Lösungen zu entwickeln: „Die gegenwärtige Situation des Mittleren Ostens wird weder oben die USA noch unten das Volk akzeptieren. Die Regierungen klemmen dazwischen. Entweder werden sie sich auf demokratischer Grundlage erneuern oder vom Druck der USA zermahlen werden. Auch Großbritannien und Amerika haben begriffen, dass es mit despotischen Staaten nicht weitergehen kann, und ihre Unterstützung zurückgezogen. Sie können auch an deren Stelle keine neuen Strukturen bilden, sehen sich in auswegloser Situation. Der demokratische Ausweg ist daher wichtig. Wenn dies allein den USA überlassen wird, entstehen Krise und Chaos. Der Demokratische Konföderalismus der Völker des Mittleren Ostens ist der einzige Ausweg, auch für den Irak und die Türkei. Ebenso für die Kurden heißt dieser Ausweg Demokratischer Konföderalismus Kurdistan. Ich schlage keinen Nationalstaat vor. Das Modell, das ich vorschlage, ist kein Staat, aber auch keines, das dem Staat ausgeliefert ist.", so Öcalan.

Er drückt es so aus: „Für eine Lösung im Mittleren Osten bedarf es des Demokratischen Konföderalismus. Das Beharren des kapitalistischen Systems, der imperialen Kräfte, kann keine Demokratie erzeugen. Wenn überhaupt, werden sie die Demokratie nur missbrauchen. Es ist wichtig, die demokratische Alternative von der Basis her zu entwickeln. Es ist ein System, das auf gesellschaftlicher Grundlage ethnische, religiöse und klassenbezogene Unterschiede berücksichtigt. Für Kurdistan sollte das Selbstbestimmungsrecht nicht als die Gründung eines Staates auf nationalistischer Grundlage gehandhabt werden, sondern die Bewegung sollte ihre eigene Demokratie aufbauen, ohne die politischen Grenzen zu problematisieren. Der Nationalstaat wurde zum Ende des 20. Jahrhunderts zum großen Hindernis für gesellschaftliche Entwicklungen, Demokratie und Freiheit. Das Selbstbestimmungsrecht wurde als das Recht einer eigenen Staatsgründung verstanden. Die sich auf Nationalstaaten stützende UNO ist gescheitert. Die Irak-Frage legt es offen. Die Ausweglosigkeit des letzten Viertels des letzten Jahrhunderts, die Situation am Golf, im Irak und in Afghanistan liegen auf der Hand. Die UNO ist hilflos. Die USA haben es in gewisser Weise begriffen, aber der Imperialismus hat nicht die Chance, ein Lösungsmodell zu entwickeln. Er ist in Staaten wie der Türkei, Ägypten und Afghanistan hinter künstlichen Entwürfen her, die die wahre Demokratie verschleiern. Der Ausweg liegt im Demokratischen Konföderalismus. Bei diesem Modell kommen das Wort, die Diskussion und der Beschluss der Gesellschaft zu. Aus der Basis kommende Delegierte bilden übergreifend eine Koordination. Diese Delegierten arbeiten wie Beamte des Volkes. Die eigentliche Entscheidungsbefugnis liegt bei den Dorf-, Stadtteil- und Stadträten und den Delegierten, also bei der Basis."

Die Zukunft des Mittleren Ostens wird daher bestimmt werden vom Kampf zwischen dem Projekt des Demokratischen Konföderalismus Abdullah Öcalans und dem Projekt des Großen Mittleren Ostens der USA. Wenn sich in der Region die These Herrn Öcalans des vom US-Projekt produzierten Chaos behaupten kann, werden die imperialistische Intervention und das Komplott ins Leere laufen und die Völker der Region werden ihre lang ersehnte Demokratie, Freiheit und Frieden erlangen. ♦

DTP wurde zum Angriffsziel der nationalistischen und chauvinistischen Welle

Unsere Partei ist starken Repressionen ausgesetzt

Interview mit der DTP-Abgeordneten Sebahat Tuncel

Ihre Partei ist einem großen Druck ausgesetzt. Viele Ihrer Funktionäre wurden festgenommen oder inzwischen auch verhaftet, der Co-Vorsitzende Nurettin Demirtaş am Flughafen unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Europa festgenommen, und gegen Ihre Partei läuft ein Verbotsverfahren. Können Sie uns eine Bilanz der Repressionen geben?

Ja, es stimmt, dass unsere Partei starken Repressionen ausgesetzt ist. Vor allem in den letzten fünf Monaten nach der Parlamentswahl sind unsere Funktionäre, Mitglieder und unsere Abgeordneten mit unterschiedlichen Repressionsformen und Angriffen konfrontiert, zum einen aufgrund der zunehmend ansteigenden nationalistischen Welle, aber auch wegen der Beschlüsse der Justiz. Ebenso wenig blieben unsere Parteibüros von diesen Angriffen verschont. Die Bilanz ist daher sehr umfangreich. Zahlreiche unserer Büros wie die in Istanbul, Bursa, Antalya und Izmir sowie unsere Parteizentrale in Ankara wurden von bewaffneten Personen und mit Brandanschlägen angegriffen. Besorgniserregend ist nicht nur die nationalistische Hysterie, in die die Menschen getrieben werden, genauso bedenklich ist, dass die Täter kurze Zeit nach ihrer Festnahme durch die Sicherheitskräfte wieder auf freien Fuß gesetzt werden.

Gegen viele Parteifunktionäre, Bürgermeister und Abgeordnete der DTP wurden wegen ihrer Reden Untersuchungen und Verfahren eingeleitet und sogar Gefängnisstrafen verhängt. Natürlich ist es auch wichtig, auf das Verbotsverfahren gegen unsere Partei einzugehen. Der Generalstaatsanwalt hat eine bislang einzigartige Forderung gestellt, indem der Ausschluss unserer Partei von den Parlaments- und Kommunalwahlen während des Verfahrens, die Einstellung der Mitgliederregistrierung sowie Betätigungsverbote für insgesamt 221 Personen, darunter auch DTP-Abgeordnete, verlangt wurden. Würden wir alle Maßnahmen gegen unsere Partei auflisten, kämen wir zu keinem Ende. Viel wichtiger als eine solche Aufstellung ist die politische und gesellschaftliche Analyse dieser Angriffe. Die durch die Medien geschürte nationalistisch-chauvinistische Welle, die innerhalb der Gesellschaft entsteht und der von staatlicher Seite nichts entgegengesetzt wird, hat nicht nur die DTP zum Angriffsziel, sondern gleichzeitig die Geschwisterlichkeit zwischen dem türkischen und kurdischen Volk und den Wunsch nach Zusammenleben. Der juristische Druck auf unsere Partei ist im Eigentlichen eine Sabotage der Bemühungen für eine demokratisch-friedliche Lösung der kurdischen Frage.

Zur Parlamentswahl im Juli letzten Jahres trat Ihre Partei mit unabhängigen Kandidaten an und sandte 22 Abgeordnete ins Parlament, somit auch die notwendige Anzahl für eine Fraktion. Aber schon vom ersten Tag an wird gegen die DTP-Abgeordneten eine unübersehbare Isolationspolitik ausgeübt. Welches Ziel steckt dahinter?

Mit der Wahl vom 22. Juli hat in der Türkei eine neue Phase begonnen. Auch

Frauensolidarität mit Sebahat Tuncel

Auf einer Pressekonferenz in der Istanbuler Zweigstelle des Menschenrechtsvereins IHD hat die „Fraueninitiative gegen Gewalt" die rassistischen Angriffe auf Kurden und ihre politischen VertreterInnen verurteilt und zur Teilnahme am Prozess gegen die DTP-Abgeordnete Sebahat Tuncel am 14. Februar aufgerufen.

Im Namen der Initiative wies Derya Arslan darauf hin, dass im Rahmen der Operation gegen die Ergenekon-Bande, die in eine Vielzahl dunkler Vorfälle wie Şemdinli und die Ermordung Hrant Dinks verwickelt sei, auch eine Liste mit potentiellen Angriffszielen öffentlich geworden sei, auf der sich neben vielen anderen auch Leyla Zana und Sebahat Tuncel befänden. „Diese Frauen werden nicht nur wegen ihrer ethnischen Identität, sondern eben gerade auch als Frauen angegriffen. Militarismus und Chauvinismus nähren die Feindschaft gegen Frauen und preisen die Männlichkeit. Ziel dieser Banden ist es, die zu Feinden erklärten Frauen zu beseitigen."

Aus Anlass des Prozesses am 14. Februar gegen Sebahat Tuncel vor dem 10. Gericht für schwere Straftaten in Istanbul erklärte Arslan: „So wie wir an Sebahats Seite waren, als wir sie bei der Wahl mit unseren Stimmen und unserem Einsatz aus dem Gefängnis ins Parlament gebracht haben, werden wir ihr auch jetzt wieder als Frauen mit organisierter Kraft zur Seite stehen."

ÖP, 04.02.2008, ISKU

15 Jahre Haft für Sebahat Tuncel gefordert

Im Prozess gegen die DTP-Abgeordnete Sebahat Tuncel hat die Staats-

wenn wir bei der Wahl nicht das erwartete Ergebnis erzielen konnten, war es dennoch ein Erfolg, eine Fraktion bilden zu können. Somit konnte zum ersten Mal das türkische Parlament eine breite gesellschaftliche Vertretung darstellen. Auch war es wichtig, um einige eingefahrene Gewohnheiten aufzubrechen. Wir haben als DTP-Abgeordnete von Anfang an immer wieder erklärt, dass unsere Hauptmission im Parlament darin bestehe, für eine demokratische und friedliche Lösung der kurdischen Frage sowie für die Demokratisierung der Türkei zu arbeiten. Dass wir uns folglich als die Vertreter der Unterdrückten, Werktätigen, Kurden, Frauen sehen, also aller Schichten, die sich in der Türkei benachteiligt fühlen. Diese Äußerungen lösten Unbehagen bei den Kräften des Status quo aus und das Verbotsverfahren wurde gegen unsere Partei eröffnet. Unser Co-Vorsitzender wurde festgenommen. Angriffe gegen unsere Funktionäre und Mitglieder nahmen zu. Unsere Partei wurde zum größten Angriffsziel der erzeugten nationalistischen und chauvinistischen Welle.

Der eigentliche Grund für all diese Angriffe liegt darin, dass unsere Partei offen gegen den Status quo eintritt und die Erwartungen und Forderungen unseres Volkes auch im Parlament zur Sprache bringt. Unsere Bemühungen, das bislang Ungesagte auszusprechen, den bislang ungehörten Stimmen ein Gehör zu verschaffen sowie gegen die Ungerechtigkeiten in den Bereichen Demokratie und Menschenrechte anzukämpfen, hat bestimmte Kreise sichtlich empört.

In diesem Zusammenhang ist auch die Haltung der EU von Bedeutung. Als es der DTP gelungen war, im Parlament eine Fraktion zu bilden, wurde dies international begrüßt, allen voran von der EU, und als eine Chance für die Lösung der kurdischen Frage bewertet. Aber jetzt hüllen sich dieselben Kräfte angesichts der Repressionen gegen Ihre Partei in Schweigen. Wie ist das zu verstehen?

Staatliche Interessen können in solchen Fällen in den Vordergrund treten. Aber die Vertretung des kurdischen Volkes durch eine Fraktion im Parlament wurde von zahlreichen politischen Kreisen, vor allem EU, USA und Großbritannien positiv gesehen. Das ist natürlich auch eine Notwendigkeit der Demokratie. Bei der Definition der kurdischen Frage gibt es in der Türkei Probleme. Wie die vorherigen Regierungsparteien definiert sie auch die AKP als „Terrorproblem“ und sucht die Lösung in der „Terrorismusbekämpfung“. Die AKP scheint hierbei die EU-Länder auch überzeugt zu haben, die folglich von der Bedeutsamkeit der Reformen während der EU-Anpassungsphase ausgehen, dass die AKP für eine Lösung der kurdischen Frage sei, aber die Armee dies verhindere. Diese Haltung hindert sie an einer objektiven Bewertung und führt dazu, dass sie gegenüber den antidemokratischen Maßnahmen gegen unsere Partei schweigen. Die AKP hat ernsthafte Defizite bei der kurdischen Frage und der Demokratisierung des Landes.

Auch unsere Partei unterstützt eine EU-Mitgliedschaft der Türkei. Aber es ist offenkundig, dass die Türkei vor allem in der kurdischen Frage und bei der Demokratisierung und den Menschenrechten noch einen langen Weg zurücklegen muss. Die Freiheiten und der Bereich der Demokratie müssen ausgeweitet und die Möglichkeiten zur Artikulation unterschiedlicher Identitäten und Kulturen auf der Grundlage von Frieden und Dialog gewährleistet werden. Die EU muss Verantwortung übernehmen, damit die Türkei zu diesen genannten Themen konkrete Schritte einleitet.

Unterhält Ihre Partei auf internationaler Ebene konstruktive Beziehungen zu demokratischen Parteien und Institutionen? Wenn ja, wie könnten sie Ihrer Meinung nach noch weiter ausgebaut und vertieft werden?

Seit einiger Zeit führen wir Gespräche mit der demokratischen Öffentlichkeit und demokratischen Kreisen in Europa. An einigen dieser Gespräche nehme ich als außenpolitische Sprecherin, stellvertretende Co-Vorsitzende und Abgeordnete teil und an anderen sind andere Kolleginnen und Kollegen beteiligt. Wir messen diesen Kontakten große Bedeutung bei. Ausschlaggebend ist bei der Schaffung einer Öffentlichkeit, die sich mit den demokratischen Forderungen des kurdischen Volkes solidarisiert, dass wir in diesen Gesprächen uns und unsere Forderungen direkt und ohne Umwege darstellen können. Einer der in diesem Zusammenhang zu behandelnden

anwaltschaft eine Haftstrafe von 7,5 bis 15 Jahren gefordert. Tuncel, die im Juli vergangenen Jahres aus dem Gefängnis heraus ins Parlament gewählt worden war, wird „Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation“ vorgeworfen. Die Staatsanwaltschaft fordert weiterhin die Anwendung von Artikel 53 des türkischen Strafgesetzes, in dem es um die Entsagung politischer Rechte wie das aktive und passive Wahlrecht geht.

ANF, 14.02.2008, ISKU

Prozess gegen Demirtaş

Am 6. Februar fand die erste Hauptverhandlung im Prozess gegen den DTP-Co-Vorsitzenden Nurettin Demirtaş vor dem 6. Gericht für schwere Straftaten in Ankara statt. Demirtaş, der sich seit dem 18. Dezember in Haft befindet, wird neben 182 weiteren Angeklagten beschuldigt, sich mit falschen Attesten dem Militärdienst entzogen zu haben. Das Gericht befand, für diesen Fall nicht zuständig zu sein, und gab den Fall an das Militärgericht der Luftwaffenkommandantur weiter.

ÖP, 07.02.2008, ISKU

Drei neue Ermittlungsverfahren gegen Leyla Zana

Gegen die ehemalige DEP-Abgeordnete Leyla Zana sind aufgrund von Redebeiträgen zu verschiedenen Anlässen drei neue Ermittlungsverfahren eröffnet worden. Ihr wird vorgeworfen, in einer Rede im Europaparlament im vergangenen Jahr den Ausdruck „Führer des kurdischen Volkesari“ für Abdullah Öcalan verwendet zu haben. Weiterhin wird wegen zwei auf Kurdisch gehaltenen Reden während des Wahlkampfes in Silvan und Genç gegen Zana ermittelt.

ANF, 13.02.2008, ISKU



Lebende Schutzschilde auf der Demonstration in die Berge
„Bluthändler AKP – Partei der Ungerechten und Gottlosen“ Foto: DIHA

Punkte ist der, dass die EU-Länder der AKP-Regierung den notwendigen politischen Willen zur demokratischen Lösung des Problems zugestehen. In diesem Kontext haben wir dann die Menschenrechtsverletzungen zur Sprache gebracht, denen nicht nur unsere Partei und die Kurden ausgesetzt sind, sondern auch Menschenrechtsaktivisten und einfache Bürger, und erklärt, dass die AKP-Regierung die kurdische Frage nicht wird lösen können, wenn sie militärische Methoden in den Vordergrund stellt. Selbstverständlich müssen diese Kontakte auf unterschiedlicher Ebene noch weiter gefestigt werden. Deshalb sind wir bemüht, sie weiter zu pflegen. Wir beabsichtigen natürlich, mit den Kreisen, in denen ähnliche Empfindlichkeiten bestehen, unsere Erfahrungen auszutauschen und die Kontakte weiter zu vertiefen.

Trotz des immensen Drucks hält Ihre Partei an ihren Bemühungen für die Demokratisierung der Türkei und für die friedliche Lösung der kurdischen Frage fest. Neben dem auf Ihrem Parteikongress verabschiedeten Projekt „Demokratische Autonomie“ schlagen Sie die Durchführung eines Kongresses zur „Demokratischen Republik“ sowie die Gründung eines „Rats der Weisen“ vor. Können Sie uns den Kern dieser Vorschläge skizzieren?

Die kurdische Frage in der Türkei steht als ein Problem da, das auf eine Lösung drängt. Aber weil die Verleugnungs- und Vernichtungspolitik unverändert anhält und anstelle der Gründe des Problems das Problem in seinen Auswirkungen behandelt wird, hat sich die Ausweglosigkeit immer mehr vertieft. Unsere Partei bringt bei jeder Gelegenheit zur Sprache, dass die kurdische Frage eine Frage der Demokratie und der Freiheiten ist, dass das kurdische Volk seine Rechte auf Identität und Kultur frei ausleben können muss und diese verfassungsrechtlich zu garantieren sind. Wir haben des Öfteren erklärt, dass eine demokratisch-friedliche Lösung der kurdischen Frage möglich ist, die Waffen nicht mehr als Lösungsmittel eingesetzt werden dürfen, die Methode des 21. Jahrhunderts aus Dialog und Verhandlung besteht. Folglich ist es nicht von der Hand zu weisen, dass die Auseinandersetzung und Diskussion um das Projekt der Demokratischen Autonomie und dessen Umsetzung bei der Lösung der kurdischen Frage nicht nur für die Kurden, sondern für alle in der Türkei lebenden Völker ein demokratisches und freiheitliches Vorhaben darstellt. Es ist als Lösungsprojekt der Kurden nach unterschiedlichen tief greifenden gemeinsamen Diskussionen entwickelt worden.

Die Türkei hat eine neue Phase beschritten. Die Tatsache, dass ihre gegenwärtige Verfassung nicht ihren Bedürfnissen entspricht, macht eine neue zivilisierte Verfassung unumgänglich. Diese hat folglich zwingend ein neuer Gesellschaftsvertrag zu werden, der die Bedürfnisse aller Volksgruppen in der Türkei berücksichtigt und abdeckt. Der geplante „Kongress Demokratische Republik“ ist insofern von Bedeutung, um diese Bedürfnisse zur Disposition zu stellen und entsprechende Projekte und Perspektiven zu entwickeln, um die politische Stagnation zu überwinden und lösungsweisend zu sein.

Ein weiterer Vorschlag unserer Partei zur Lösung der kurdischen Frage ist die Gründung eines „Weisenrats“. Diese Kommission ist lebenswichtig, um die 30-jährigen Auseinandersetzungen zu beenden, die Phase des Friedens und der Demokratie zu eröffnen und die Geschwisterlichkeit der Völker zu stärken.

Für 2009 sind Kommunalwahlen angesetzt. Wie sehen Ihre Vorbereitungen als Partei aus? Mit welcher Politik und mit welchen Projekten gedenken Sie anzutreten?

Die Kommunalverwaltung ist für uns ein sehr wichtiger Bereich, dem wir uns mit dem demokratisch-ökologischen Ansatz, dem der Geschlechterfreiheit annähern, es ist zugleich ein alternativer Verwaltungsansatz. Unsere bisherige Praxis in den Kommunalverwaltungen zeigt, dass wir eine wichtige Etappe erreicht haben, auch wenn es noch besser aussehen könnte. Die Gemeindewahlen 2009 sind für die Türkei von großer Bedeutung. Einzige Konkurrentin für die AKP in der Region ist unsere Partei. Wir haben dort bei den Gemeindeverwaltungen die stärkste Kraft. Die AKP wird versuchen, ihren Wahlsieg vom 22. Juli 2007 auch bei den Kommunalwahlen vor allem in den kurdischen Provinzen zu wiederholen. Hierfür setzt sie alle staatlichen Möglichkeiten ein. Mit unserer Konferenz „Kommunalverwaltungen“ werden wir die Wahlkampfphase offiziell einleiten. ♦

DTP zur Demokratisierung der Türkei und zur Lösung der kurdischen Frage

(…)

B. Lösungsvorschläge für wirtschaftliche und soziale Probleme

I. Wirtschaftspolitik

Um die durch die seit Republikgründung praktizierte staatliche Wirtschaftspolitik und die Kriegssituation hervorgerufene Rückständigkeit und Zerstörung zu beseitigen, sind grundlegende wirtschaftliche Veränderungen notwendig. Wichtig sind die Erfahrungen der Länder, in denen die Machtbefugnisse zwischen Hauptstadt und Kommune ausgeglichen sind und in denen auf regionale Entwicklung ausgerichtete Modelle erfolgreich durchgeführt werden, die der Kommune je nach Dringlichkeit und Vorrang der Region Handlungsmöglichkeiten bei der Nutzung von Quellen bieten.

Für eine friedliche Lösung der kurdischen Frage ist eine wirksame und umfangreiche Politik unumgänglich, welche die bestehenden gesellschaftlich-ökonomischen Probleme löst. Damit jedoch diese Politik und die eingeleiteten Schritte einen dauerhaften Frieden und Stabilität schaffen können, müssen wir uns mit den historisch-politischen Gründen der Armut und der Benachteiligung konfrontieren. So wie [*in Spanien*] ein hoher wirtschaftlicher Standard in den katalanischen und baskischen Regionen die Entstehung und Fortsetzung von Gewalt und Konfrontation nicht verhindern konnte, so wird er auch in unserer Region keinem dauerhaften Frieden dienen, solange wir die historisch-politischen Aspekte der gesellschaftlich-ökonomischen Probleme nicht akzeptieren.

Den Zahlen der staatlichen Entwicklungsorganisation von 2003 zufolge steht die ost-südostanatolische Region in der Liste der sozioökonomischen Entwicklung an letzter Stelle. 14 der 16 am stärksten unterentwickelten Regionen liegen in Ost- bzw. Südostanatolien.

Südostanatolien ist beim Produktivniveau in den Sektoren Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistung im Gegensatz zu anderen Gebieten weitgehend zurückgeblieben, was sich auch in der Wohlstandsbilanz spiegelt. In den im Westen des Landes liegenden am stärksten entwickelten Städten Istanbul, Izmir und Ankara kommen auf 10 000 Einwohner 20, 23 bzw. 32 Ärzte. Dies ist schon viel weniger als eigentlich erforderlich. Zwischen der Hauptstadt Ankara und Ağrı klafft ein 13-facher Unterschied.

Nahezu alle politischen Parteien betonen in ihren Aussagen diese sozioökonomische Unausgewogenheit, aber die praktizierte Politik ändert nichts an der Situation. Die offiziellen Zahlen zur regionalen Verteilung der öffentlichen Investitionen, die an das von der 59. Regierung unter dem Aspekt der Entwicklung angewendete Gesetz zur Investitionsförderung angelehnt sind, zeigen, dass die praktische Durchführung kein positives Resultat in der Region gebracht hat.

Eine Konfrontation mit den politischen und historischen Gründen für die Armut in der Region ist für jedes gesellschaftlich-wirtschaftliche Programm unabdingbar, das für die Schaffung eines gerechten und würdevollen Friedens entwickelt wird.

LÖSUNGSVORSCHLÄGE

1. Eine Koordination mit den lokalen Dynamiken, allen voran den Kommunalverwaltungen, ist notwendig. Zentralistische wirtschaftliche Programme, fern einer lokalen Partizipation und nicht auf den Menschen ausgerichtet, haben, wie auch am Beispiel des GAP-Projektes zu sehen, keine Erfolgsaussichten. Ein konstruktiver Dialog zwischen Kommune und Zentrale wird auch hier aufbauende Ergebnisse hervorbringen.

2. Ein Teil der Abgaben und Steuern sowie die Einnahmen aus örtlichen Quellen können den kommunalen und regionalen Räten, deren Befugnisse gestärkt wurden, überlassen und so für die Lösung der sozioökonomischen Probleme der Bevölkerung genutzt werden.

3. Um das zerstörte wirtschaftliche und gesellschaftliche Gleichgewicht der Regionen herzustellen und den Entwicklungsunterschied zwischen ihnen aufzuheben, kann ein Förderungsgesetz geschaffen werden, das die Entwicklung der arbeitsreichen Sektoren Bergbau, Landwirtschaft, Viehzucht und Tourismus zum Ziel hat. Alle Regionen konnten von dem zuvor angewendeten Förderungsgesetz gleichermaßen profitieren. Wir wollen sicherlich die Entwicklung aller Städte, unabhängig von ihrer geographischen Lage. Doch werden für den Osten und den Westen des Landes die gleichen Investitionsförderungen angewendet, wird ein Investor aufgrund der Kriegs- und Krisensituation im Osten die Städte im Westen bevorzugen. Daher betonen wir die Notwendigkeit eines eigenständigen Förderungsgesetzes für die Region.

4. Die Infrastruktur (Verkehr, Kommunikation, Energie etc.) der zu gründenden demokratisch-selbstständigen/autonomen Regionen kann mit wirtschaftlichen Investitionen vorbereitet werden.

5. Der Bau der Nord-Süd- und der Ost-West-Autobahnen ist für die Stärkung der wirtschaftlichen und sozialen Verbundenheit unabdingbar.

6. Die im Rahmen der wirtschaftlichen Entwicklung von der EU vergebenen Entwicklungsfonds sollten im Rahmen des Solidaritätszuschlages den Regionen zugeführt werden. Es ist wichtig, bei der Verteilung und der Nutzung dieser Fonds die demokratische Unabhängigkeit des politischen und administrativen Modells zu gewährleisten.

7. Städte wie Trabzon, Diyarbakır, Van und Erzurum können als regionale Metropolen gestaltet werden, zum einen, um den Motor für die regionale sozioökonomische Entwicklung zu bilden und die regionalen dynamischen Kräfte zu fördern, zum anderen, um die Flucht aus der Region zu stoppen.

8. Durch eine Kapazitätsausweitung der Grenze von Habur können die freundschaftlichen und wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Irak und der Autono-

mieregierung Kurdistan entwickelt und freie Gebiete geschaffen werden.

9. Für eine generelle Lösung der Flüchtlingsproblematik und zur Reduktion des dadurch entstehenden Drucks auf die Städte können für unsere Staatsbürger, die in ihre Dörfer zurückkehren möchten, geeignete Voraussetzungen geschaffen werden. Die Sicherheitszonen in der Region müssen aufgehoben und ländliche Entwicklungsprojekte umgesetzt werden. Für eine Integration derjenigen, die in den Städten bleiben wollen, können in Zusammenarbeit mit der Kommune wirtschaftliche und gesellschaftliche Vorkehrungen getroffen werden, z. B. städtische Förderprojekte. Zur Lösung der Probleme in den Bereichen Gesundheit, Dienstleistung, Bildung und Wohnraum können umfassende Projekte entwickelt werden.

10. Für die Projekte, die die Dienstleistung in den Regionen gewährleisten sollen, werden die notwendigen gesetzlichen und administrativen Voraussetzungen geschaffen. In diesem Rahmen werden zur Vorbereitung der infrastrukturellen Investitionen neben KOBI- (Klein- und Mittelbetriebs-) und Investitionsförderungen, Krediten, Subventionen und Steuerbegünstigungen Bereiche wie Verkehr, Energie, Wissenschaft und Kommunikation bevorzugt. Bei der Förderung und der Verteilung der öffentlichen Gelder wird das Prinzip des Solidaritätszuschlags noch stärker zur Anwendung kommen.

11. Neben diesen langfristigen Projekten gibt es akut zu lösende Probleme. Die Regierung kann mit privaten Fonds in Zusammenarbeit mit dem Rektorat für gesundheitliche und soziale Leistungen, den Kommunalregierungen und den zivilgesellschaftlichen Organisationen für die Probleme von Frauen, Kindern, Jugendlichen und Fluchtopfern wie Armut, Gewalt, Wohnraumprobleme, Gesundheit und Bildung eine Sozialpolitik entwickeln.

II. Sozialpolitik

Die in der Region in den letzten zwanzig Jahren entstandene gesellschaftliche und wirtschaftliche Zerstörung, die Massenarmut und die dadurch erwachsenen Traumata erfordern eine rasche Intervention.

Die Vertreibung im Land kann nicht unabhängig von den historischen, politischen, ethnischen und gesellschaftlichen Problemen des Ostens sowie Südostens betrachtet werden. Darüber hinaus wird das fehlende Vertrauen zwischen Staat und Bürger, hervorgerufen durch die fehlende lokale Repräsentanz des Staates in der Region und die überwiegend militärischen Vorkehrungen, durch die Vertreibungs-, Armuts- und sozialen Probleme, verstärkt.

Die Fluchtwelle in den Jahren 1984–1999 ist im Gegensatz zu der sozioökonomischen Fluchtwelle in den 1960er und 1970er Jahren eine aufgrund der politischen Bedingungen und der mangelnden Sicherheit hervorgerufene, hauptsächlich durch die kurdische Frage entstandene Fluchtwelle. Die aus Krieg und Vertreibung resultierende Armut, fehlende Hilfen und die sozialen Probleme stellen nicht nur eine Menschenrechtsverletzung dar, sondern verletzen ebenso zahlreiche, z. T. auch von der Türkei unterzeichnete, internationale Abkommen. In der in der Region herrschenden Kriegssituation wird von 380 000 bis 3,5–4 Millionen kurdischen Flüchtlingen gesprochen. Diese Flucht hat zum einen zu einer Entvölkerung der Region geführt und zum anderen die für die Menschen in der Region lebenswichtigen wirtschaftlichen Aktivitäten vernichtet.

Rückkehr zu den Lebensräumen und Schaffung der Voraussetzungen dafür

1. Die Rückkehr zum Lebensraum ist ein Recht. Von diesem Recht werden alle Fluchtopfer bedingungslos Gebrauch machen.

2. Der Staat muss seinen Staatsbürgern vertrauen; kein Staat darf seinen Staatsbürger als potentiellen Schuldigen betrachten. Aus diesem Grund werden über die Rückkehr in die Dörfer nicht die Sicherheitskräfte, sondern die Bewohner dieser Dörfer entscheiden. Die Aufgabe der Sicherheitskräfte besteht darin, die Sicherheit im Dorf zu gewährleisten; die anderen offiziellen Kreise sind dafür verantwortlich, die Opfer zu entschädigen und Unterstützung für die Einrichtung eines menschenwürdigen Lebensraumes im Dorf zu geben.

3. Das Dorfschützersystem, ein großes Hindernis bei der Rückkehr in die alten Lebensräume, wird aufgehoben. Die Dorfschützer werden entwaffnet und anderweitig beschäftigt. Die enteigneten Ländereien werden wieder den alten Besitzern gegeben.

4. Vor der Rückkehr werden alle entvölkerten Dörfer, das umgebende Gebiet und die Felder von Minen gesäubert. Die mit Minen ausgelegten Felder werden unter Berücksichtigung des gesellschaftlichen Nutzens verwendet.

5. Es werden erforderliche Ausstattungen geschaffen und Förderprojekte entwickelt, um ökonomische Aktivitäten wie Imkerei, Viehzucht und industrielle Produktion zu beleben. Damit die Dorfbewohner Kooperativen und Gemeinschaften gründen können, werden technische und rechtliche Unterstützung gegeben.

6. Bei der Praktizierung von Ernährungsprojekten mit wenig Zinsen wird unseren in die Dörfer zurückgekehrten Staatsbürgern Vorrang gegeben. Für diejenigen, die von dem Kredit profitieren, wird ein ihren Gütern entsprechendes Sicherheitssystem entwickelt, eine Bürgschaft wird nicht verlangt.

7. Alle wirtschaftlichen und psychischen Verluste, die aus der Flucht resultieren, die Millionen Menschen von ihren Lebensräumen und wirtschaftlichen Produktionsstätten getrennt haben, werden rasch und gerecht ersetzt. Dafür werden die Entschädigungskriterien und der Umfang im bestehenden Gesetz 5233 erweitert, die Anträge wirkungsvoll und transparent bearbeitet. Die gerechte Entschädigung der Verluste, die die Vertreibung hervorgerufen hat, wird nicht nur umgesetzt, um die wirtschaftlichen Probleme der Menschen in den Elendsvierteln der Städte zu vermindern, sondern soll auch aufgrund des sozialen Charakters der Regierung als Ausdruck ihrer Verantwortung gegenüber seinem Staatsbürger entwickelt werden; die Umsetzung des Gesetzes soll als

Methode, Summe und Prozedur der Verbesserung der angeschlagenen Beziehung zwischen Staatsbürger und Staat dienen. Bedauerlicherweise hat die Praktizierung des Gesetzes bisher nicht zur gerechten Lösung der Probleme geführt, sondern wurde zum Verdecken der Vergangenheit benutzt.

Aktionsplan für eine Atmosphäre ohne Auseinandersetzungen

Nach der Parlamentswahl vom 22. Juli 2007 ist die Türkei in eine neue Phase eingetreten. Alle politischen Kräfte betrachten die Probleme des Landes aus ihrer Position heraus und entsprechend ihrer Vorränge und machen von diesem Standpunkt aus Lösungsvorschläge. Jedoch ignorieren die Kräfte, die bei der Lösung der Probleme eine Rolle spielen könnten, leider das grundlegendste, brennende Problem.

Der seit dreißig Jahren bestehende Kriegszustand ist wesentliche Ursache für die Vertiefung sämtlicher Probleme des Landes. Dennoch wird er lediglich als Terror- und Sicherheitsproblem betrachtet, was wiederum das Problem in jeglicher Hinsicht vertieft. Die Erfolglosigkeit der Lösungsversuche mit den immergleichen Auffassungen und Vorkehrungen hat sich auf jeden Fall bestätigt. Die Gesellschaft erleidet dadurch nur schwer auszugleichende Verluste. Alle Menschen in unserer Region wollen eine Lösung dieses Problems. Für keinen Menschen sind die Verluste von Menschenleben und der alltägliche Schmerz in der Familie verständlich und akzeptabel. Die Aussagen [*von Müttern gefallener Soldaten*] „Ich sage nicht, es lebe das Land.“, „Ich sage, es lebe das Land. Aber bis wohin?“ sind ein Ausdruck davon.

Das Fortbestehen des Kriegszustandes führt zu einer nur schwer zu behebenden Feindschaft zwischen den Völkern, die seit mehr als tausend Jahren in dieser Region zusammengelebt und in vielen Lebensbereichen zusammengearbeitet haben. Zahlreiche entsprechende Warnsignale wurden bedauerlicherweise ignoriert oder zum Werkzeug der Tagespolitik gemacht.

Als eine Partei, die sich aller Probleme der Türkei annimmt und Lösungswege sucht, sehen wir es als lebenswichtig an, dass in unserem Land eine kriegsfreie Atmosphäre geschaffen wird und sich Schritte zu deren dauerhafter Festigung anschließen. Solange keine konkreten Ergebnisse erzielt werden, wird es nicht möglich sein, inneren Frieden, Ruhe und Wohlstand in unserem Land zu erreichen. Aufgrund dieser Sichtweise arbeiten wir seit Jahren für den inneren Frieden. Dafür haben wir Opfer gebracht. Denn wir wissen, dass dies der einzige Weg ist, die Werte, die das tausendjährige Zusammenleben geschaffen hat, weiterleben zu lassen. Wir haben aus jüngster Vergangenheit erfahren, dass alle anderen Bestrebungen und Wege nur Feindschaft zwischen beiden Gesellschaften säen und mit jedem Tag verstärken. Daher kommen unsere Beharrlichkeit und Hartnäckigkeit.

Wir wissen, dass das Land und die Menschen in jeder Hinsicht von der Neustrukturierung der historischen Gemeinsamkeiten mit gleichberechtigten und freien geschwisterlichen Beziehungen profitieren werden.

Wir haben als Partei für die Etablierung des inneren Friedens und die Neustrukturierung der Beziehungen bis heute immer in dem Bewusstsein um unsere Verantwortung gehandelt. Auch in dieser angespannten und kritischen Phase, in der die Türkei sich befindet, sind wir entschlossen, unsere Pflicht zu erfüllen. Für die Schaffung einer Atmosphäre ohne Auseinandersetzungen und eines dauerhaften Friedens werden wir unsere Bestrebungen intensivieren.

Unsere Partei hat bis heute zahlreiche Schritte für ein Ende der Auseinandersetzungen und die Etablierung einer für die Lösung der Frage geeigneten Atmosphäre unternommen. Zeitweise stießen sie auch auf positive Resonanz. Dies hat auch dazu geführt, dass in der gesamten Gesellschaft Hoffnung auf eine Lösung aufkeimte. Jedoch wurden alle unsere Bestrebungen jedes Mal von Kräften, die sich von Auseinandersetzungen und Spannungen nähren, angegriffen und damit erfolglos gemacht. Diese Haltung hat bei unserem Volk verständlicherweise zu einem Vertrauensverlust geführt. Daher werden wir als Partei Vorreiter für die Entwicklung einer erfolgreicheren und noch ernsteren Phase sein. Die Erfahrungen zeigen, dass einseitige Waffenstillstände keine bleibenden und positiven Ergebnisse erzielen. Ausgehend auch von diesen Erfahrungen werden wir uns um den Beginn und die Festigung einer beidseitigen Phase ohne Auseinandersetzungen bemühen.

Hierfür:

1. Im Zentrum der Auseinandersetzungen in unserem Land steht die kurdische Frage. Die Entwicklung entsprechender umfangreicher Konzepte in den Arbeiten zur neuen Verfassung wird einen wichtigen Beitrag zur Errichtung einer friedlichen Atmosphäre leisten. Dabei wird eine Zusammenarbeit mit allen anderen Kräften und Institutionen entwickelt.

2. Für die Schaffung einer dauerhaften gewaltfreien Atmosphäre werden wir versuchen, auf alle beteiligten Kreise einzuwirken. Wenn eine entsprechende Atmosphäre geschaffen ist und die beteiligten Kräfte positiv gestimmt sind, kann auch eine Vermittlerrolle übernommen werden.

3. Für die Entwicklung einer gewaltfreien Atmosphäre wird es Fusionsbestrebungen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und demokratischen Institutionen geben. Wir werden bestrebt sein, eine geeignete Atmosphäre und eine bewegende Kraft aufzubauen.

4. Für eine Atmosphäre ohne Auseinandersetzungen werden Kontakte zu wichtigen äußeren Kräften – für den Frieden arbeitende internationale zivilgesellschaftliche Organisationen, EU, USA und kurdische Autonomieregierung – aufgenommen und eine diesbezügliche diplomatische Phase eingeleitet.

5. Um all diese Arbeiten auszuführen und eine entsprechende Arbeitsgruppe zu gründen, an der politische Parteien, der Friedensrat, die Zivilgesellschaft, Vertreter demokratischer zivilgesellschaftlicher Organisationen und Persönlichkeiten beteiligt sind, wird unsere Partei all diese Aufgaben verantwortungsvoll ausführen.

8. November 2007

2. außerordentlicher Kongress der DTP, Partei der Demokratischen Gesellschaft

Das wahre Gesicht der Demokratie in der Türkei: Zeitungsschließungen

Demokratie ganz oder gar nicht!

Mahmut Şakar, MAF-DAD e. V. (Verein für Demokratie und internationales Recht), Köln

Die Verletzung der Pressefreiheit stellt eines der Hauptprobleme für das Wesen der Demokratie in der Türkei dar. Die Türkei befand sich vor noch nicht allzu langer Zeit unter den Staaten, in denen die meisten JournalistInnen ermordet wurden. Aus diesem Grunde bilden die Zeitungsschließungen, das Verhindern der Zeitungsausteilung, die Tötung und Verletzung von JournalistInnen und Zeitungsverteilern, die verhängten hohen Geld- und Gefängnisstrafen den Kern der eingereichten Klagen und abgeschlossenen Urteile gegen die Türkei vor dem *Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte*. Auch heute noch in der Zeit der EU-Annäherung der Türkei leiden die Meinungs- und die Pressefreiheit unter den gravierendsten Mängeln.

Von Europa aus gesehen ist – bei oberflächlicher Analyse – Artikel 301 des Strafgesetzbuches der Türkei das Haupthindernis für die Meinungs- und Pressefreiheit. Weil in den Fällen bekannter JournalistInnen und SchriftstellerInnen die nationale als auch die internationale Öffentlichkeit die Gerichtssäle belegten, ist die Türkei heute wegen Artikel 301 bekannt. Leider ist es nicht nur dieser Paragraf, der die Meinungs- und Pressefreiheit einschränkt. Dutzende von Rechtsregelungen und praktische Ausführungen machen die oppositionelle Presse heute handlungsunfähig.

Ich möchte in diesem Artikel vor allem auf die Schließung von Zeitungen im letzten einen Jahr eingehen. Im Zeitraum vom 6. März 2007 bis zum 2. Februar 2008 wurden insgesamt 20 Zeitungen geschlossen, ein Rekord. Hier die Liste der betroffenen Zeitungen:

Haftaya Bakış wurde am 2. Februar 2008 für 1 Monat geschlossen;
Yedinci Gün am 12. Januar 2008 für 1 Monat geschlossen;
Toplumsal Demokrasi am 5. Januar 2008 für 1 Monat geschlossen;
Yaşamda Demokrasi am 16. Dezember 2007 für 1 Monat geschlossen;
Haftaya Bakış am 8. Dezember 2007 für 1 Monat geschlossen;
Yedinci Gün am 27. November 2007 für 1 Monat geschlossen;
Gerçek Demokrasi am 21. November 2007 für 1 Monat geschlossen;
Gündem am 14. November 2007 für 1 Monat geschlossen;
Yedinci Gün am 12. November 2007 für 15 Tage geschlossen;
Güncel am 17. Oktober 2007 für 1 Monat geschlossen;
Gerçek Demokrasi am 16. Oktober 2007 für 1 Monat geschlossen;
Gündem am 9. Oktober 2007 für 1 Monat geschlossen;
Gündem am 8. September 2007 für 1 Monat geschlossen;
Güncel am 17. Juli 2007 für 12 Tage geschlossen;
Gündem am 12. Juli 2007 für 15 Tage geschlossen;
Gündem am 9. April 2007 für 15 Tage geschlossen;
Güncel am 30. März 2007 Erscheinungsverbot erteilt;
Azadiya Welat am 23. März 2007 für 20 Tage geschlossen;
Yaşamda Gündem am 10. März 2007 Erscheinungsverbot erteilt;
Gündem am 6. März 2007 für 1 Monat geschlossen.

Anhand dessen will ich einige kurze Bewertungen vornehmen:

1.) Eines der Haupthindernisse für die Pressefreiheit und rechtliche Stütze für die Schließung von Zeitungen ist das Anti-Terror-Gesetz. Mit den Änderungen vom 29. Juni 2006 heißt es darin jetzt: „Im Zusammenhang mit den Aktivitäten terroristischer Organisationen öffentlich zur Straftat zu ermutigen, begangene Straftaten bzw. Straftäter zu rühmen oder Propaganda für terroristische Organisationen zu veröffentlichen kann auf richterlichen Beschluss und bei Gefahr im Verzug auf Beschluss der Staatsanwaltschaft die Maßnahme nach sich ziehen, das Erscheinen einer Publikation zwischen 15 Tagen und einem Monat einzustellen. Die Staatsanwaltschaft muss ihren Beschluss innerhalb von 24 Stunden dem Richter vorlegen. Stimmt der Richter dem innerhalb von 48 Stunden nicht zu, gilt der Einstellungsbeschluss als unwirksam.“

2.) Diese gesetzliche Änderung wurde in der Zeit der AKP-Regierung vorgenommen. Als behauptet wurde, im Rahmen der EU-Anpassungsphase würden Reformen vollzogen, wurden dieses und ähnliche Gesetze durch Änderungen noch weiter verschärft. Im Jahre 1994 war die Zentrale der Tageszeitung *Özgür Ülke* in die Luft gesprengt worden, aber schon innerhalb von zwei Tagen konnte sie auch mit der Solidarität demokratischer Kräfte erneut erscheinen. Auch wurden ihre MitarbeiterInnen und Intellektuelle ermordet, aber sie konnte weiterhin erscheinen. Zum ersten Mal, und das zu AKP-Zeiten, sind die Zeitungen *Gündem*, *Güncel*, *Toplumsal*

Demokrasi gezwungen, ihr Erscheinen für längere Zeiträume einzustellen.

3.) Neben der Schließung werden Zeitungen in die juristische Zange genommen. Allein gegen die *Gündem* wurden im Zeitraum 1. März 2004 bis 16. November 2006 über 600 Gerichtsverfahren eröffnet. 58 der bislang beendeten 69 Verfahren endeten mit einer Verurteilung. Die einzige kurdischsprachige Zeitung *Azadiya Welat* wurde ebenfalls geschlossen. Zuletzt wurde am 5. Februar 2008 der Chefredakteur und Verleger dieser Zeitung Vedat Kursun vor der 6. Strafkammer verhaftet.

4.) Es muss auch erwähnt werden, dass die türkische Armee eine wichtige Rolle bei der Schließung von Zeitungen, vor allem der *Gündem*, und bei der Änderung rechtlicher Regelungen spielt. Um es mit einigen Beispielen zu verdeutlichen: Am 19. Juli 2005 machte der damalige zweite Generalstabsvorsitzende Ilker Başbuğ während eines dreistündigen Vortrags vor der türkischen Presse die Zeitung *Gündem* zum Angriffsziel und sagte, dass die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen seien, um deren Verteilung zu verhindern. Am 10. November 2006 sagte Generalstabschef Yaşar Büyükanıt bei einem Cocktail: „Zeitschriften und Zeitungen der PKK erscheinen. Das darf nicht zugelassen werden. Wie können sie erscheinen?", und brachte auf diese Weise das Thema erneut auf höchster Ebene auf die Tagesordnung. Der Justizminister der AKP-Regierung Cemil Çiçek sprach in seiner Rede vor der Vollversammlung des JournalistInnen-Verbands TGC (*Türkiye Gazeteciler Cemiyeti*) über die Tageszeitung *Gündem* von „Lumpen" und forderte: „Diese Zeitung muss gestoppt werden." Kurze Zeit nach dieser Rede wurden die o. g. rechtlichen Änderungen vorgenommen und die gewünschte Phase eingeleitet.

5.) Alle geschlossenen Zeitungen sind gegenüber der kurdischen Frage aufgeschlossen und verfolgen gegenüber den offiziellen Meinungen und Handlungen eine oppositionelle Linie. Diese Zeitungen zu schließen, sie strafrechtlich und finanziell unter Druck zu setzen, bedeutet zugleich, dass bezüglich der kurdischen Frage statt einer friedlichen und demokratischen Lösung die traditionelle Verleugnung und militaristische Politik vorherrscht. Die Tatsache, dass AKP und türkisches Militär bezüglich der Zeitungsschließungen derselben Meinung sind, beweist noch einmal, dass es sich hierbei um staatliche Politik handelt.

Ich muss sagen, auch wenn die AKP sich gern als liberal und demokratisch gibt, so offenbaren die Zeitungsschließungen das wahre Gesicht der türkischen Demokratie und verraten den Rahmen des Demokratieverständnisses der AKP.

Des Weiteren offenbaren die Zeitungsschließungen in der Türkei die auf den Artikel 301 reduzierte mangelhafte und unzureichende Kritik der europäischen Politik. Ich muss auch hinzufügen, dass eine solche beschränkte und unfruchtbare Annäherung die Türkei ermutigt, gegen die oppositionellen Kräfte jede Art von Druck auszuüben. Gegen diese Art von Diskriminierung sollten sich in erster Linie die europäischen PolitikerInnen und Intellektuellen wenden. Ich möchte diesen Text mit einem Zitat des hoch geschätzten Schriftstellers Yaşar Kemal von der Friedenskonferenz beenden: „Demokratie ganz oder gar nicht!" ♦

Ministerpräsident Erdoğan schaut Roj TV

Im türkischen Sender ATV hat sich Recep Tayyip Erdoğan im Gespräch mit Journalisten zu Themen wie kurdischen Medien und Kurdischunterricht geäußert. Die Journalisten hielten dem Ministerpräsidenten seine bei einem Deutschland-Besuch gemachten Äußerungen vor. So fragte der Kolumnist Hasan Cemal: „Sie haben muttersprachlichen Unterricht für die dortigen Türken gefordert. Gilt das auch für die Kurden in der Türkei?" Erdoğan antwortete darauf, wer seine Muttersprache lernen wolle, habe die Freiheit, einen Kurs einzurichten, in dieser Hinsicht gebe es keine Einschränkungen. Kurdisch als Unterrichtsfach in staatlichen Einrichtungen sei hingegen nicht möglich, da es in der Türkei „über 30 ethnische Gruppen" gebe. Weiter teilte Erdogan mit, es sei geplant, auf einem Kanal des staatlichen Fernsehens TRT künftig nur noch kurdische, vielleicht auch persische und arabische Sendungen zu bringen.
Auf die Frage, ob die Kurden einen Privatsender einrichten könnten, antwortete Erdoğan, dieses sei nach den Kopenhagener Kriterien möglich, aber das Problem sei ein anderes: „Die Einschränkungen richten sich nur gegen die Terrororganisation." Diese verfüge über eigene Sender: „Das Problem ist nicht die Sprache dieser Sender, sondern ihr Inhalt. Letztens kam ich abends nach Hause und bin durch die über Satellit zu empfangenen Kanäle gezappt. Dabei bin ich auf einen dieser Kanäle gestoßen. Es liefen dauernd Einblendungen, in denen die Menschen dazu eingeladen wurden, als lebende Schutzschilde in die Berge, hierhin und dorthin zu kommen. Im Hintergrund lief Musik in ihrer eigenen Sprache. Eine solche Sendung kann man nicht normal finden, das wäre auch verboten, wenn die Sprache türkisch wäre."
Unterdessen wurde bekannt, dass der türkische Staat mit Belgien über eine Schließung des in Brüssel ansässigen Senders Roj TV verhandelt. Nachdem zunächst über die Vermittlung der USA Druck auf Dänemark ausgeübt wurde, die Sendeerlaubnis zu annullieren, wird jetzt ebenfalls über die USA versucht, die Studios in Belgien über materiellen Druck gegen ihre Besitzer schließen zu lassen. Diese Initiative ist Teil eines Angriffskonzeptes, das nach dem Treffen zwischen Erdoğan und Bush am 5. November Thema wurde. Zeitgleich zu dieser Entwicklung haben belgische Staatsanwälte die Türkei besucht.
Der Direktor der Antiterrorabteilung im US-Außenministerium, Frank Urbancic, hatte vor drei Tagen in einem Interview anlässlich eines Türkei-Besuches gegenüber der Zeitung *Hürriyet* den Sender Roj TV als „Vorderfront des Terrorismus" bezeichnet und eine **„**Al-Capone-Taktik gegen die PKK" angekündigt. Al Capone habe aufgrund seiner Steuerschuld ins Gefängnis gebracht werden können. Vor der Türkei hielt sich Urbancic in Dänemark und Belgien auf. *ANF, 17.02.2008, ISKU*

Zur Gründung des *Europäischen Friedensrats Türkei*

„Um die Sprache des Friedens zu sprechen …"

Murat Cakir

In Zeiten der Eskalation und der Zunahme gewaltorientierter Entwicklungen gibt es immer wieder einige mutige Menschen, die sich dem Zeitgeist entgegenstellen und Frieden fordern. So war es auch vor etwa einem Jahr, am 14. Januar 2007 in Ankara, als sich rund 400 Menschen auf einer Konferenz trafen. Unter dem Titel „Die Türkei sucht ihren Frieden" sprachen sich prominente Persönlichkeiten, SchriftstellerInnen, Intellektuelle, MenschenrechtlerInnen, PolitikerInnen unterschiedlicher Strömungen und KünstlerInnen demonstrativ für Frieden und für die demokratische Lösung der Kurdenfrage aus.

Die zweitägige Konferenz wurde mit einer Abschlusserklärung und einem Programmentwurf beendet. Aus diesem Programmentwurf entstand eine „Road map für Frieden", die zugleich die Grundlage für die Gründung des „Friedensrats Türkei" bildete.

Viele waren sich darin einig, dass diese Konferenz ein Meilenstein in den Aktivitäten der Friedenskräfte der Türkei war. Denn in breiter Form wurde darüber diskutiert, was alles für die Verwirklichung des Friedens getan werden kann, und es wurden erste Schritte unternommen. Im Einleitungstext der „Road map für Frieden" heißt es u. a.: *„Wir wissen um die Bedeutung und Schwierigkeit der Aufgabe, die wir übernommen haben. Aber wir wissen auch, dass das historische Potential der Türkei so verwurzelt ist, dass es eine starke Grundlage für unsere Anstrengungen bietet. Und wir sind sicher, dass Türken, Kurden und andere Völker sich aufrichtig nach einem gemeinsamen Leben sehnen."*

Die Konferenz und Grundzüge eines Friedensprogramms unter Berücksichtigung der juristischen, politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Dimensionen waren Anlass dafür, dass in der demokratischen Öffentlichkeit der Türkei Hoffnungen geweckt wurden. Der Wille, das Friedensprogramm der Gesellschaft nahe zu bringen und auf die politische Tagesordnung zu setzen, wurde von den Kräften der Zivilgesellschaft anerkennend zur Kenntnis genommen.

Nicht jedoch von den politischen und militärischen Eliten des Landes. Anstatt einen Weg des gesellschaftlichen Dialogs für den Frieden und den überfälligen Demokratisierungsprozesses einzuschlagen, wurde auf die Eskalation der militärischen Gewalt gesetzt. Das Verständnis, die Kurdenfrage sowie die berechtigten Forderungen nach gleichberechtigter Teilnahme, Demokratisierung, sozialer Gerechtigkeit, Einhaltung der Menschenrechte und Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen breiter Bevölkerungsteile als ein Problem der „Sicherheit" zu sehen, bringt das Land in die Gefahrenzone eines blutigen Bürgerkrieges.

Besonders das Jahr 2007 war von der tiefen Spaltung der Gesellschaft und immer höher steigenden Gewaltspirale geprägt. Der Vorratsbeschluss des türkischen Parlaments für einen Einmarsch in den Nordirak, mehrfache Bombardierungen vermeintlicher Guerillastellungen in den nordirakischen Bergen, die Repressionen gegenüber den DTP-VertreterInnen und das gezielte Schüren einer nationalistisch-chauvinistischen Hetzatmosphäre haben dazu geführt, dass die gesellschaftliche Spaltung tiefer wurde und sich die Konflikte verschärft haben.

Kurdenproblem ist ein europäisches Problem

Wer dachte, dass all dies weit entfernt von Europa stattfindet, wurde spätestens mit den gewalttätigen nationalistischen Demonstrationen in verschiedenen europäischen Städten eines Besseren belehrt. Es war zu offensichtlich, dass die Entscheidungsträger der Türkei die Konflikte nach Europa tragen wollen.

Friedensbewegte kurdische und türkeistämmige Persönlichkeiten sahen diese besorgniserregende Entwicklung und wandten sich an die demokratische Öffentlichkeit. Innerhalb der Debatten wurde die Notwendigkeit eines von unterschiedlichen Kräften getragenen Gremiums, welches mit besonnenen Rufen und der Forderung nach friedlichen Auseinandersetzungen in die Debatte intervenieren sollte, deutlich.

Ausgehend von dieser Notwendigkeit gründeten sieben Personen die Initiative „Europäischer Friedensrat Türkei": Turgut Öker, Vorsitzender der Alewitischen Gemeinden in Europa; Hüseyin Avgan, DIDF-Bundesvorsitzender; Günay Aslan, Schriftsteller; Ömer Polat, Schriftsteller; Kemal Uzun, pensionierter Lehrer und Murat Cakir. Innerhalb kurzer Zeit meldeten sich aus zahlreichen europäischen Staaten – einige sogar aus Kanada und Australien – türkeistämmige und kurdische Persönlichkeiten zu Wort und erklärten ihre Bereitschaft, diese Initiative zu unterstützen.

Am 2. Februar 2008 schließlich fand in Köln die erste Vorbereitungstagung statt. Obwohl ein enger Kreis zur Beratung eingeladen war, kamen über hundert Personen zusammen. Aus Belgien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden waren türkeistämmige und kurdische WissenschaftlerInnen, KünstlerInnen, SchriftstellerInnen, JournalistInnen, GewerkschafterInnen und VertreterInnen unterschiedlicher Organisationen angereist. Sie einigten sich, auf der Grundlage der Gründungsdeklaration des „Friedensrates der Türkei" am 5. April 2008 mit einem in Berlin stattfindenden Friedenskongress den „Europäischen Friedensrat Türkei" zu gründen.

Der „Europäische Friedensrat Türkei" soll zum einen mit den Friedenskräften der Türkei in einem engen Schulterschluss zusammenarbeiten, die demokratische Öffentlichkeit in Europa auf die Konflikte der Türkei sowie auf deren friedliche und demokratische Lösungsmöglichkeiten aufmerksam machen und als eine Lobby des Friedens agieren. Zum anderen aber soll der „Europäische Friedensrat Türkei" sich als originärer Bestandteil europäischer Friedensbewegungen verstehen und als solche handeln.

Angestrebt wird, friedensbewegte Persönlichkeiten armenischer, assyrischer, kurdischer, türkischer Herkunft und aus europäischen Ländern unter einem Dach zu vereinen. Gleichzeitig sollen in größeren europäischen Städten, auf lokaler und Landesebene „Friedensratsinitiativen" gegründet werden. Derzeit wird eine mehrsprachige Website vorbereitet, die als Informationsportal dienen soll. Der „Europäische Friedensrat Türkei" ist für alle, die aktiv als BotschafterInnen des Friedens tätig werden wollen, offen. Der Gründungsaufruf wird nach dem 20. Februar 2008 mit den Namen der ErstunterzeichnerInnen veröffentlicht. Weitere Informationen werden danach folgen. ♦

„Die EU, die Türkei und die KurdInnen"

Abschlussresolution der Vierten Internationalen Konferenz

Die Vierte Internationale Konferenz zum Thema „Die EU, die Türkei und die KurdInnen", organisiert von der EU Turkey Civic Commission (EUTCC) fand am 3./4. Dezember 2007 im Europäischen Parlament in Brüssel statt.

Den Präsentationen und Einlassungen der Delegierten sowie den Konferenzunterlagen entsprechend, beschließt die Konferenz, dass folgende Erklärungen und Handlungsaufträge von den relevanten Konfliktparteien in den kurdischen Regionen der Türkei angenommen werden sollen.

Die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU befinden sich im Moment in einer kritischen Phase. Der Beitrittsprozess wird von den Akteuren als stagnierend oder zumindest stark verlangsamt fortschreitend wahrgenommen. Die Reformen, die zu Beginn des Prozesses umgesetzt wurden, sind mittlerweile in weite Ferne gerückt und es sieht so aus, dass sogar Rückschritte gemacht werden. Der geostrategische Druck auf die Türkei wächst durch die Interventionen im Nordirak, während die Situation im Land immer weiter polarisiert wird. Wie die Türkei und die EU auf die Turbulenzen des letzten Jahres reagieren, hat eine zentrale Bedeutung für die Zukunft des Beitrittsprozesses der Türkei und die Stabilität der gesamten Region.

Die Konferenz beschließt, periodisch Empfehlungen zu den Themen Menschenrechte und der Situation der KurdInnen im Rahmen des EU-Beitrittsprozesses der Türkei.

Die Konferenz gibt folgende Erklärung ab:

1.) An die Resolutionen der ersten drei Internationalen Konferenzen zum Thema „Die EU, die Türkei und die Kurdinnen" anknüpfend, verlein die Konferenz ihrer ausdrücklichen Unterstützung des EU-Beitritts der Türkei Ausdruck. Die Unterstützung ist jedoch abhängig vom sichtbaren Engagement beider Parteien für die Einhaltung der grundlegenden Menschen- und Freiheitsrechte;

2.) Die Konferenz fordert die EU auf, als eine Einheit zu agieren, die öffentlich ihre Unterstützung des EU-Beitrittsprozesses, wie sie ihn begonnen hat, zum Ausdruck bringt. Das beinhaltet auch sämtliche Anforderungen der EU bezüglich demokratischer und rechtlicher Reformen in der Türkei;

3.) Die Konferenz nimmt zur Kenntnis, dass der Fortschrittsbericht 2007 der Europäischen Kommission zum türkischen Beitrittsprozess feststellt, dass: „keines der Hauptanliegen wirklich/vollständig umgesetzt ist und erhebliche Probleme weiterhin bestehen", und stimmt mit der Kommission überein, dass es notwendig ist, die Türkei mit dieser Sachlage zu konfrontieren;

4.) Die Konferenz stellt mit großer Besorgnis fest, dass gewisse Institutionen innerhalb des türkischen Staatsapparates ihren Verpflichtungen bezüglich der Europäischen Menschenrechtskonvention nicht in Übereinstimmung mit dem Geist und den Begrifflichkeiten der eigenen jüngsten Reformpakete und den Beitrittsverträgen nachkommen; insbesondere ist bestürzend, dass staatliche Institutionen ihre militärischen Aktivitäten fortsetzen;

5.) Die Konferenz stellt fest, dass jedem der Akteure, einschließlich der Türkei, der türkischen Armee und der gesamten internationalen Gemeinschaft, bewusst ist, dass es keine militärische Lösung des fortwährenden Konfliktes gibt;

6.) Die Konferenz fordert die Türkei und die PKK auf, sämtliche Militäroperationen in der Region sofort zu beenden, um einen politischen Raum zu schaffen, in dem die kurdische Frage durch einen Dialog gelöst werden kann;

7.) Insbesondere verlangt die Konferenz, dass die Türkei und die Mitgliedsstaaten der EU praktische und sichtbare Schritte unternehmen, die ihre volle Unterstützung der Einrichtung einer demokratischen Plattform für den Dialog zwischen allen beteiligten Bevölkerungsgruppen der türkischen Republik zum Ausdruck bringen;

Menschenrechte und Beitritt

8.) Die Konferenz unterstützt die Bemühungen der EU, die Reformen in den Bereichen der Grund- und Menschenrechte, der Demokratie und der Gesetze im Rahmen der Beitrittsverhandlungen zu forcieren, und begrüßt die Zusage der EU, das Monitoring des Reformprozesses fortzusetzen. Diese Reformen müssen jedoch auch eine vollständige Überarbeitung des Justizsystems beinhalten. Dazu gehört auch die Art und Weise der Rekrutierung und Schulung von Richtern und Haftrichtern – und in diesem Rahmen die Betonung der Unabhängigkeit der Polizeibehörden und Haftrichter, um zu verhindern, dass diese dazu benutzt werden, politische und ideologische Interessen durchzusetzen;

9.) Die Konferenz wiederholt die Ansicht, die bereits in den drei vorherigen Konferenzen zum Ausdruck gebracht wurde, dass die Türkei die politischen Aspekte der Kopenhagener Kriterien bisher nicht erfüllt hat, - und wiederholt, dass ihre Unterstützung des Beitrittsprozesses davon abhängt, inwieweit die Institutionen der EU die Einhaltung der Beitrittskriterien auf robuste Art und Weise vorantreiben. Sie unterstreicht des Weiteren, dass es keine weiteren Kompromisse über die nur „ausreichende“ Erfüllung der Kopenhagener Kriterien der EU durch die Türkei zur Aufnahme in die Verhandlungsliste geben darf;

10.) Die Resolution Nr. 10 der Konferenz des letzten Jahres wieder aufrufend, fordert die Konferenz die Türkei auf, die Europäischen Konventionen und das Vertragsrahmenwerk zum Schutze der Minderheiten sowie weitere zum Schutz der Minderheiten und der Einhaltung kultureller Rechte aller Gruppen bestimmte UN-Instrumente zu ratifizieren. Des Weiteren fordert die Konferenz die EU auf, Druck auf die Regierung der Türkei, als potentielles EU-Mitglied, auszuüben und das genannte Vertragsrahmenwerk zu ratifizieren;

11.) Die Artikel 2, 10 und 14 des ersten Protokolls der Europäischen Menschenrechtskonvention, den Artikel 8 der Charta für regionale oder Minderheitensprachen sowie die Resolution 1519 des Europäischen Parlaments über die kulturelle Situation der kurdischen Bevölkerung vom Oktober 2006 aufrufend, wiederholt die Konferenz die Forderung an den türkischen Staat und die Europäische Union, einen strategischen Plan zur Entwicklung und Umsetzung muttersprachlicher Erziehung zu entwerfen;

12.) Mit spezifischem Bezug auf den Fortschrittsbericht 2007 der Europäischen Kommission, den Bericht des Europäischen Parlaments über zunehmende Frauenselbstmorde in den kurdischen Regionen sowie durch Erinnerung an die CEDAW-Antwort von 2005 auf den türkischen Bericht an das Komitee fordert die Konferenz die EU auf, sicherzustellen, dass die Türkei den Status aller Frauen und Mädchen im Kontext internationaler Standards garantiert. Das betrifft besonders die Themenbereiche der Alphabetisierung, der häuslichen Gewalt, der Ehrenmorde und der Zwangsverheiratung in der Türkei, wo der Mangel an erforderlichen öffentlichen Einrichtungen und rechtlicher Schulung für den unzureichenden rechtlichen Schutz verantwortlich ist. (Im Besonderen müssen die regionalen Unterschiede in der Situation der Frauen durch Bildung, die Fähigkeit, lesen und schreiben zu können, den Zugang zu sinnvoller Arbeit, politischer Repräsentation und den Zugang zum Recht überwunden werden); des Weiteren ersucht die Konferenz die EU, all ihre Kraft dafür einzusetzen, um sicherzustellen, dass die türkische Regierung den Nationalen Aktionsplan zur Implementierung der Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrates in Konsultierung von und Zusammenarbeit mit kurdischen Frauen entwickelt. Die Resolution (S/RES/1325) ist die erste Resolution in der Geschichte des Sicherheitsrats, die die spezifischen Auswirkungen von Krieg auf Frauen betrifft und dazu beiträgt, dass Frauen an der Entwicklung von Lösungen zur Friedenserhaltung teilnehmen.
(www.un.org/events/res_1325e.pdf)

13.) Die Konferenz bringt ihr Bedauern über den Beginn der Arbeiten am fehlgeplanten Ilisu-Staudamm im August 2006 zum Ausdruck. Der Beginn der Enteignungen von Land durch den türkischen Staat bedeutet Massenvertreibungen und den Verlust des Lebensraums der BewohnerInnen der Umgebung, die in der Mehrheit KurdInnen sind. Darüber hinaus gefährdet der Staudammbau die historisch wichtige Stadt Hasankeyf. Das gesamte Projekt stellt somit einen offensichtlichen Versuch dar, die KurdInnen weitergehend von ihrem reichen Erbe und ihrer Kultur zu trennen; zusätzlich wird der Staudammbau mehreren Umwelt- und Verträglichkeitsstudien zufolge den Zugang der Nachbarstaaten der Türkei zu Wasser gefährden und darüber hinaus irreversible Umweltschäden verursachen;

14.) In Bezug auf das oben Genannte fordert die Konferenz die türkische Regierung auf, ihre Haltung bezüglich dieses Projektes neu zu überdenken. Die Gremien der EU werden aufgefordert, die Auswirkung der Vertreibung und die Effekte dieses Projektes in Zusammenhang mit den sowieso überbevölkerten Metropolen der kurdischen Region zu bedenken. Die Konferenz fordert die Mitgliedsstaaten auf, Druck auf die internationalen Kapitalgesellschaften auszuüben, ihre Investitionen aus dem Projekt zurückzuziehen;

15.) Die Konferenz bringt ihre tiefe Betroffenheit über die Umsetzung von Strafgesetzen durch die türkische Regierung zum Ausdruck, die Journalisten,

Intellektuelle, Anwälte und eine Unzahl von Verteidigern des Rechtes auf freie Meinungsäußerung kriminalisieren. Das betrifft die Artikel 215, 216 (Aufhetzung zum Hass), 217, 220 (Propaganda für eine kriminelle Organisation), 288 (Versuch der Beeinflussung eines Prozesses) und 301 (Beleidigung des Türkentums) des türkischen Strafgesetzbuches. Die Konferenz fordert die EU auf sicherzustellen, dass die Türkei Beschränkungen der freien Meinungsäußerung vollständig aus ihren Gesetzen entfernt.

16.) Wir fordern die Türkei auf, ihren positiven Verpflichtungen bezüglich des Artikels 10 der Europäischen Menschenrechtscharta (ECHR) nachzukommen und so ein positives Klima zu schaffen, in dem freie Meinungsäußerung entfaltet werden kann und Schriftsteller, Journalisten, Intellektuelle, Anwälte und viele weitere Verteidiger der freien Meinungsäußerung vor illegalem Einfluss durch staatliche und nicht staatliche Akteure geschützt sind.

Die Zentralität der kurdischen Frage

17.) Die Konferenz bekräftigt, dass die Lösung des (türkisch)-kurdischen Konflikts eine essentielle Voraussetzung für die Entwicklung einer stabilen, demokratischen und friedlichen Türkei ist, die der EU beitreten kann. Die Türkei kann nur wahrlich demokratische Reformen durchführen, wenn sie politische Reformen ihrer staatlichen Institutionen initiiert und das Festhalten an ethnischem Nationalismus aufgibt, der die Wurzel des Konflikts und der anhaltenden inneren Instabilität ist;

18.) Diese Konferenz hält für notwendig, dass der kurdischen Bevölkerung und ihren VertreterInnen eine ernst gemeinte Beteiligung am Beitrittsprozess und jeglicher Debatte über die demokratische Verfasstheit der Türkei ermöglicht wird;

19.) Die Konferenz bekräftigt jedoch, dass von beiden Seiten mehr getan werden muss, und fordert zur Annahme folgender vertrauensbildender Maßnahmen auf;

Vertrauensbildende Maßnahmen

20.) Diese Konferenz stellt fest, dass die Lösung des Konflikts und die verfassungsmäßige Anerkennung der KurdInnen in der Türkei wesentlich für die regionale Stabilität ist;

21.) In diesem Zusammenhang fordert die Konferenz die türkische Regierung auf, eine öffentliche Debatte über die verfassungsmäßige Anerkennung der Existenz der kurdischen Bevölkerung in der Türkei einzuleiten;

22.) Die Konferenz fordert alle politischen Parteien in der Türkei auf dabei zu helfen, die Bedingungen für eine demokratische Plattform des Dialogs zu schaffen;

23.) Die Konferenz fordert die EU auf, Bemühungen um einen Dialog über Minderheiten, im Speziellen die KurdInnen in der Türkei, zu fördern;

24.) Die Konferenz verlangt, dass die Türkei zur Kenntnis und wahrnimmt, dass die volle Unterstützung der kommunalen Regierungsstrukturen durch die nationale Regierung eine unumgängliche Voraussetzung einer funktionierenden Demokratie ist;

25.) An diesem kritischen Scheideweg müssen alle Akteure (die EU, die Türkei und die KurdInnen) den Erfahrungen der Vergangenheit Beachtung schenken und in Übereinstimmung mit internationalem Recht und humanitären Normen handeln;

26.) Im Besonderen fordert die Konferenz die türkische Regierung auf sicherzustellen, dass sämtliche legalen kurdischen Parteien sich friedlich und ohne Einschränkung oder ständiger Gefahr des Verbots politisch, demokratisch engagieren können, das gilt insbesondere für die Partei der Demokratischen Gesellschaft (DTP) und ihre demokratisch gewählten ParlamentarierInnen im Zusammenhang mit den Artikeln 10 und 11 der Europäischen Menschenrechtskonvention; darüber hinaus müssen die Schikanierung sowie die politisch motivierte Verfolgung kurdischer PolitikerInnen sofort beendet werden;

27.) Die Konferenz nimmt Bezug auf die Empfehlungen des Europäischen Menschenrechtsgerichtshof EGMR in mehreren Fällen – aber im Besonderen die im Fall Abdullah Öcalan gegen die Türkei – bezüglich der Haftbedingungen in der Türkei. Die Konferenz fordert die Regierung der Türkei auf, die Empfehlungen des CPT (Komitee zur Verhinderung von Folter) über die Haftbedingungen und speziell über die Gesundheit von Herrn Öcalan umzusetzen und die Gefängnisinsel Imralı umgehend zu schließen.

28.) Die Konferenz fordert auch jeden Mitgliedsstaat der Europäischen Union auf, die Gestaltung einer demokratischen Plattform des Dialogs zwischen der Türkei und den KurdInnen – unter Einbeziehung zweckgebundener finanzieller Mittel – zu unterstützen sowie dabei in voller Übereinstimmung mit den eigenen Verpflichtungen zum Schutz der freien Meinungsäußerung gegenüber den kurdischen Organisationen und Individuen zu agieren, die sich an dem Prozess beteiligen;

29.) Die Konferenz wiederholt, dass die Regierungen der EU friedlichen Dissens mit der Türkei, der von kurdischen Organisationen in Europa geäußert wird, nicht kriminalisieren und das Verbot bestimmter kurdischer Organisationen überdenken sollten – im Besonderen im Licht des öffentlich bekannten Ziels, eine friedliche Lösung der kurdischen Frage, unter Einbeziehung der territorialen Integrität einer demokratisch reformierten Türkei, suchen zu wollen, ist das notwendig;

30.) Letztendlich erneuert die Konferenz die Mandate ihrer DirektorInnen, BeraterInnen und Komitees, sich sowohl auf politischer als auch auf zivilgesellschaftlicher Ebene in ganz Europa, mit dem Ziel der Unterstützung eines Beitritts der Türkei zur Europäischen Union, auf der Basis dieser Resolution, zu engagieren und entsprechende Kampagnen umzusetzen. ♦

Geheimbericht des türkischen Staates zu Kurden:

Die Bevölkerungsstruktur der Region verändern ...

Baki Gül

Das staatliche Planungsamt (DPT) der Türkei entwickelte vor einigen Jahrzehnten „Sonderentwicklungspläne für den Osten und Südosten des Landes". Daran wurden folgende Erwartungen geknüpft: „Einkommenserhöhung in der Region sowie eine bessere Einkommensverteilung; Veränderung der demographischen Struktur, indem Menschen aus anderen Regionen zur Umsiedlung in diese Region angelockt werden oder ein Teil der Bevölkerung dieser Region (gemeint ist die kurdische Region) mit wirtschaftlichen Anreizen zur Umsiedlung in anderen Regionen bewegt werden soll; die Bevölkerungsstruktur der Region, gestützt auf soziologische und anthropologische Untersuchungen, so zu verändern, dass sie repräsentativ ist …"

Diese Zitate stammen nicht aus einem Dokument der Deportationspolitik der osmanischen *Partei für Einheit und Fortschritt* aus den Jahren 1913–1918, mit dem der Genozid an den Armeniern begonnen wurde. Es sind Zitate aus dem Jahre 1961. Sie stammen aus einem jetzt bekannt gewordenen Geheimbericht des türkischen Staats für die systematische Verleugnung und Vernichtung der Kurden. Dieser „Geheimbericht zu Kurden" beweist erneut, dass die Kurdenpolitik der türkischen Republik nichts anderes als „Assimilation und Deportation" bedeutet.

Am 22. Januar 2008 wurde von den Journalisten Can Dündar und Ridvan Akar dieser, aus dem „Sonderarchiv" des früheren Ministerpräsidenten Bülent Ecevit stammende, Geheimbericht in der Tageszeitung *Milliyet* veröffentlicht.

Darin wird aufgeführt, wie die Kurden in der Türkei mit Sonderplanungen und -politik assimiliert und systematisch umgesiedelt werden sollten. Der Bericht wurde schon 1961 von staatlichen Institutionen angefertigt und auch dem damaligen Arbeitsminister Bülent Ecevit vorgelegt. Er beinhaltet eine systematische Politik, die bis an einen Genozid grenzt. Bei näherer Analyse dieses Dokuments erinnert es an die Deportationen und Massaker an den Armeniern im Jahre 1914.

Es wurde von der Arbeitsgruppe Ost des staatlichen Planungsamtes des türkischen Staates gemeinsam mit dem türkischen Geheimdienst (MIT) vorbereitet. Am 8. und 10. Februar sowie am 24. März 1961 kamen verschiedene in der Region tätige Vertreter aus Verwaltung und Politik zusammen und fertigten diese Ausarbeitung an. Nach der Fertigstellung wurde sie der damaligen Regierung vorgelegt.

Die Arbeit enthält unterschiedliche Kapitel, wie z. B. „Abwehr des kurdischen Nationalbewusstseins", „Umsiedlung derjenigen, die glauben, Kurden zu sein, in andere Regionen Anatoliens", „Unterbindung der Beziehung derjenigen in der Türkei, die von sich glauben, Kurden zu sein, zu Kurden in anderen Teilen", „Eröffnung von Internaten in der Region, mit der Zielsetzung, das türkische Bildungssystem systematisch anzuwenden".

Einige Auszüge aus diesem Bericht:

„Assimilation: Das bestehende Umsiedlungsgesetz und die Anwendung mit der Zielsetzung, den festgestellten politischen Bedürfnissen zu entsprechen und die Assimilation zu garantieren, erneut zu untersuchen und entsprechend zu ändern. (…)"

„Umsiedlung: Die Bevölkerungsstruktur in der Region, die zu Gunsten derjenigen ausfällt, die glauben, Kurden zu sein, zu Gunsten der Türken zu ändern. Indem diejenigen, die aufgrund schlechter wirtschaftlicher Bedingungen gezwungen sind umzuziehen, sowie die Überbevölkerung an der Küste zum Schwarzen Meer und die Türken, die aus dem Ausland kommen, in dieser Region anzusiedeln und in der Region diejenigen, die glauben, Kurden zu sein, außerhalb der Region, in denen türkische Kinder dieses Landes leben, umzusiedeln und dieses zu finanzieren."

„Trennung von den Kurden im Irak: Um die Beziehung derjenigen in der Türkei, die glauben, Kurden zu sein, zu den Kurden aus dem Iran und Irak zu unterbrechen, die Region in systematische Umsiedlungsgebiete aufzuteilen, um diejenigen, die glauben, Kurden zu sein, zerstreuen zu können."

„Arbeiter-Kontingente: Mit dem Ziel, den Bevölkerungsfluss aus der Region nach Westen und vom Westen in die Region zu gewährleisten, sollten bestimmte Kontingente in einem angemessenen Verhältnis der Arbeiter aus anderen Regionen im Osten und im Westen in Betriebe des Gewerbes, der Landwirtschaft und des Handels sowohl im amtlichen als auch im privaten Sektor detachiert werden."

„Ausbildung von Missionaren: Die geplanten Regionalschulen, Dorfschulen und Berufsschulen sollten ihre Tätigkeiten aufnehmen. (…) Für die Missionarsausbildung für Mädchen und Jungen entsprechende Einrichtungen schaffen. (…) Gewährleistung von Möglichkeiten

für Begabte und von klein an assimilierte Jugendliche aus der Bevölkerung der Region, Hochschulausbildung zu genießen. (…)“

„Beamte, die glauben, Kurden zu sein: Gouverneure, Landräte, Richter, Gendarmerieoffiziere, Armeeoffiziere, Unteroffiziere, Lehrer und Beamte in den Osten senden, die von sich glauben, Kurden zu sein. (…)“

„Propaganda im Radio: Über das Radio regionale Melodien mit türkischen Texten auszustrahlen und in lokalen Radios für die Region Programme auszustrahlen, die von Propagandaexperten und zusammengesetzten Gruppen vorbereitet werden.“

„Überzeugungsarbeit: Die Entwicklung einer Überzeugungsarbeit, die suggeriert, dass die türkische politische Ordnung aus der Sicht ihrer Interessen und aus Sicht der Rasse am besten geeignet ist und die meisten Möglichkeiten bietet.“

„Kurdische Angelegenheit gibt es nicht: Dem intellektuellen Milieu auf der Welt erklären, dass es in der Türkei keine kurdische Angelegenheit gibt.“

„Der Beweis, dass sie Türken sind: Angebunden an eine Universität, an der augenblicklich ein Turkologie-Institut zu gründen ist, öffentlich den Beweis zu führen, dass die Herkunft derjenigen, die glauben, Kurden zu sein, türkisch ist. Die türkische Geschichte des Ostens zu verfassen und somit Klarheit zu schaffen. (…)“

„Bergtürken: Die Übernahme der voreingenommenen Abschrift des russischen Wissenschaftlers und Politikers Minovski, in der er behauptet, dass die Herkunft derjenigen, die von sich glauben, Kurden zu sein, iranisch ist. In der Islam-Enzyklopädie steht im Widerspruch zu der Annahme, dass diejenigen, die von sich glauben, Kurden zu sein, eigentlich Bergtürken sind und ihr Ursprung auf die turanischen Volksstämme zurückzuführen ist. Es wurde erreicht, dass diese Annahme von den Delegierten in Lausanne übernommen wurde. Dieser Fehler, der zu Streitigkeiten zwischen den östlichen Intellektuellen führt und den Separatisten Vorwand liefert, ist sofort zu beheben. (…)“

„Ihre Herkunft ist turanisch: Unterschiedliche Untersuchungen sind aufzustellen, in denen die Herkunft derjenigen, die glauben, Kurden zu sein, auf turanische Volksstämme zurückzuführen ist und diese Ergebnisse über unterschiedliche Veröffentlichungen zu verbreiten.“

Die damalige Regierung wurde von Cemal Gürsel gestellt. Das Kabinett von Gürsel hatte diesen Bericht am 18. April 1961 behandelt und angenommen. Mit einem von der Regierung veröffentlichten Dekret wurde die Umsetzung dieses Berichtes von den Ministerien gefordert. Auch wenn die Regierung von Gürsel bei der Wahl im Oktober 1961 die Macht verloren hatte, so hielt diese Kurdenpolitik weiter an, weil sie nicht an die jeweiligen Regierungen gebunden war, sondern die Staatspolitik darstellte.

Die Kurdistanpolitik des türkischen Staates, vor allem nach den 1960er Jahren, bestätigt dies. Der Soziologe Ismail Beşikçi hat die offizielle Staatspolitik bezüglich der Kurden und Kurdistans aus soziologischer Sicht analysiert und in seinen Werken die Assimilations- und Deportationspolitik des türkischen Staates dokumentiert. Als Beşikçi den Bericht bewertete, sagte er: „Dieser an die Öffentlichkeit gebrachte Bericht ist eine Bestätigung meiner Feststellungen, die ich aufgrund einer wissenschaftlichen Analyse der historischen Realität und Anwendungen getroffen habe.“ Bezogen auf die Unterüberschriften wie „Glauben Kurden zu sein“, „Bergkurden“, „Auswanderung“, „Assimilation“, „Unterbrechung der Beziehung zu Kurden im Irak“, erklärte Beşikçi, dass man sich die praktische Funktion dieser begrifflichen Analyse der Punkte anschauen sollte. Die Militärputsche vom 27. Mai 1960, 12. März 1972 und 12. September 1980 wurden bisher aus Sicht der Kurden nicht unter die Lupe genommen. Die im Dokument beinhalteten Vorschläge wurden nacheinander umgesetzt. Wir brauchen nur die Politik seit 1961 mit den „Ratschlägen“ dieses Berichtes zu vergleichen. Es reicht aus, sich die Aktivitäten sowie die eingenommene Position des Staates in den kurdischen Gebieten anzuschauen. In diesem Zusammenhang stehen die entvölkerten 4 000 Dörfer, in die türkischen Metropolen vertriebenen Millionen von Kurden, die Einstellung der ökonomischen Produktion, die Verbote der kurdischen Sprache sowie die Funktion der regionalen Internate. Weiterhin erklärte Beşikçi, „dass der Bericht von Bülent Ecevit nicht auf die lange Bank geschoben wurde und alle Regierungen dieselbe Politik fortgesetzt haben“.

Es wird immer gesagt, dass die türkische Republik zwei Verfassungen hat. Die eine ist die, die nach dem Militärputsch vom 12. September 1980 vom Militär vorbereitet wurde und seitdem gültig ist, die andere ist eine Verfassung, die man offiziell nicht sieht, aber die illegal angewandt wird und als „Rotes Buch“ definiert wird. Während die offizielle Verfassung den „rechtlichen Mantel“ für die alltägliche Staatspolitik bietet, so hat die andere die Funktion, die Tradition der „türkischen Staatspolitik“ fortzuführen. Die letztere ist eine Verfassung, die sich vor allem bei Themen wie Kurden, Armenier, Ägäisches Meer, Zypern, Islam und Kommunismus einschaltet.

Der „Geheimbericht über die Kurden“ ist nur eine der Stützen der Verfassung des tiefen Staates, der in einer anderen Gestalt bis heute weiterhin angewandt wird. ♦

UN-Untersuchungskommission zur Aufklärung des Mordes an H. Dink nötig

Familie Dink wird bedroht

RA Erdal Doğan im Gespräch mit Ali Güler / Berlin

Es ist jetzt über ein Jahr her, dass Hrant Dink, armenischer Journalist und Herausgeber der Zeitung *Agos*, auf offener Straße ermordet wurde. Aber das Gerichtsverfahren hat nichts von seiner Kompliziertheit verloren. Obwohl im Zusammenhang mit der Ermordung Dinks auch Namen von Staatsbediensteten auftauchen, wurden keinerlei juristische Schritte gegen diese Personen eingeleitet. Nicht einmal ihre Aussagen wurden aufgenommen. Nach Ansicht von Erdal Doğan, einem der Rechtsanwälte von Hrant Dink, versucht das Gericht, das Verfahren nur auf die Kreisstadt Pelitli zu reduzieren.

RA Erdal Doğan erklärt, dass sowohl im Mord-Verfahren von Hrant Dink als auch im Verfahren zum Mord in Malatya eine Beweisvereitelung vorliege. Damit diese Morde aufgeklärt werden können, schlägt der Anwalt eine Untersuchungskommission im Rahmen der UNO vor.

Das Interview entstand während einer Veranstaltungsreise in Deutschland.

Wie ist der Stand des Gerichtsverfahrens zu Hrant Dinks Ermordung?

Das Gericht hält diejenigen verantwortlichen Bediensteten im öffentlichen Bereich sowie im Bereich der Sicherheit, Gendarmerie und Polizei aus dem Verfahren heraus, die ebenfalls Verantwortung tragen, und beschränkt sich nur auf eine Gruppe aus dem Internetcafé im Stadtteil Pelitli. Diejenigen, die ihr Amt missbraucht und ihn bedroht haben, werden trotz unserer Anträge und Widersprüche aus dem Verfahren herausgehalten.

Welche Namen fallen denn in diesem Zusammenhang?

Zu nennen wären Ali Öz, Befehlshaber der Gendarmerie der Provinz Trabzon, der Nachrichtendienst der Gendarmerie in Pelitli und ein Teil der Polizei innerhalb der Anti-Terror-Abteilung in Trabzon.

Des Weiteren ist da Mühitin Zenit, verantwortlich für die Auswertung von Informationen und Nachrichten. Er ist auch derjenige, der den Angeklagten Erhan Tuncel in Dienst gestellt hat. Auch der Nachrichtendienstchef Ramazan Akyürek wäre in diesem Zusammenhang zu erwähnen. Es gibt Gespräche zwischen Mühitin Zenit und Erhan Tuncel. Sie wussten im Vorfeld von dem Mordplan. Sowohl der Nachrichtendienstchef als auch der Polizeichef von Istanbul tragen Verantwortung, denn obwohl sie über Informationen zum geplanten Mord verfügten, haben sie nichts dagegen unternommen. Auch der Gouverneur von Istanbul trägt Verantwortung, denn Hrant Dink wurde drei Jahre vor seiner Ermordung neben dem stellvertretenden Gouverneur Erol Güngör im Gouverneursamt offen bedroht.

In dem Verfahren fällt sehr oft der Name Veli Küçük. Welche Rolle spielt er?

Eigentlich wurde Hrant Dink sehr verunsichert. Ein Jahr vor seiner Ermordung wurde er in einem von Ahmet Demir unterzeichneten Brief bedroht. Ahmet Demir ist ein Name, den Mahmut Yıldırım benutzt, in der Öffentlichkeit auch mit dem Codenamen „Yeşil“ bekannt. Er steht in direkter Beziehung zu Veli Küçük und ist ein Mitarbeiter von JITEM. Veli Küçük nahm an den Gerichtsverhandlungen gegen Hrant Dink teil. Diese Gruppe bedrohte Hrant mit Worten wie „Wir werden dich wie Kleingeld verbrauchen“. In einem anderen Drohbrief im Jahre 2006 hieß es: „Wenn du nicht aufpasst, kannst du den Leichnam deines Sohnes im Gendarmeriekommando finden.“ Mahmut Yıldırım hat in der Türkei gemeinsam mit Veli Küçük die JITEM gegründet. Auf das Konto von JITEM gehen seit Jahren viele Morde unbekannter Täter.



Rechtsanwalt Erdal Doğan Foto: DIHA

Wird das Verfahren unabhängig ohne Einfluss bestimmter Institutionen geführt?

Ich denke nicht, dass die türkische Justiz unabhängig und neutral ist. Die Tatsache, dass die bisherigen Gerichtsbeschlüsse abgelehnt wurden, ist ein Beweis hierfür.

Welche Rolle spielt in diesem Zusammenhang die türkische Presse?

Nachdem die *Agos*-Zeitung eine Nachricht veröffentlicht hatte, dass Sabiha Gökçen eigentlich Armenierin sei, griff der Generalstab in einer Erklä-

rung Hrant Dink an. Nach dieser Erklärung wurde Hrant Dink von der Tageszeitung *Hürriyet* zur Zielscheibe erklärt und es begann eine Lynchkampagne. Andere Presseorgane übernahmen ebenfalls diese Art von Angriffen. Daher spielt die Presse eine sehr große Rolle.

Gibt es einen Zusammenhang zwischen dem Priestermord in Trabzon, dem Mord an Hrant Dink und dem Mord in Malatya?

Der Priestermord[1], der Angriff auf den Obersten Verwaltungsgerichtshof[2], der Mord an Hrant Dink, der Mord in Malatya[3], das Messerattentat auf einen Priester in Izmir, die Ermordung des Priesters in Samsun und viele andere Angriffe haben denselben Ursprung und wurden von ein und derselben Zentrale koordiniert.

Haben Sie konkrete Beweise?

Der Jugendliche, der in Trabzon den Priester ermordet hat, sagt, er habe es getan, weil sein Glaube und das Türkentum beleidigt worden seien. Wie kommt ein 15-Jähriger an eine Waffe, die ausschließlich von Nachrichtendienstlern und geheimen Organisationen in der Türkei benutzt wird? Das bleibt unberücksichtigt. Aber diese Waffe trägt ein 15-Jähriger mit sich und begeht einen Mord. Diese Tatsache wurde nicht untersucht und der Vorfall einfach abgeschlossen.

Auch nach der Ermordung von Hrant Dink wurden anfänglich ähnliche Aussagen gemacht. Aber später hat der Jugendliche erklärt, er sei benutzt worden. Zudem wurde bekannt, dass einige Staatsbedienstete in dieser Sache involviert sind. Es wurden Bilder veröffentlicht, die den Täter des Angriffes auf den obersten Verwaltungsgerichtshof mit Veli Küçük und Oktay Yıldırım auf gemeinsamen Kundgebungen zeigen. Auch gibt es Zusammenhänge zwischen dem Bombenangriff auf die Zeitung *Cumhuriyet* und den Bomben, die in Istanbul-Ümraniye gefunden wurden, mit dem Mord an Hrant Dink. Es wurde bekannt, dass die Bomben dem Unteroffizier im Ruhestand Oktay Yıldırım gehörten. Er wollte mit Veli Küçük in Verfahren gegen Hrant Dink als Nebenkläger auftreten. In Malatya ist es ähnlich. Kinder bringen Christen um, die sie nicht kennen.

Aber das wird nicht untersucht. Es gibt ein Konzept und es wurden nacheinander Morde begangen.

Welchen Verlauf wird Ihrer Meinung nach das Mordverfahren von Dink nehmen?

Es gibt eine starke Bestrebung, das Verfahren nur auf das Internetcafé in Pelitli zu reduzieren. Sowohl im Verfahren von Hrant Dink als auch im Verfahren von Malatya wird eine Beweisvereitelung vorgenommen. Verdächtige Personen, die verurteilt werden müssten, werden erst gar nicht untersucht. In beiden Fällen wird versucht, das Verfahren mit den vorhandenen Angeklagten abzuschließen.

Auf welche Weise kommt es zur Beweisvereitelung?

In beiden Fällen wurden Tonbänder und Filmaufnahmen vernichtet. Auch die Protokolle wurden mit der Begründung, sie seien „geheim“, vernichtet.

Wenn die rechtlichen Schritte in der Türkei ausgeschöpft sind, gedenken Sie, den Fall vor den *Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte* (EGMR) zu bringen?

Der Weg dorthin ist jederzeit offen. Aber ein viel wirksameres Instrument müsste sich einschalten.

Was heißt das genau?

Ich finde, die Menschenrechtsuntersuchungskommission der UN sollte sich als Mitklägerin einschalten und eine unabhängige Untersuchung vornehmen.

Ist der EGMR nicht wirksam genug?

Der EGMR hat begonnen, wie ein Oberstes Revisionsgericht zu arbeiten. Er verfügt über keinen Mechanismus, um zum einen das Verfahren zu beschleunigen und zum anderen das Verfahren zu vertiefen. Die UNO hat z. B. bezüglich des Attentats an Hariri eine Untersuchung angestellt und ein internationales unabhängiges Gericht einberufen. Für diese beiden Fälle sollte, wenn auch kein internationales unabhängiges Gericht, so doch eine UN-Untersuchungskommission gebildet werden, die sie unter die Lupe nimmt.

Haben Sie schon entsprechende Schritte eingeleitet?

Nein, es ist noch in der Diskussionsphase.

Halten die Drohungen gegen die Familie Dink nach dem Mord an?

Ja, wir können schon sagen, dass die Familie Dink bedroht wird. Und auch die Anwälte bleiben davon nicht verschont.

Gedenkt die Familie, die Türkei zu verlassen?

Nein, gegenwärtig ist das kein Thema.

Sie verteidigen auch die Zeitung *Agos*. Halten die Repressionen gegen diese Zeitung noch an?

Die E-mail-Box der Zeitung ist voll mit Drohungen. Alle Mitarbeiter der Zeitung werden bedroht. Aber die Zeitung arbeitet weiter, ohne von ihren Prinzipien abzuweichen und Zugeständnisse zu machen. ♦

Fußnoten:
(1) Mit zwei Schüssen in den Rücken wurde am 5. Februar 2006 der katholische Priester Andrea Santoro in seiner Kirche im türkischen Trabzon niedergestreckt.

(2) Am 17. Mai 2006 verübte der Anwalt Arslan ein Attentat auf den Obersten Verwaltungsgerichtshof der Türkei, indem er im Gerichtssaal die gesamte Kammer, also fünf oberste Bundesrichter, niederschoss. Während vier Richter das Attentat verletzt überlebten, starb der stellvertretende Vorsitzende Richter. Als Begründung gab der Täter die Urteile der Kammer im Zusammenhang mit dem so genannten „Kopftuchstreit“ an, mit denen er nicht einverstanden gewesen sei.

(3) In Malatya wurde am 18. April 2007 der Verlag Zirve gestürmt und drei Personen, darunter ein Deutscher und zwei Türken, die zum Christentum konvertiert waren, ermordet.

Menschenrechtsverletzungen in Ost- und Südostanatolien

Jahresbilanz 2007 des Menschenrechtsvereins der Türkei (IHD)



Verletzungen des Rechtes auf Leben

	Todesfälle	Verletzte
Extralegale Hinrichtungen:	19	17
a) Extremer Gewalteinsatz bei Demonstrationen:	2	–
b) Nichtbefolgung des Befehls "Stehenbleiben" / Verletzung der Befugnis zum Einsatz von Schusswaffen:	17	17
Morde unbekannter Täter:	56	29
Morde illegaler Organisationen:	–	–
Todesfälle nach Ingewahrsamsnahme:	–	–
Opfer von Angriffen aufgrund ihres Glaubens:	3	–
Todesfälle in Gefängnissen:	–	–
Todesfälle bei bewaffneten Auseinandersetzungen:	393	343
a) Sicherheitskräfte:	191	318
b) Bewaffnete Militante:	196	16
c) Zivilisten:	6	9
Verdächtige Todesfälle:	22	–
a) Minderjährige:	2	–
b) Frauen:	18	–
c) Männer:	1	–
d) Geschlecht unbekannt:	1	–
Tote durch Minen und andere Sprengstoffe:	15	54
a) Minderjährige:	9	22
b) Frauen:	1	1
c) Männer:	4	27
d) Geschlecht unbekannt:	1	4
Tote bei Angriffen „im Namen der Ehre":	11	1
a) Frauen:	9	–
b) Männer:	1	1
c) Minderjährige:	1	–
Tote durch innerfamiliäre Gewalt:	–	–
a) Frauen:	–	–
Todesfälle bei Minderjährigen:	16	–
Todesfälle durch offizielle Fehler und Fahrlässigkeit:	10	–
Selbstmorde und Selbstmordversuche von Soldaten und Polizisten:	7	–
Selbstmorde / Selbstmordversuche:	**127**	**62**
a) Minderjährige:	35	10
b) Frauen:	38	24
c) Männer:	44	24
d) Geschlecht unbekannt:	10	4

Verletzungen der Menschenrechte von Frauen

Gewalt gegen Frauen		Anzahl der Fälle
a) Innerhäusliche Gewalt:		36
	2 Verletzte	1 Tote
b) Gewalt gegen Frauen im öffentlichen Bereich (Arbeit, Straße etc.):		5
c) Gewalteinsatz von Sicherheitskräften:		1
Misshandlungen und Vergewaltigungen von Frauen:		7
Zweifelhafte Todesfälle von Frauen:		16
Diskriminierung von Frauen:		–
Fälle von Zwangsprostitution:		2
Andere:		9

Verletzungen von Minderjährigenrechten

Entführungen:	4
Gewalt:	37
Misshandlungen und Vergewaltigungen:	12
Todesfälle:	8
Andere:	2

Verletzungen der persönlichen Sicherheit und Freiheiten

Festnahmen:	2681
Mutmaßliche „Verschwundene"	
a) nach der Festnahme:	–
b) andere:	30

Verletzung der Festnahmedauer:	–
Entführung, Bedrohung und Spitzelanwerbung:	147
Wohnungsrazzien:	21
Verhaftungen:	730
Opfer von Angriffen	
a) Journalisten:	4
b) Mitglieder politischer Parteien:	25
c) Mitglieder von Gewerkschaften und Vereinen:	–
d) Kommunale Vorstandsmitglieder:	–

Folter und Misshandlung in Gewahrsam:	**232**
a) durch die Jandarma:	13
b) durch Polizisten:	61
Außerhalb offizieller Gewahrsamsstellen:	75
durch Dorfschützer:	13
in Haftanstalten:	68
in Schulen, Heimen und Gesundheitseinrichtungen:	2

Verletzungen der Meinungs- und Glaubensfreiheit

Ermittlungsverfahren wegen Meinungsäußerungen:	1528
Verletzungen der Glaubensfreiheit:	2
Prozesse wegen Meinungsäußerungen:	912
Verurteilungen wegen Meinungsäußerungen:	534
Beschlagnahmte und verbotene Medien:	13
Verhinderte Internetseiten:	–
Fälle von Zensur:	1
Verbotene Medienorgane:	–
Razzien gegen Medienorgane:	3
Interventionen des RTÜK (Verwarnungen und Geldstrafen):	–
Gestoppte Medien:	3
Gestoppte Programme:	–

Verletzungen der Organisierungsfreiheit

Interventionen der Sicherheitskräfte gegen Institutionen:	–
Verbotsverfahren gegen Institutionen:	–
Razzien gegen politische Parteien, NGOs, Kulturzentren:	20
Per Gerichtsbeschluss geschlossene Institutionen:	2
Durch administrativen Beschluss geschlossene Institutionen:	–
Angegriffene Institutionen:	–

Verletzungen des Versammlungsrechts

Verschobene, verbotene Versammlungen und Demonstrationen:	3
Prozesse wegen Versammlungen und Demonstrationen:	–
Interventionen der Sicherheitskräfte bei Versammlungen und Demonstrationen:	28 Fälle 31 Verletzte 9 Festnahmen
Angriffe auf Versammlungen und Demonstrationen (nicht durch Sicherheitskräfte):	3

Rechtsverletzungen in Haftanstalten

Bei Verlegungen:	27
Verletzung des Rechts auf Gesundheit:	22
Verhinderung von Familienbesuchen:	8
Misshandlung:	5
Verhinderung des Rechts auf Kommunikation u. a.:	42
Disziplinarstrafen:	12
Andere:	31

Verletzungen wirtschaftlicher und sozialer Rechte

Administrative Ermittlungen im Arbeitsleben:	28
Verurteilungen im Arbeitsleben:	27
Kündigungen:	331
Versetzungen [als Strafmaßnahme]:	5
Arbeitsunfälle:	5 Todesfälle, 11 Verletzte
Verletzungen des Rechts auf Gesundheit:	54
Verletzungen des Rechts auf Bildung:	6
Weideverbote [in der Tierhaltung]:	1
Dörfentvölkerung:	2
Niederbrennen von Wäldern, Feldern und Wiesen:	55
Lebensmittelambargo:	6
Ermittlungsverfahren gegen Studierende:	50
Schulverbote gegen Studierende:	33
Verwarnungen gegen Studierende:	22
Von der Schule verwiesene Studierende:	2
Verletzungen kultureller Rechte:	–

Rechtsverletzungen gegen Flüchtlinge und Migranten

Diskriminierung aufgrund ethnischer Herkunft:	2
Festnahmen:	599
Angriffe durch Sicherheitskräfte:	–
Abschiebungen:	8177
Andere:	1

Andere Rechtsverletzungen

Recht auf Reisefreiheit:	121
Eigentumsrecht:	38
Umweltrecht:	2
Nicht ausgehändigte Leichname von Militanten:	53
Entführungen:	2
andere:	429

Rechtsverletzungen insgesamt:	**18479**

Diese Angaben sind aus Anträgen an die IHD-Zweigstellen im Osten und Südosten sowie Tageszeitungen zusammengefasst. Zwischen Januar und Oktober 2007 sind 718 Anträge an die Zweigstelle Diyarbakır gestellt worden.

Bilanzen der letzten sieben Jahre des Menschenrechtsvereins der Türkei (IHD)

Menschenrechtsverstöße		**2000**	**2001**	**2002**	**2003**	**2004**	**2005**	**2006**	**2007**
Tote und Verletzte bei bewaffneten Auseinandersetzungen	Tote:	98	73	14	104	219	373	294	393
	Verletzte:				31	126	238	303	343
Extralegale Hinrichtungen und Morde unbekannter Täter	Tote:	55	68	41	80	68	43	72	75
	Verletzte:	12	8	18	32	56	56	13	46
Tote und Verletzte durch Minen und andere Explosionsstoffe	Tote:	20	13	27	19	18	48	30	15
	Verletzte:	37	39	53	37	46	72	147	54
Festnahmen:		2909	2396	2773	2794	1901	1378	2822	2681
Inhaftierungen:		611	433	464	541	375	326	1094	730
Meldungen von Folter oder schlechter Behandlung:		130	539	228	489	338	284	334	232
Haus-/Dorfzerstörungen oder -räumungen:		1	12	–	–	2	1	3	2
Verbrannte Wälder:		–	8	–	–	8	3	20	55
Lebensmittelembargo:		–	3	–	–	3	–	–	6
Intervention der Sicherheitskräfte bei Versammlungen und Demonstrationen									
a) Anzahl der Vorfälle:		–	–	–	77	21	16	15	28
b) Verletzte:		–	–	79	137	136	179	425	31
Tote:		–	–	–	–	–	7	13	–
c) Festnahmen:		–	–	–	906	556	250	839	10
Arbeitsleben:									
Versetzungen [als Strafmaßnahme]:		78	55	40	33	4	18	3	5
Kündigungen:		21	80	8	251	64	193	7	331
Diziplinarstrafen:		–	–	–	378	509	513	101	28
Andere:		–	–	–	25	35	59	2	–
Verletzungen der Meinungs- und Glaubensfreiheit:		–	–	101	1199	2642	3152	1777	2974
Verbotene Veranstaltungen:		–	99	32	35	16	16	19	3
Schließung von Funk und Fernsehen:		7	2	–	–	2	–	–	–
Schließung zivilgesellschaftlicher Organisationen:		15	4	–	–	2	1	1	–
Publikationen, die nicht in die Region gebracht werden durften:		17	29	–	–	–	–	–	–
Rechtsverletzungen in Haftanstalten:		–	333	158	304	266	398	165	147
Selbstmorde/-versuche:		–	97	140	146	131	365	180	189
Gesamtzahl derer, die sich an uns wandten:		–	1817	1014	1571	1470	1120	921	718
Rechtsverletzungen insgesamt:		**–**	**–**	**–**	**6472**	**7208**	**7499**	**7733**	**18479**

Kurdistan im Blickpunkt britisch-amerikanischer Think tanks

Sticks and Carrots – Zuckerbrot und Peitsche

Dr. Elmar Millich

Der Einfluss von so genannten „think tanks“ auf die offizielle Außenpolitik ist vor allem in den USA immer schon, besonders aber im Vorfeld des Irak-Kriegs, Gegenstand von Spekulationen gewesen. Mit der Entstehung einer unabhängigen kurdischen Nationalregierung im Nordirak ist nun auch die kurdische Frage im Mittleren Osten vermehrt in den Blickpunkt dieser speziellen NGOs geraten.

Das renommierte britische „Chatham House“, früher unter dem Namen „Royal Institute of International Affairs“ bekannt, führte im Dezember 2007 eine Konferenz zum Thema „Die Rolle der Kurden in den internationalen Beziehungen“ durch und gab auch eine entsprechende Veröffentlichung heraus. In diesem Papier wird die Situation und Perspektive der KurdInnen in allen vier Teilen Kurdistans untersucht. Die Kernthese des Autors ist hier, dass die Existenz einer autonomen kurdischen Regionalregierung im Nordirak einen Quantensprung in der Entwicklung des kurdischen Selbstbewusstseins darstellt und großen politischen Einfluss auf die Situation der KurdInnen in der Türkei, in Syrien und dem Iran ausübt. Im Gegensatz zum Anfang des letzten Jahrhunderts nach der Neuaufteilung des Osmanischen Reiches gibt es in der heutigen Zeit eine Interessensübereinstimmung zwischen den Zielen der KurdInnen und den Hegemonialmächten, allen voran den USA. Der Report nennt die Entwicklung der kurdischen Frage als entscheidenden Faktor für die Umgestaltung des Mittleren Ostens und fordert die internationale Politik auf, die Rolle der KurdInnen in der Region neu zu bewerten.

Die Analyse der aktuellen Eskalation des Konflikts in der Türkei erfolgt sachlich. Die offizielle türkische Begründung von Guerillaangriffen der PKK im Herbst letzten Jahres wird als vorgeschobener Grund für die Einmarschdrohungen in den Nordirak gesehen, da sich zumindest so viele PKK-Guerillas in der Türkei selbst wie im Nordirak aufhalten. Als eigentliche Gründe werden innertürkische Konflikte zwischen der AKP-Regierung und dem Militär gesehen, sowie die erfolgreiche Entwicklung der kurdischen Regionalregierung im Nordirak.

Schon im Oktober letzten Jahres gab das „National Committee on American Foreign Policy“ (NCAFP) eine Studie heraus, die sich speziell mit der Lösung des kurdischen Konflikts in der Türkei beschäftigt. Unter dam Titel „Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung der PKK“ wird ein Stufenplan vorgelegt, der vom Autor selbst als „Zuckerbrot und Peitsche“ beschrieben wird. Als Ziel dieses Vorgehens wird benannt, durch international abgestimmtes Vorgehen die Türkei von einem Einmarsch in den Nordirak abzubringen, um eine Destabilisierung der Region zu vermeiden.

Es wird ein rigides, aber nicht primär militärisches Vorgehen gegen die PKK gefordert. Von der türkischen Regierung wird verlangt, die Souveränität des Irak anzuerkennen und mit der kurdischen Nationalregierung zusammenzuarbeiten. Der kurdischen Nationalregierung wird die Rolle zugeschrieben, die Logistik und Mobilität der PKK-Guerilla durch Checkpoints an den Zugängen zu den Kandilbergen einzuschränken und die Arbeit PKK-naher politischer Gruppierungen im Nordirak zu verbieten. Auch wird eine Schließung des Flüchtlingslagers Maxmur gefordert, sofern die Türkei den Bewohnern eine Rückkehr ohne Repressionen garantiert.

Europa wird als Quelle der finanziellen Zuwendungen und ideologischer Mobilisierung für die PKK gesehen. PKK-nahe Organisationen in Europa sollen verschärft beobachtet und gegebenenfalls geschlossen werden. Zudem sollen den in Europa und aus Europa heraus tätigen kurdischen Medien die Arbeitsmöglichkeiten genommen werden.

Ein abgestuftes Amnestie-Angebot für einfache PKK-Mitglieder und eine Exillösung für die Kommandeure würden die PKK schließlich zur Aufgabe bewegen.

Als Zuckerbrot für die KurdInnen werden die auch in Europa üblichen Forderungen erhoben:

Eine Demokratisierung der Türkei, mehr kulturelle Rechte für die KurdInnen und eine gezielte wirtschaftliche Entwicklung der Region.

DTP soll vermitteln

Hinzu kommen aber auch Forderungen, wie sie von kurdischer Seite selbst erhoben und bislang von der EU und den USA ignoriert wurden. So soll, wie immer wieder von der PKK gefordert, eine „Wahrheits- und Versöhnungskommission“ ihre Arbeit aufnehmen, um die in dem seit 30 Jahren andauernden Krieg entstandenen Verletzungen in der türkischen und kurdischen Bevölkerung zu überwinden und Vertrauen zwischen den Volksgruppen zu schaffen. Der Tür-

kei wird nahegelegt, sich hier an internationalen Beispielen zu orientieren.

Der kurdischen Partei DTP kommt nach Auffassung des NCAFP die Rolle einer Vermittlerin zwischen dem türkischen Staat und der PKK zu. Im Gegensatz zu immer wieder in der Türkei und aus Europa gestellten Forderungen hält es der Report für kontraproduktiv, wenn sich die DTP offiziell von der PKK distanziert, weil dies ihren Einfluss in der kurdischen Gesellschaft schmälert. US-amerikanische Politiker werden aufgefordert, die DTP durch hochrangige Kontaktaufnahmen zu stärken. Die Innenministerien von Deutschland und Frankreich sollen es der DTP erleichtern, Kontakt zu den PKK-nahen KurdInnen in Europa aufzunehmen, um diese mit einzubinden.

Die beiden oben genannten Beispiele zeigen, dass die kurdische Frage im Mittleren Osten ins Zentrum der Politik der relevanten internationalen Kräfte rückt. Die „think tanks“ haben dabei die Aufgabe, zukünftige Vorgehensweisen in der Außenpolitik als Versuchsballon in der Öffentlichkeit zu platzieren, da im Gegensatz zu Äußerungen von politischen Handlungsträgern keine Taten folgen müssen und sich diplomatische Verstimmungen begrenzt halten.

Interessant ist ein Vergleich der im Oktober letzten Jahres lancierten Vorschläge des NCAFP mit der daraufhin faktisch erfolgten Außenpolitik der USA. Tatsächlich sind diese, um eine Destabilisierung des Nordirak durch einen türkischen Einmarsch zu verhindern, sogar über die Forderungen des NCAFP-Reports hinaus gegangen, indem sie der Türkei Luftangriffe auf Guerillastellungen im Nordirak erlaubt haben und sie auch mit Geheimdienstinformationen unterstützen. Das Verbot PKK-naher Gruppierungen im Irak und eine Blockade der Kandilberge durch Peshmergas der kurdischen Regionalregierung ist fast buchstabengetreu aus dem NCAFP-Report umgesetzt. Es bleibt abzuwarten, ob weitere Elemente aus der Rubrik „Peitsche“ folgen, wie etwa ein weiter verschärftes Vorgehen gegen kurdische Organisationen und Medien in Europa.

Wo bleibt das Zuckerbrot?

Ministerpräsident Erdoğan hatte bereits im letzten Jahr verkündet, mit Angeboten auf die KurdInnen zuzugehen, die die Welt in Erstaunen versetzen würden, aber geschehen ist bislang nichts. Im Gegensatz zur NCAFP-Forderung, der DTP eine Vermittlerrolle zukommen zu lassen, hat der türkische Generalstaatsanwalt ein Verbotsverfahren eingeleitet, wie bisher gegen alle kurdischen Parteien. Hier steht eine Umsetzung ganz klar gegen die Interessen der AKP-Regierung. Erdoğan scheint für die KurdInnen eine ganz andere Art von Zuckerbrot vorzusehen. Anstatt sich mit dem politischen und sozialen Elend auf Erden herumzuschlagen, sollen sie lieber hinauf zu Allah schauen und seine islamische AKP wählen. Die kürzlich erfolgte Gesetzesänderung, die Studentinnen das Tragen von Kopftüchern in der Universität erlaubt, zielt auch auf die Akzeptanz der feudalistischen Teile der kurdischen Gesellschaft. Erdoğan möchte die DTP nicht als Vermittlerin, sondern will sie beerben. Sein nächstes erklärtes Ziel ist es, bei den anstehenden Kommunalwahlen in der Türkei die Bürgermeisterämter in Kurdistan von der DTP zurückzuerobern.



„Mörder Erdoğan“: Beerdigung eines Guerilla-Kämpfers in Amed/Diyarbakır Foto: DIHA

Es gehört zu den Aufgabengebieten der „think tanks“, bisher tabuisierte Themen der Politik „denkbar“ zu machen und damit in die Diskussion zu bringen. Insofern lässt sich der NCAFP-Report als Ausdruck davon verstehen, dass zumindest in Teilen der US-Regierung darüber nachgedacht wird, stärkeren Druck auf die Türkei auszuüben, in einen direkten Dialog mit der kurdischen Bevölkerung zu treten. Ob diese Politik überhaupt relevant wird, hängt im Wesentlichen davon ab, ob es der DTP gelingt, ihren Vertretungsanspruch für die KurdInnen in der Türkei bei den nächsten Wahlen zu behaupten.

NCAFP: Das „National Committee on American Foreign Policy (NCAFP)” beschreibt sich selbst als überparteiliche, nicht gewinnorientierte Denkfabrik. Ansässig in New York wurde es 1974 von dem einflussreichen US-Politologen Hans J. Morgenthau gegründet.
Maßgebliches Ziel der Organisation ist laut Satzung die Bewahrung und Stärkung der US-amerikanischen Sicherheit. Durch Veranstaltung von Konferenzen, Herausgabe von Publikationen und nicht zuletzt intensiver Kontaktpflege zu den politischen Entscheidungsträgern versucht das NCAFP, Einfluss auf die Richtung der USA-Außenpolitik zu nehmen. ♦

Man kann vor jedem Gesicht und jedem Herzen einen Vorhang der Angst erkennen

Kerkûk, die Stadt, die aufgehört hat zu träumen

Serbest Rêzan

Kerkûk ist eine der Städte, über die zurzeit, auf politischer Ebene, am meisten diskutiert wird.

Wegen ihrer historischen Bedeutung und ihres Ölreichtums war sie schon immer umstritten und ein Brennpunkt kämpferischer Auseinandersetzungen. Das hat sich bis heute nicht geändert. Die Intervention der USA, der Krieg im Irak, der im Grunde genommen bis heute andauert, stehen in einer langen Abfolge kolonialer Auseinandersetzungen und Verteilungskämpfe in der gesamten rohstoffreichen Region. Wahrscheinlich werden die Diskussionen und Auseinandersetzungen um Kerkûk selbst nach Beendigung dieser Intervention nicht aufhören. Wie bekannt ist, wurde der Irak nach der Zerschlagung des Baath-Regimes ein föderaler Staat. Die KurdInnen erhielten in der Föderation entsprechend ihres Siedlungsgebietes die Kontrolle über die nördlichen Provinzen des Landes. Bei der Verteilung der Kontrollkompetenzen war die Stadt Kerkûk allerdings von vornherein ein Streitpunkt. KurdInnen, AraberInnen und TürkInnen erklären sie als kurdisches, arabisches oder turkmenisches Erbe und beanspruchen jeweils die Kontrollbefugnis. Je näher das Referendum über die Zuordnung der Stadt rückt, desto intensiver werden die Auseinandersetzungen. In diesem Zusammenhang nehmen auch Anschläge terroristischer Gruppen zu. Um verstehen zu können, warum so viele Bevölkerungsgruppen und Staaten ihre Politik mit Kerkûk verknüpfen und Anspruch auf die Kontrolle der Stadt erheben, ist es nützlich, ihre Geschichte, ihre geographische Lage und die geostrategische Situation näher zu beschreiben.

Die antiken Zivilisationen, die sich in der Region um Kerkûk entwickelten, waren in Mesopotamien über Hunderte von Jahren von zentraler Bedeutung. Die Periode der Zivilisation von Uruk, die die älteste bekannte dieser Zivilisationen ist, wird zwischen 3500–3100 v. u. Z. verortet, gefolgt von der Herrschaft der Sumerer und Akkader, die bis zur Zivilisation der Guti, die um 2310 v. u. Z. Kerkûk zu ihrer Hauptstadt machte, andauerte. 1365–1350 fiel die gesamte Region unter die Herrschaft der Assyrer unter König „Ombalat". Dem folgte bis 550 v. u. Z. die Herrschaft der Meder, um von der der Archämeniden abgelöst zu werden, dann der von Seleukos, einem der Befehlshaber von Alexander dem Großen. Der Feldherr machte Kerkûk ebenfalls zu seiner Hauptstadt und nannte sie „Kerxslok" (nach Seleukos, im Mittleren Osten „Sloki"). Zwischen 139 v. u. Z. und 226 u. Z. waren Kerkûk und Umgebung von den Parthern besetzt und in der Folge von 226–637 von den Sassaniden. Im 11. Jahr der Hidschra [*Auswanderung Mohammeds von Mekka nach Medina im Jahre 622, Beginn des Mondkalenders der islamischen Zeitrechnung*] fiel die gesamte Region in die Hände islamischer Eroberer.

Mit der Verbreitung des Islam begann eine entsprechende Unterwerfung der Region des heutigen Irak. Zunächst wurde zwischen 661 und 750 der Staat der Umayyaden aufgebaut. Danach der Abbasidenstaat, dessen Existenz von 750 bis 1258 andauerte. Die Buharier herrschten zwischen 946 und 1075 und anschließend die Seldschuken von 1075 bis 1180. Die Besatzung der Atabeyan dauerte von 1126 bis 1261. Im Jahr 1258 geriet Kerkûk unter die Herrschaft von Moxolan. Ab 1410 wurde unter Şêx Hesen Cebranî, der von seiner Herkunft her Moxoliye war, der Celabrî-Staat aufgebaut. Danach entstanden turkmenische Staaten mit den Namen Akkoyun und Karakoyun. Letzterer wurde schließlich vom Safawidenreich zerschlagen. Die Osmanen besetzten die Region zwischen 1639 und 1917. Das Osmanische Reich teilte den heutigen Irak in drei Provinzen auf, Mossul, Bagdad und Basra, und realisierte auf diese Weise die Kontrolle über das Gebiet. Die Provinz Mossul war kurdische Region, die Provinzen Bagdad und Basra waren arabische. Die Engländer kontrollierten Kerkûk zwischen 1917 und 1921 bis zur „Gründung" des heutigen Staates Irak. In der Folge wurde der irakische Staat einem Königreich ähnlich strukturiert. Von diesem Zeitpunkt an, bis 2003, blieb Kerkûk Teil des Irak.

Ursprung und Bedeutung des Namens Kerkûk

Die Stadt befindet sich, mit unterschiedlichen Namen, auf vielen alten Karten, zuerst unter Erbaxa und Arafa. Unter den Aramäern hieß sie „Kerx Slox", danach „Siloqiyîn", der auf den Namen eines der Befehlshaber Alexanders des Großen, Slokis [Seulekos], während des Persienfeldzugs in den Jahren 334–331 v. u. Z. zurückgeht. Zur Zeit der assyrischen Herrschaft wurde der Name in „Beyitil Germahî" geändert, unter den Sassaniden wiederum in „Kerha Tibêtil Slox". Der griechische Geograph Gladyos Putori Mayos, 90–168 u. Z., nannte die Stadt in seinem geographischen Werk „Korxora", der Autor eines Wörterbuches von Ländernamen, Yakut El Hamudî, „Kerxînî". In

dem Buch „Texirname“ des Autors Elî El Ziyadî wird Kerkûk wegen seines Ölvorkommens als „Stadt des schwarzen Goldes“ bezeichnet (kurdisch: Zêrêreş). Ab 1972, zur Zeit des Aufbaus von Erdölraffinerien im Irak, wurde Kerkûk in Eltemim umbenannt und zum Zentrum der gleichnamigen Provinz erklärt. Zuletzt erhielt es von den KurdInnen, die ihren Ursprung als Alteingesessene in dieser Stadt haben, den Namen Kerkûk. Dieser hat seinen Ursprung in „Kerxînî“, was in der indoeuropäischen Sprache „Burg“ bedeutet. Die KurdInnen haben die Stadt immer als eine uneinnehmbare und nie verlassene Burg beschrieben.

In Kerkûk lagern 4 % der weltweiten Erdölvorkommen

Ein gewichtiger Grund, warum die Diskussionen und Auseinandersetzungen um Kerkûk nicht aufhören, sind zweifellos die dortigen Erdölvorkommen. Hier lagern vier Prozent der gesamten weltweiten Ressourcen, von den bekannten 112 Mrd. Barrel des Irak 50 Mrd. allein in Kerkûk. Momentan werden 50 % des irakischen Öls in Kerkûk gefördert. Von den weltweiten Ölvorkommen liegen 70 % im Mittleren Osten, davon 25 % im Irak, 60 % des irakischen Öls wiederum in Kurdistan. Demnach lagern 4 % der weltweiten Ölvorkommen in Kerkûk. Es ist somit nach Saudi-Arabien die zweitgrößte Erdölregion der Welt. Berechnungen von 2001 und 2002 zufolge werden in Kerkûk 14 200 Tonnen Erdöl am Tag gefördert, das sind mindestens 20 000 Barrel. Es gilt als das weltweit reinste Erdöl. Deshalb wird das Dreieck Mossul-Kerkûk-Xaneqîn auch heute das „Kurdistan des Schwarzen Goldes“ (Kurdistana Zêrê Reş) genannt.

Die Regierung der Provinz Kurdistan und Kerkûk

Kerkûk ist seinen Erdölvorkommen zufolge eine sehr reiche Stadt. Das Mosaik der dort lebenden Bevölkerungsgruppen birgt ebenfalls einen bedeutenden Reichtum. Die Stadt ist die älteste der kurdischen Städte. Die Haltung der KurdInnen zur Stadt Kerkûk wird Tag für Tag klarer. Vor allem die Lösung der Frage um die Kontrolle der Stadt kann für die Einheit der KurdInnen eine wichtige Rolle spielen. Um diese Einheit zu erreichen, sollte eine nationale Konferenz stattfinden. Es wäre notwendig, dass die Regierung der Region Kurdistan sich besonders dafür einsetzt. In der Realität jedoch unternimmt diese Regierung zurzeit nur wirtschafts- und kulturpolitische Initiativen und kümmert sich wenig um eine Klärung der Auseinandersetzungen um Kerkûk. In erster Linie geht es ihr um eine klientelorientierte Parteipolitik. Nicht nur die KurdInnen, sondern auch der Irak, Syrien, die USA und Großbritannien messen Kerkûk eine hohe Bedeutung zu. Mit dem Nahen des Referendums gerät das Thema der Kontrolle der Region zunehmend auf die „globale“ Tagesordnung. Jeden Tag finden in den Straßen von Kerkûk Anschläge statt, nehmen die Angriffe sunnitischer Araber zu. Da momentan der Frieden der BewohnerInnen dieser Stadt täglich zusehends zerstört wird, wäre eigentlich eine andere Politik der Verantwortlichen der Region Kurdistan notwendig.

Die TurkmenInnen und Kerkûk

Nicht alle TurkmenInnen unterstützen die Politik des türkischen Staates im Irak. Zu Beginn des Monats April 2007 sprachen sich sechs turkmenische Parteien dafür aus, Kerkûk nach ihrem Dafürhalten der *Föderalen Region Kurdistan* anzuschließen: *Turkmenische Refah-Partei, Turkmenische Şirûqa* [Sonnenaufgang]*-Partei, Turkmenische Partei der Geschwisterlichkeit, Turkmenische Einheitspartei, Turkmenische Demokratie-Partei und Partei des Turkmenischen Volkes im Irak*. Der türkische Staat ignoriert das jedoch und führt weiter Gespräche mit der *Turkmenischen Front*. Diese unterstützt die Bemühungen des türkischen Staates und organisiert momentan eine Konferenz mit sunnitischer und schiitischer Beteiligung gegen die KurdInnen.

Die Haltung der Regionalstaaten zu Kerkûk

Die USA und Großbritannien unterstützen Artikel 58 der nach der Entmachtung Saddams etablierten neuen irakischen Verfassung, der sich mit der Lösung der Kerkûkfrage befasst. Der damalige US-Botschafter Negroponte schrieb im Namen der USA in diesem Sinne einen Brief an den Präsidenten des Irak, Celal Talabanî, und den Präsidenten der Region Kurdistan, Mesud Bar-

Kirkuk-Referendum verschoben

Gemäß Artikel 140 der irakischen Verfassung sollte Ende 2007 ein Referendum darüber stattfinden, ob die ölreiche Region Kirkuk dem kurdischen Autonomiegebiet zugeschlagen werden soll. Dieser Termin für das Referendum wurde nicht eingehalten.

In Artikel 140 ist ein dreistufiger Prozess vorgesehen. Zuerst sollte die von Saddam Hussein durch Vertreibung von KurdInnen und Ansiedlung von AraberInnen gewaltsam betriebene Änderung der Bevölkerungszusammensetzung auf freiwilliger Basis möglichst rückgängig gemacht werden. Anschließend sollte eine Volkszählung die Basis für ein unabhängiges Referendum über die Zukunft der Region liefern.

Vor allem in den USA gab es Stimmen, das Referendum zu verschieben, um die derzeit angespannte Situation im Irak nicht weiter zu verschärfen. Laut Nachrichtenagenturen haben die beiden großen kurdischen Parteien im Nordirak – PUK und KDP – einer Verschiebung des Referendums hin zum Mai 2008 zugestimmt. Sie betonen allerdings, dass sie dieser Verschiebung nur aus technischen Gründen zugestimmt hätten, ohne den in Artikel 140 festgelegten Ablauf generell infrage zu stellen.

zanî. Zu derselben Zeit akzeptierte der Botschafter Großbritanniens, A. Chaplin, ebenfalls in einem Brief den Paragraphen 140 des Artikels 58, der die Umsetzung des Kerkûk-Referendums betrifft. Auch Richard Lee Armitage, Vertreter der US-amerikanischen Regierung, erklärte seine Haltung der Unterstützung der Umsetzung des Referendums mit allen Mitteln und betonte, sie werde als eine Verpflichtung gesehen. Alle an der Ausarbeitung der Verfassung Beteiligten unterstützen den Paragraphen 140. Betrachtet man jedoch die Bemühungen von Zalmay Khalilzad, des ehemaligen US-Botschafters im Irak und späteren UN-Botschafters der USA, der die Frage aufwirft, ob „der Paragraph 140 und das Referendum an die Vereinten Nationen übertragen werden sollen“, wäre das in keiner Weise zum Vorteil der Bevölkerung von Kerkûk. Diese Haltung kann auch als die derzeitige offizielle Haltung der US-Führung angesehen werden.

Ohne Zweifel ist Kerkûk für die Vereinten Nationen ein bedeutender Ort. Im Rahmen des Kampfes gegen das Baath-Regime im Irak wollte die US-Regierung Kerkûk zunächst an Kurdistan binden. Als aber die Verantwortlichen nach dem Sturz Saddams sahen, dass ihr „Plan für den Gesamtraum Mittlerer Osten“ nicht ohne massive Schwierigkeiten umsetzbar ist, sahen sie keinen anderen Ausweg mehr, als ihre Haltung zu Kerkûk zu überdenken und die Entscheidung über die Zukunft der Stadt an sich zu binden. Folglich unterstützen die USA einerseits die Regierung der Region Kurdistan, andererseits ist jedoch nicht gewollt, dass Kerkûk dieser zugerechnet wird, um keinen der anderen regionalen Bündnispartner vor den Kopf zu stoßen.

Die Türkei und Kerkûk

In den Dokumenten des Osmanischen Imperiums von 1794, in den USA und Beirut als kleines Buch veröffentlicht, heißt es: „Kerkûk liegt im Herzen Kurdistans. Aus den osmanischen Karten geht auch hervor, dass das Land Kurdistan vor dem der Osmanen aufgebaut wurde. Das ist eine allgemein bekannte Realität.“ Die Türkei stellt sich immer gegen das Kerkûk-Referendum. Der stellvertretende Vorsitzende des Parlaments der *Föderalen Region Kurdistan*, Dr. Kemal Kerkûkî, erklärte, dass Paragraph 140 die Türkei nichts angehe: „Die Türkei ist ein Nachbarstaat, wir haben gute Beziehungen und wir legen Wert auf die Nachbarschaft. Aber wir wollen nicht, dass die Türkei oder irgendein anderer Staat sich in die Kerkûkfrage einmischt. Der syrische Staat hat sich bisher in der Frage des Kerkûk-Referendums ruhig verhalten, auch der Iran hält sich bisher zurück. Allein die Türkei erhebt ihre Stimme.“

Zurzeit finden in Kerkûk sehr viele Anschläge statt, hinter denen sowohl inländische als auch vom Ausland gesteuerte Kräfte stehen. Dabei handelt es sich um Schiiten, Sunniten und mit der Türkei verbundene Turkmenen. Um die Region instabil zu halten, wollen sie verhindern, dass die dortigen Probleme bewältigt werden. Die drei Staaten Türkei, Iran und Syrien wollen im Grunde den Status quo in der Region erhalten. Deshalb betreiben sie in Kerkûk nach wie vor eine Politik der dunklen und schmutzigen Machenschaften. Die KurdInnen sollen weiterhin infrastrukturell und strukturell schwach gehalten werden. Kerkûki brachte zur Sprache, dass die am vehementesten gegen die Lösung der Kerkûk-Frage auftretende Kraft die Türkei sei, die auf keinen Fall Kerkûk in die Hände der KurdInnen geraten lassen wolle. Er erklärte, dass die Türkei seit dem Zerfall des Osmanischen Reiches bis heute Besitzansprüche auf Mossul und Kerkûk erhebe und daher vor nichts zurückschrecke. Die Türkei agiere sowohl auf politischem als auch auf diplomatischem Wege, und infolge ihres rücksichtslosen Vorgehens dabei dauere der schmutzige Krieg um Kerkûk u. a. durch den Aufbau spezieller Geheimdienstkräfte an. Außerdem nähere sich der syrische Staat den rückständigen Kräften der Baath-Partei an. Somit würde eine Politik der Fortsetzung des Saddam-Regimes gegen Kerkûk betrieben. Auf jeden Fall arbeite Syrien in diesem Rahmen mit der Türkei zusammen, und beide nach ihrem Abkommen daran, den KurdInnen auch Mossul zu entreißen.

Der Iran dagegen versucht, einen Einfluss auf Kerkûk aufzubauen, indem er die schiitischen AraberInnen unterstützt. Er bemüht sich genauso wie die Türkei und Syrien, den Frieden im Irak und in Kerkûk zu stören. Dazu wendet er jedoch eine sensiblere Taktik an. Iranische oder iranisch beeinflusste Kräfte sind nicht an der zunehmenden Zahl der Anschläge im Irak beteiligt. Die iranische Regierung nimmt im Falle Kerkûk jedoch eine intrigante Haltung ein. AraberInnen und TurkmenInnen sollen danach ebenfalls Rechte zur Kontrolle von Kerkûk erhalten. Iran sieht Kerkûk zweifellos als eine arabische Stadt an, will aber auch, dass die Provinz bestehen bleibt. Daher unterstützt er die schiitischen AraberInnen – damit das Referendum nicht umgesetzt werden kann, aber auch die Türkei und Syrien. Der Bombenhagel, der auf die Region Kurdistan niedergeht, zeigt im Grunde, dass die iranische Regierung die Umsetzung des Paragraphen 140, des Kerkûk-Referendums, fürchtet.

Der Alltag und die Parteien Kurdistans

In Kerkûk herrscht derzeit eine sehr beunruhigte Stimmung. Auf der einen Seite gibt es Hoffnungen auf die Umsetzung des Referendums. Auf der anderen Seite beunruhigen die Bevölkerung die beschriebenen Pläne und politischen Spielchen der unterschiedlichen Kräfte. Diese Kräfteverhältnisse stürzen die BewohnerInnen der Stadt in Verzweiflung. Zuversicht und eine positive Perspektive zu entwickeln fällt dementsprechend schwer. So groß auch der Wille der Verantwortlichen der KurdInnen ist, das Referendum umzusetzen, verfolgen doch alle herrschenden Parteien in Kurdistan und insbesondere in Kerkûk ihre eigenen Ziele und keine am Wohl der gesamten Bevölkerung orientierte Politik.

Was die *Patriotische Union Kurdistans* PUK betrifft, kann sie wegen ihrer Verantwortung in der gesamtirakischen Politik nicht offen die Rechte der Kur-

dInnen verteidigen und die „Rückkehr“ Kerkûks zur Region Kurdistan einfordern. Ihre Erklärungen erreichen daher nie einen offiziellen schriftlichen Rahmen. Diese Haltung der PUK ist es, die die anderen Bevölkerungsgruppen wie die TurkmenInnen und AraberInnen dazu bringt, ihr gegenüber weniger offensiv aufzutreten. Das gilt auch für die Politik der PUK. Auch nach den letzten Anschlägen in der Stadt, bei denen zehn kurdische MitbürgerInnen ums Leben kamen, und nach einem Anschlag im Oktober 2006, bei dem 70 Personen starben, änderte die PUK ihr Vorgehen nicht. In diesem Zusammenhang sind die türkischen Angriffe seit Ende letzten Jahres Momente des Erwachens für die kurdischen Parteien und insbesondere für die PUK.

Die *Demokratische Partei Kurdistans*, die KDP, nimmt zur Frage Kerkûks eine andere Haltung als die PUK ein. Die letzten Erklärungen des Präsidenten der *Föderalen Region Kurdistan* und der KDP sind Beispiele dafür. Er sagte: „Wird das Kerkûk-Referendum nicht umgesetzt, wird ein Bürgerkrieg unter den Bevölkerungsgruppen ausbrechen.“ Die Grundpolitik der KDP bezüglich Kerkûks ist jedoch strategisch geprägt. So sehr sich dabei auch der Weg der KDP von dem der PUK unterscheidet, nähert sie sich dem Thema noch weniger offensiv an als die PUK. BeobachterInnen in der Region beschreiben, dass die KDP lediglich eine Politik der Klientel- und Eigeninteressen, jedoch keine für die gesamte Bevölkerung betreibe. Die Äußerung Mesûd Barzanîs, wenn Kerkûk angegriffen werde, würde die KDP in Diyarbakır intervenieren, ist nicht ehrlich gemeint. Auch die im Namen der KDP in der Stadtmitte Kerkûks aufgehängten Transparente – „Kerkûk ist Qamişlo, Mahabad und Diyarbakır. Oder Helepçe ist Qamişlo, Diyarbakır und Mahabad.“ – bedeuten keine reale politische Arbeit für die Bevölkerung von Kerkûk. Sie sind vielmehr dazu geeignet, die nationalistischen Gefühle zu kitzeln, denn sie basieren auf einem rein nationalistisch-ethnischen Fundament.

Die kleinen kurdischen Parteien verfolgen Kerkûk und die Region Kurdistan betreffend keine eigenständige Politik. Sie verhalten sich diesbezüglich sehr ruhig, insbesondere die Parteien, die selbst im kurdischen Parlament vertreten sind, um sich selbst und ihre politische Macht nicht zu gefährden. Statt einer alternativen Politik betreiben sie eine Politik initiativlosen Stillschweigens zur Sicherung ihrer Pfründe und ihrer Parlamentssitze. Aber wie sehr auch PUK und KDP auf politischer Ebene der Kerkûkfrage geschadet haben, leider trugen weitere Parteien zur Verschiebung des Referendums bei.

Ohne Zweifel, die *Partei der Demokratischen Lösung in Kurdistan* (PÇDK) ist eine der Parteien Kurdistans und setzt sich politisch für eine Lösung im Sinne der Bevölkerung von Kerkûk ein. So sehr sich ihr Vorgehen auch von dem der anderen Parteien unterscheidet, bleibt sie diesbezüglich jedoch bisher zu wirkungslos. Unter der Führung der PÇDK wurde Ende 2006 ein Rat der Organisationen, Parteien und Persönlichkeiten der Stadt gegründet, die eine Kommission zur Umsetzung des Paragraphen 140 und des Referendums bildeten. Die wurde aber aufgrund einer fehlenden klaren PÇDK-Politik wieder aufgelöst. An den ersten beiden Versammlungen der Kommission nahm der Gouverneur von Kerkûk, Abdulrahman Mustafa, selbst teil und wurde von ihr als Ehrenmitglied gewählt.

Von all diesem politischen Gezerre der Parteien ist die Bevölkerung von Kerkûk mittlerweile erschöpft. Aber weil die Sicherheitslage in der Stadt nicht geordnet ist, verhält sie sich nach wie vor ruhig. Die Menschen stimmen allem zu und nehmen von niemand Rat an. Allerdings bleiben auch die politisch aktiven TurkmenInnen und AraberInnen wirkungslos. Ohne die Unterstützung der verantwortlichen Regionalregierung wird die Bevölkerung weiterhin kraft- und perspektivlos weiterleben. So kommt es zu Meinungsäußerungen wie: „Wir wollen nicht in die Region Kurdistan zurückkehren“, „Was hat die Region Kurdistan in vier Jahren für mich getan, damit wir in die Region zurückkehren wollen? Was wurde in Städten wie Suleimaniya, Hewlêr und Duhok bis jetzt getan, um uns zu überzeugen, dass auch wir Teil einer unabhängigen Region Kurdistan bleiben wollen?“, oder: „Jeder Ort ist gefüllt worden mit Peşmergas und kurdischer Polizei, aber trotzdem gibt es keine Sicherheit in der Stadt.“

Betrachtet man das Alltagsleben in Kerkûk, erkennt man zwei verschiedene Lebensweisen. Die eine beginnt um neun Uhr morgens und geht bis sieben Uhr abends. In diesen Stunden verläuft das Leben für jede/n BewohnerIn Kerkûks auf eine ganz normale Weise. Es erscheint wie ein bunter Teppich. Es vergeht auf verschiedene Weise und ohne gravierendere Probleme. Auch die kurdischen BürgerInnnen können ihr Leben zu dieser Zeit ohne existenzielle Bedrohung gestalten. AraberInnen, TurkmenInnen, AssyerInnen und ChaldäerInnen leben ihren Alltag gemeinsam, mit ihren Unterschieden in Herkunft und Konfession. Daneben gibt es aber auch eine andere Seite. Dann herrscht völlige Verunsicherung in der Stadt. Man kann vor jedem Gesicht und jedem Herzen einen Vorhang der Angst erkennen. Die zweite Farbe der Stadt ist die Farbe der Angst und der Alpträume. Diese Zeit beginnt in den Abendstunden und dauert bis in die Morgenstunden. Der Ausnahmezustand wird um 10 Uhr abends ausgerufen. Das gesamte Leben in der Stadt kommt dann zum Stillstand. Vor allem fürchterliche Ereignisse wie Explosionen, Flucht und Hausdurchsuchungen finden meist während dieser Stunden statt. Diese Situation in ständiger Angst, ohne Sicherheit und ein normales Leben, ist für die Bevölkerung von Kerkûk eine große Last. Das Fehlen helfender Hände von kurdischer, arabischer, turkmenischer Seite und von außerhalb führt dazu, dass nicht Hoffnung, sondern Hoffungslosigkeit bezüglich der Umsetzung des Referendums besteht. Das führt letztendlich dazu, dass viele Menschen aus Angst und Perspektivlosigkeit fliehen. ♦

Ökonomie und Gewalt – die größten Frauenprobleme in Çukurova

Frauenverein Kırçiçeği – Wiesenblume

Wir führten ein Interview mit Şükran Sincar, Vorsitzende des Frauenvereins Kırçiçeği („Wiesenblume“) in Küçükdikili, über die Vereinsarbeit. Die Ortschaft Küçükdikili in Seyhan bei Adana hat offiziell 8 000 EinwohnerInnen, aber inzwischen dürften es, vor allem aufgrund der Zuwanderung, rund 17 000 Menschen sein. Sie leben von Landwirtschaft und Viehzucht.
Die Bürgermeisterin von Kücükdikili ist Leyla Güven, eine der 56 DTP-Bürgermeisterinnen und Bürgermeister.

Können Sie sich uns kurz vorstellen?

Ich habe sechs Jahre lang, anfangs in der HADEP bis dann zur Bewegung für eine Demokratische Gesellschaft DTH, aktiv an der Frauenarbeit teilgenommen. Seit zwei Jahren arbeite ich im Frauenverein Kırçiçeği.

Warum, von wem und wann wurde der Kırçiçeği-Frauenverein in Küçükdikili gegründet?

Auf der Konferenz der *Bewegung der Demokratischen Freien Frauen* 2004 wurde nach den Diskussionen beschlossen, dass überall, wo wir Bürgermeisterinnen haben, die Frauenarbeit verstärkt werden soll. Die Bedürfnisse der Frauen sollten untersucht und dementsprechend Frauenvereine gegründet werden. Nach diesem Beschluss wurde unser Verein durch die Bestrebungen der Mitglieder der *Bewegung Demokratische Freie Frauen* und mit der Unterstützung der Kommune von Küçükdikili im Jahre 2005 gegründet.

Also können wir sagen, dass Ihr Verein nach den Bedürfnissen der Frauen in Ihrer Ortschaft gegründet wurde. Was sind die Hauptprobleme der Frauen dort?

Unsere Ortschaft Küçükdikili wurde durch die starke Zuwanderung seit Anfang der 90er Jahre geprägt. Deswegen stellen die ökonomischen Schwierigkeiten eines der Hauptprobleme dar. Außerdem sind die Frauen wegen ihrer geringen Alphabetisierungsrate in ihren Arbeitsmöglichkeiten eingeschränkt. Es sind in erster Linie Frauen und Kinder, die von ökonomischen Schwierigkeiten betroffen sind. Weil die Region Çukurova Ackerbaugebiet ist, arbeiten 60 % aller Frauen aus unserer Ortschaft täglich über 12 Stunden unter schwierigen Bedingungen für geringen Lohn in der Landwirtschaft.

Auch Gewalt stellt in allen Gesellschaftsschichten ein Problem für uns dar. Aber wir haben nicht genügend Informationen über den Umfang und die Formen dieser erlebten Gewalt. Bei uns schämt sich nicht derjenige, der Gewalt anwendet, sondern diejenige, die Gewalt erfährt. Der Täter wird gedeckt und die Frau, die Gewalt erfährt, bemüht sich sehr, es zu vertuschen. Auch in unserer Ortschaft sind es leider die Frauen und Kinder, die Gewalt erfahren. Mit den Auswirkungen innerfamiliärer Gewalt werden wir in der Schule und in anderen Lebensbereichen konfrontiert.

Wie arbeitet Ihr Verein gegen diese Probleme an?

Unser Verein hat Themen wie Gewalt, Bewältigung von Gewalt, Gesundheit, Hygiene und Recht mit Seminaren, Diskussionsveranstaltungen und Unterhaltungsprogrammen zur Diskussion gestellt, um bei den Frauen die Wahrnehmung zu schärfen und das Bewusstsein weiterzuentwickeln. Um zum Haushaltseinkommen der Frauen beizutragen, haben wir mit der Unterstützung des Bildungsministeriums annähernd 200 Frauen Kurse in Schmuckherstellung, Nähen, Maschinenstricken und das Erlernen des Friseurberufes ermöglicht. Danach erhielten die Frauen Zertifikate. Für Frauen und Mädchen, die aus unterschiedlichen Gründen keine Schule besuchen konnten, haben wir Alphabetisierungskurse in zwei Stufen angeboten, und auch diese am Schluss mit Zertifikaten. Junge Frauen, die aus Flucht- oder anderen Gründen nicht zur Schule gehen konnten, versuchen wir zur Teilnahme am Kurs der 2. Stufe zu bewegen, um sie in ihrer Schulbildung zu fördern und darin zu unterstützen. Wir bieten 35 Mädchen Kurse in Mathematik, Geschichte und Englisch an, um sie für die Universitätsprüfungen vorzubereiten, ferner Mathematik- und Englischkurse für 87 Mädchen in der Grundschule.

Wie wirkt sich Ihre Vereinsarbeit auf das alltägliche Leben der Frauen aus? Haben Sie damit Veränderungen in Ihrer Ortschaft erreicht?

Das wichtigste Resultat, das wir bei den Frauen, die an unseren Seminaren und Kursen teilnehmen, erzielt haben, ist ihre veränderte Sichtweise auf die

Gewalt, und dass sie die Gewalt nicht mehr nur begrenzt mit der physischen Gewalt verbinden. Frauen, die an unseren Berufsorientierungskursen teilnehmen, erzählen uns, dass sie zum Haushaltseinkommen beitragen und somit ökonomisch, wenn auch nur ein wenig, aufatmen können. Leider wird in unserem Ort nicht viel Wert darauf gelegt, dass Mädchen zur Schule gehen. Mit den Nachhilfekursen hat sich die Leistung der Schülerinnen gesteigert und wir führen mit den Familien Gespräche, damit sie auch weiterhin zur Schule gehen können.

Wie viele Frauen arbeiten im Verein?

Wir sind fünf Frauen, von denen nur zwei Vollzeit arbeiten, die anderen drei Teilzeit.

Wie finanziert sich der Verein, nutzen Sie EU-Fonds?

Leider haben wir bislang EU-Fonds nicht nutzen können, weil unsere Region in diesem Punkt kein Glück hat. Meist sind es andere Regionen, die welche erhalten. Wir versuchen, uns über die Spenden unserer Mitglieder zu finanzieren. Während wir Frauenarbeit leisten, sind wir auch gezwungen, mit dem Hauptproblem der Frauen, mit den wirtschaftlichen Schwierigkeiten, zu kämpfen.

Arbeiten Sie mit ähnlichen Fraueneinrichtungen zusammen? Wenn ja, wie sieht solch eine Zusammenarbeit aus?

Mit Fraueneinrichtungen in Adana gibt es eine Zusammenarbeit sowohl bei periodischen als auch bei punktuellen Problemen.

Welche Schwierigkeiten haben Sie als Verein?

Unsere Schwierigkeit besteht darin, dass wir nicht ausreichend Projekte entwickeln können, um die Arbeitsmöglichkeiten der Frauen zu fördern.

Was ist Ihr Projekt für das Jahr 2008?

Wir möchten ein neues Projekt gegen Gewalt an Frauen und zur Bekämpfung von Gewalt entwickeln, unsere Seminare und Veranstaltungen noch systematischer gestalten und möglichst alle Frauen in unserer Ortschaft erreichen. Außerdem wollen wir unsere Angebote im Bereich Kunst und Kultur noch stärker ausweiten. Wir zielen darauf ab, die Anzahl der Mädchen, die zur Schule gehen, zu erhöhen, so dass es kein einziges Mädchen mehr gibt, das nicht zur Schule geht. Noch stärkere Projekte zur Förderung und Entwicklung der Fähigkeiten der Frauen (bezogen auf Arbeitsmöglichkeiten) zu entwickeln, ist ebenfalls ein Ziel von uns. Wir werden auch bewusstseinsbildende Seminare über den Frauenkampf anbieten.

Wie können europäische Fraueneinrichtungen oder Organisationen Sie unterstützen, wenn sie es wollten?

Eines unserer größten Probleme besteht darin, Projekte zu entwickeln oder Kontakte zu anderen Fraueneinrichtungen herzustellen, mit denen wir gemeinsam arbeiten können. Meist stehen wir mit Einrichtungen aus der Region in Kontakt, was auch richtig ist. Aber es gibt Frauen in unterschiedlichen Regionen der Türkei, die aufgrund der Flucht Probleme haben. Sie können uns bei Projekten zu den Themen „Flucht und Fluchtwirkung“, „Kampf gegen die Gewalt“ oder „berufsorientierte Schulungen“ behilflich sein. Ich möchte an dieser Stelle einen Appell an alle Frauenorganisationen und -einrichtungen richten. Wir sind bereit, bei allen Projekten zur Frauenarbeit mitzuarbeiten. ♦

„Weil ich den Schmerz nicht vergessen kann …“

Emine Koca wurde vor 48 Jahren als 14-Jährige mit einem 75-jährigen Mann verheiratet, der bereits fünf Ehefrauen hatte. Heute kämpft sie für die Rechte von Frauen. „Weil ich den Schmerz nicht vergessen kann, der mir angetan worden ist, nehme ich an allen Frauenaktivitäten teil. Frauen und Männer müssen die gleichen Rechte haben“, erklärt die heute 62-Jährige. „Die kurdische Bewegung hat mit dem reaktionären Denken aufgeräumt.“

Von ihrem Leben erzählt Emine Koca, dass sie für 4 000 Türkische Lira Brautgeld als sechste Frau mit einem reichen Mann in Mardin verheiratet wurde. Noch am Tag ihrer Eheschließung vor einem Imam dachte sie, ihr künftiger Ehegatte sei der Imam selbst. Von den fünf weiteren Ehefrauen erfuhr sie erst nach der Heirat. Dass ihren Töchtern das gleiche Unrecht widerfährt, hat sie nicht zugelassen.

In den letzten Jahren sei durch den Einfluss der kurdischen Bewegung die Anzahl derartiger Eheschließungen stark zurückgegangen, so Emine Koca. „Ein wohlhabender Mann aus Mardin wollte mich heiraten. Damals war der Brautpreis 1 000 TL. Mein Vater forderte 4 000 TL. Ich erfuhr erst eine Woche später davon, dass mein Vater mich für 4 000 TL weggegeben hatte. Der Gedanke, dass ich mein Leben mit einem 75-jährigen Mann teilen musste, als ich selbst noch im Spielalter war, erschreckt mich noch immer. Bei der Verheiratung meiner Töchter frage ich sie als erstes nach ihren Wünschen.“

Zunächst habe sie auch gar nicht begriffen, was es bedeute, dass ein Mann mehrere Frauen habe. „Meine Familie hat mir nichts davon gesagt. Ich erfuhr erst später, dass der Mann bereits fünf Frauen hatte. Ich war ja noch ein Kind und konnte das Unrecht gar nicht erfassen, das mir da angetan wurde. Es hieß nur, das sei nun mal mein Schicksal. Dabei hatte ich davon geträumt, jemanden zu heiraten, den ich liebe.“ Deshalb beteilige sie sich auch an allen Aktionen der kurdischen Frauenbewegung: „Es muss endlich Schluss sein damit, dass Frauen als Wesen betrachtet werden, die für Männer erschaffen worden sind.“

Quelle: DIHA, 27.01.2008, ISKU

Bewertung des Jahres 2007 der *Bewegung Freie Frauen Kurdistans*

In allen Lebensbereichen eine eigene Organisierung schaffen

Elif Ronahî, Koordinationsmitglied der PAJK (Partei der Freiheit der Frauen Kurdistans)

Um das neue Jahr zu beginnen, ist es wichtig, das vergangene mit all seiner politischen, organisatorischen, ideologischen und praktischen Realität zu analysieren.

Wie verlief das Jahr 2007 für die *Bewegung Freie Frauen Kurdistans*? Was waren unsere Ziele und inwieweit haben wir sie erreichen können oder nicht? Als Frauen führen wir diese Diskussion überall, wo wir organisiert sind.

Unsere Bewegung war 2007 einem Angriffskonzept ausgesetzt, mit dem sie niedergerungen, zur Kapitulation gezwungen und vernichtet werden sollte. Es ist wichtig, die Haltung der Frauenbewegung gegen dieses Konzept im gesellschaftlichen und ideologischen Bereich sowie im Bereich der Selbstverteidigung zu analysieren. Überall in Kurdistan fand ein militärischer, politischer, psychologischer und ökonomischer Angriff gegen die kurdische Freiheitsbewegung statt. Es war ein Jahr mit einer neuen Etappe des internationalen Komplottes gegen unseren Vorsitzenden, gegen das kurdische Volk und gegen unsere Bewegung in Form eines totalen Krieges. Zweifellos hatten diese Angriffe unseren Vorsitzenden zum Ziel. Als der Giftanschlag gegen ihn aufgedeckt werden konnte, war klar, dass das internationale Komplott in veränderter Weise noch immer andauert.

Längst war uns die staatliche Politik der Türkei bekannt, unseren Vorsitzenden politisch, sozial, seelisch und psychisch zu vernichten. Aber diesmal war er einem physischen Angriff ausgesetzt. Der Giftanschlag wurde aufgedeckt und das kurdische Volk, das im Vorfeld zu Millionen unseren Vorsitzenden als seinen politischen Repräsentanten öffentlich deklariert hatte, zeigte mit seinen Aktionen unmissverständlich, dass es diesen Angriff nie hinnehmen wird.

Das Antifolterkomitee des Europarates (CPT) sah sich nach dem Todesfasten der Kurdinnen in Europa Ende Mai zu einem Besuch auf der Gefängnisinsel Imralı gezwungen. Obwohl jedoch inzwischen mehr als acht Monate vergangen sind, wurden seine Untersuchungsergebnisse noch immer nicht veröffentlicht. Dies zeigt, dass auch das CPT in irgendeiner Weise in das internationale Komplott eingebunden ist. Seine bisherige Haltung kann als der Versuch bezeichnet werden, unser Volk und unsere Bewegung hinzuhalten. Wäre dem nicht so, hätte es längst die Ausmaße der Vergiftung bekannt gegeben. Unser Volk, unsere Bewegung und unsere Guerilla haben diesbezüglich ernsthafte Zweifel und sind besorgt.

Aktionsphase zum Schutz Abdullah Öcalans

Die Frauenbewegung leitete eine umfassende Aktionsphase ein, um das Leben unseres Vorsitzenden zu schützen und die Gefahr abzuwenden. Diese Phase begann mit der Kampagne „ÊDÎ BES E“ [*„Es reicht“*]. Aber bislang konnte die Gefahr für unseren Vorsitzenden nicht völlig gebannt werden. Die Aktionsphase der kurdischen Frauen gegen den Giftanschlag dauert an. Auch die Guerillakämpferinnen haben sich mit einem starken Widerstandsgeist an der Kampagne beteiligt.

Die Realität der militanten Freiheitskämpferinnen bedeutet, zu jeder Selbstlosigkeit bereit zu sein, wenn es um das Leben unseres Vorsitzenden geht, den wir als unseren Garanten für die Freiheit verstehen. Im vergangenen Jahr haben wir in diesem Sinne heftigen Widerstand gegen die unzähligen Militäroperationen der Türkei und des Iran geleistet.

Unsere Kräfte der YJA-Star[1] führten zahlreiche Selbstverteidigungsaktionen durch. Nach der parlamentarischen Bevollmächtigung der Regierung zu grenzüberschreitenden Operationen zeigte unsere Frauenbewegung eine unmissverständliche Widerstandshaltung, analysierte die geistigen, psychischen und militärischen Auswirkungen der Operationen und organisierte sich entsprechend.

Reuegesetz des türkischen Staates

Das Reuegesetz, das der türkische Staat erneut auf die Tagesordnung brachte, weisen wir auf das Schärfste zurück. Denn die Frauenbefreiungsbewegung ist keine Bewegung, die ihre Befreiungsbestrebungen zu bereuen hätte.

Von einer Bewegung Reue zu erwarten, die sich der Freiheit verschrieben hat, die dem Weg der Befreiung folgt, die ihr Leben dafür einsetzt und einen hohen Preis auf diesem Weg gezahlt hat, ist nichts als Selbsttäuschung. Staat und Armee wären gut beraten, dies endlich einzusehen.

Frauen im Mittleren Osten sind besonders betroffen

Die Bewertung des Jahres 2007 sollte auch aus Sicht der Frauen im Mittleren

Osten erfolgen. Es gab dort einen andauernden Kriegszustand. Für sie war die Lage somit noch tragischer und der von ihnen abverlangte Preis noch höher als sonst.

Hauptstütze des US-Projektes „Großer Mittlerer Osten“ sind die Frauen. Diese Politik führt nicht dazu, dass die Frauen, die im kapitalistischen System zu einer Ware gemacht werden, befreit werden, sondern im Gegenteil: Ziel ist es, die Frauen in das System zu integrieren und mit ihrer Hilfe die Gesellschaft zu zersetzen. Daher gab es auch keinerlei Konzepte, die die Befreiung der Frau gefördert hätten, im Gegenteil.

Vor allem die Frauen waren im Mittleren Osten jeder Art von Angriffen, Gewalt und Vergewaltigung ausgesetzt. Nach wie vor sind Frauen in größter Gefahr. Es ist eine Tatsache, dass sie den höchsten Preis für die ideologische, militärische und gesellschaftliche Politik zu zahlen haben. So wird mit jedem Tag deutlicher, dass die Frauen unter dem gemäßigten islamischen Projekt der AKP verlieren und noch mehr verlieren werden.

AKP und Spezialkriegsführung

Die AKP ist bemüht, in Kurdistan die Errungenschaften unserer Frauenbefreiungsbewegung zu vereinnahmen und sie ihres Inhalts zu berauben. Sie legitimiert die Institutionen Familie und Ehe, die bei der Versklavung der Frauen die größte Rolle spielen. Auf diese Weise sollen Frauen in ihren Häusern ihrem Schicksal überlassen werden. Die Frauenfrage wird auf die Kopftuchfrage reduziert und somit der Freiheitswunsch der Frauen verzerrt.

Die AKP versucht, die Frauen bei der Zersetzung des gesellschaftlichen Gewebes Kurdistans zu benutzen. Sie setzt alle erdenklichen Mittel ein, um Frauen daran zu hindern, in die Berge zu gehen. Wir konnten auch aufdecken, wie sie mit inhumanen Methoden kurdische Jugendliche in ihr Agentennetz zu integrieren versucht, um unsere Bewegung von innen heraus zu vernichten.

Der türkische Staat nutzt schmutzige Praktiken, um kurdische Jugendliche zur Zusammenarbeit mit Armee und JITEM zu verleiten. Er wandte den schmutzigen Krieg während des 30-jährigen Bestehens unserer Befreiungsbewegung immer wieder an, weitete ihn in den letzten Jahren jedoch aus und verschärfte ihn.

Mittels der JITEM versucht der Staat, kurdischer Jugendlicher, vor allem junger Mädchen, habhaft zu werden.

Mitglieder dieser Spezialkriegsführung instrumentalisieren die Gefühle der Mädchen und setzen sie als Agentinnen ein. Auch mit Vergewaltigungen und anderen Gewaltformen wird ihr Wille gebrochen und sie werden so zur Agententätigkeit gezwungen. Die familiären und gesellschaftlichen Werte werden als Waffen gegen sie eingesetzt [*siehe hierzu KR Nr. 134, S. 13 ff.*]. Der Staat will mit dieser schmutzigen Politik Jugendliche – vor allem junge Kurdinnen – davon abhalten, sich der Guerilla anzuschließen. Diejenigen, die in die Falle des Staates tappen, werden dann als Waffe gegen die Freiheitsbewegung eingesetzt.

Der Staat hat in diesem schmutzigen Spiel nichts zu verlieren. Wir als Frauenbewegung bewerten diese Machenschaften des Spezialkriegsorgans JITEM vor allem gegen junge Frauen als Frauenmorde. Die Taktik des Staates und der Armee ist es, Frauen durch Frauen zu bekämpfen.

Lebensgrundlage und Hoffnung werden diesen jungen Mädchen vom Staat vollkommen entzogen und zerstört. Gegen sie wird die gesamte Männlichkeit der Armee eingesetzt. Die patriarchale Armee setzt die physische, seelische und sexuelle Gewalt seiner Spezialkriegskräfte ein. Der Staat schreckt in seinem Kampf auf militärischer, kultureller, ökonomischer und politischer Ebene nicht davor zurück, auch die Sexualität als Kriegswaffe gegen das kurdische Volk zu benutzen.

Die kulturelle und ethische Politik des Staates gegen kurdische Jugendliche ist bekannt. Aber dass nun auch die Männlichkeit und Sexualität ihrer Spezialkriegskräfte als Kriegswaffe zum Einsatz kommt, kann weder unser Volk noch unsere Bewegung hinnehmen. Wir verurteilen diese schmutzige Kriegsführung voller Abscheu. Die Familien einiger dieser jungen Frauen, die als Agentinnen in unsere Reihen eingeschleust worden waren, entschuldigten sich, nachdem sie

Kurdische Mütter treffen CPT

Auch nach 40 Tagen Sitzstreik vor dem Europarat mit der Forderung der Verlegung Abdullah Öcalans in ein anderes Gefängnis und der Ermöglichung einer medizinischen Behandlung schweigt das Antifolterkomitee CPT weiter. Im Gespräch mit einer Abordnung kurdischer Mütter wiederholten Mitarbeiter lediglich, man verfolge die Situation Öcalans, sei aber nicht befugt, die gesundheitlichen Atteste zu veröffentlichen.

Bei dem Treffen mit dem CPT-Generalsekretär Trevor Stevens wurden von der stellvertretenden Vorsitzenden des kurdischen Frauenbüros „Cenî“, Songül Karabulut, in Begleitung von zwei kurdischen Müttern von Medizinern gesammelte Unterschriften übergeben. Die Unterschriftenkampagne war am Internationalen Menschenrechtstag am 10. Dezember gestartet worden. Unterschrieben hatten Ärzte, die die Wahrung des Rechts auf Leben und Gesundheit forderten. Die Kampagne dauert laut Karabulut weiter an.

Die Frauenabordnung forderte weiterhin erneut die Veröffentlichung der Untersuchungsergebnisse zu Abdullah Öcalans Gesundheitszustand, wie Songül Karabulut nach dem Treffen angab. „Wir sind gegen die Haftbedingungen von Abdullah Öcalan, weil er ein Mensch ist und als solcher über Rechte verfügt. Darüber hinaus aber wird unter diesen Bedingungen auch eine Lösung der kurdischen Frage verhindert. Für uns ist die Rolle Öcalans in der Frauenfrage wichtig. Deshalb sind bei Aktionen auch meistens Frauen in den vordersten Reihen. Wir machen uns Sorgen wegen der Vergiftung Öcalans. Seine Gesundheit ist uns sehr wichtig.“

Generalsekretär Stevens habe lediglich erklärt, Öcalan sei der am stärksten beobachtete Gefangene weltweit, bei einer eventuell auftretenden Situation treffe man die notwendigen Maßnahmen, aber eine Veröffentlichung des Attestes sei der Türkei vorbehalten.

Quelle: ANF, 15.02.2008, ISKU

dies erfahren hatten, öffentlich vor dem kurdischen Volk und unserer Bewegung und entlarvten diese staatlichen Maßnahmen.

Die Klarheit der Frauenbewegung in ihrer ideologischen und organisatorischen Haltung spielte eine große Rolle bei der Aufdeckung. Die Kultur des freien Lebens der Frauen sowie ihre Maßstäbe bei Akzeptanz und Ablehnung führten zum Scheitern dieser vagen, den Werten der Frauen fernen Haltungen.

Durchführung des 3. Frauenkongresses

Eine unserer wichtigsten Tätigkeiten als Frauenbewegung war im vergangenen Jahr die Durchführung des 3. Frauenkongresses. Dabei sollten das System der KJB[2]-Organisierung in allen Bereichen der Frauenarbeit umgesetzt und der KJB gestärkt werden. Mit dieser Zusammenkunft haben wir eine starke Entschlossenheit entwickelt.

Nach dem Kongress arbeiteten wir sehr viel an der praktischen Umsetzung dieser Entschlossenheit. Bis Ende 2007 ging es uns darum, das System des KJB weiterzuentwickeln, es inhaltlich noch zu stärken, den gesellschaftlichen Arm zu entfalten, die Basis der Freiheit der Frauen, die gesellschaftliche Basis, zu entwickeln, die Frauenräte aufzubauen, damit die Frauen ihre Probleme noch gründlicher diskutieren und Lösungen für ihre Probleme ausarbeiten.

Auch haben wir sehr intensive ideologische Arbeit geleistet, damit die Auswirkungen der geschlechtsspezifischen Unterdrückung der Frauen in der Gesellschaft überwunden werden und der freie Wille und das Niveau der Beteiligung der Frauen sich entfalten können.

Linie der Selbstverteidigung

Aus Sicht der YJA-Star wurde eine starke Widerstandshaltung entwickelt. Auf allen Bergen Kurdistans wurden geeignete Stellungen bezogen.

Somit haben Frauen entsprechend der Linie der Selbstverteidigung 2007 ihre starke Position eingenommen und sich bemerkbar gemacht. Viele erfolgreiche, von Frauen organisierte Aktionen wurden ausgeführt, gegen die mit enormer technischer Ausrüstung und chemischen Waffen durchgeführten Militäroperationen des türkischen Staates eine effektive Widerstandslinie wahrgenommen.

Bei den Gefechten in Dersim und Botan haben wir sehr wertvolle Genossinnen verloren. Genossin Gülbahar, die seit fünfzehn Jahren in der Guerilla gekämpft und eine wichtige Rolle bei der Gründung der Frauenarmee gespielt hatte, fiel in Gabar. Die Freundin Roza Mardin, seit dreizehn Jahren Guerillakämpferin, und die Freundin Delila, die das Leben als Guerillakämpferin mit ihrer Kunst vereint hatte[3], und viele andere Genossinnen fielen 2007. Sie hatten heldenhaften Widerstand geleistet.

Diese wertvollen Genossinnen sind für unseren Kampf eine große Motivation. Wenn der türkische Staat, statt nach einer Lösung zu suchen, an den militärischen Angriffen festhält – und das ist leider die Realität –, so werden wir uns als Frauen zu verteidigen wissen. So, wie wir unsere Entschlossenheit im Jahre 2007 gezeigt und bewiesen haben, so werden wir sie auch in diesem Jahr beweisen.

Denn uns wird keine Alternative gelassen. Für die PAJK[4], bedeutender Teil des KJB, stand 2007 die Praxis im Vordergrund. In diesem Sinne wurden wichtige Schulungen, Aufklärung, Pressearbeit geleistet. Es ging auch darum, die PAJK in allen Arbeitsbereichen in Form von Komitees aufzubauen und sich zu institutionalisieren.

In diesem Sinne können wir sagen, dass die Ziele, die sich die Frauenbewegung 2007 auf dem Kongress gesetzt hatte, zum größten Teil mit Erfolg umgesetzt wurden. Dazu gehören z. B. die Stärkung des eigenen Systems, Weiterentwicklung und Verstärkung im Bereich der Verteidigung sowie die Entwicklung im gesellschaftlichen Bereich und auch die Parteiwerdung.

YJA organisiert sich in allen vier Teilen Kurdistans

Der YJA[5] stellt den gesellschaftlich-politischen Arm unserer Frauenbefreiungsbewegung dar. Er organisiert sich in allen vier Teilen Kurdistans sowie in Europa. Er hat die Aufgabe, sich mit den Problemen der Frauen in der Gesellschaft zu befassen und Lösungswege zu ebnen. Unsere Bewegung hat einen bemerkenswerten Weg im Kampf gegen die in der kurdischen Gesellschaft noch immer vorherrschende Rückständigkeit sowie gegen die geschlechtsspezifische gesellschaftliche Realität zurückgelegt.

Aber unsere Bewegung ist sich auch bewusst, dass noch ein langer Weg vor ihr liegt. Es ist schwierig und bedarf einer großen Willenskraft, um gegen die geschlechtsspezifische gesellschaftliche Realität, die die Frauen geradezu erstick en lässt, anzukämpfen. Wir haben ein Jahr hinter uns, in dem wir die Organisation gestärkt und sie damit zu einer Waffe im Kampf gegen diese Realität geschmiedet haben.

Regionale Organisierung der Frauen gestärkt

Unsere gesellschaftliche Organisierung ist im Vergleich zu früher stärker. Aber wir haben noch nicht die Ebene erreicht, den Problemen der Frauen, die sie aufgrund der gesellschaftlichen Rückständigkeit und patriarchalen Unterdrückung erleiden, vollkommen angemessen zu begegnen. Aber wir sind weiterhin sehr bemüht darum. Die Tatsache, dass die regionale Organisierung der Frauen gestärkt wurde, schafft die Möglichkeit, dass die Frauen für die Probleme eigene Lösungswege finden.

Die Frauen in der Gesellschaft benötigen dringend eine eigene originale Basis, von der aus sie sich frei artikulieren können. Eine Basis, auf der sie ihr Wesen als Frauen und ihre im Verborgenen ruhenden weiblichen Werte ans Tageslicht bringen, auf der sie ihre Geschlechtsidentität, der sie entfremdet wurden, annehmen und ihre Psychologie der Minderwertigkeit überwinden können. Sie können dann ihre Kreativität neu entdecken und ihre verloren gegangenen Fähigkeiten wiedergewinnen.

Diese eigene Basis wird die Frauen dem geistigen und psychischen Druck der Männer entziehen und sie werden ihre eigene Persönlichkeit erkennen.

Ausgehend von der eigenen Erfahrung unserer Freiräume will die Frauenbewegung Projekte entwickeln, mit denen ähnliche Freiräume für die Frauen in der Gesellschaft geschaffen werden können.

Aufbau von Frauenräten

Es ist lebenswichtig, dass Frauen in allen Lebensbereichen ihre eigene Organisierung schaffen, Räume, in denen sie sich selbst organisieren, die eigenen Probleme diskutieren und Lösungen entwickeln. In diesem Sinne war ein Hauptanliegen die Gründung der Frauenräte.

Die Frauenräte wurden in einigen Bereichen schon aufgebaut, in anderen hat die Aufbauarbeit begonnen. Sie sollen Räume sein, in denen die Frauen alle sie betreffenden Probleme behandeln und mit freiem Willen Lösungen entwickeln können. Daneben sollen die Frauenräte die Aufgabe haben, den Frauen ihre ungeschriebene Geschichte zu vermitteln, und die Möglichkeit geben zu beginnen, die Geschichte ihrer Befreiung niederzuschreiben.

Es werden Freiräume sein, in denen die Frauen neben der Erlangung ihres Geschichtsbewusstseins lernen, ihr eigenes Geschlecht näher kennen zu lernen, zu erfassen, dass ihre Probleme nicht individuell, sondern gemeinsame Probleme aller Frauen sind. Frauen lernen, das eigene Geschlecht zu lieben und zu respektieren. Sie erkennen, welch ein Potential sie besitzen, um die Werte der Frauen zu stärken.

Die dritte Funktion der Räte besteht darin, dass Frauen sich nicht nur mit den Problemen befassen, denen sie aufgrund ihrer Geschlechtszugehörigkeit begegnen, sondern sie sind zugleich eine Kampfperspektive gegen die herrschenden Regime.

Wenn Frauen sich allein auf Frauenthemen beschränken, so ignorieren sie die Vorkämpferrolle bei der gesellschaftlichen Transformation. Aus diesem Grunde ist es wichtig, den Frauenbefreiungskampf zusammen mit dem gesellschaftlichen Freiheitskampf zu führen.

Frauen, die sich in allen Bereichen in Frauenräten und -kommunen organisieren, sich darin weiterbilden, die die eigenen Probleme mit ihrem eigenen freien Willen lösen, die die eigenen Gesetze bestimmen, werden sich nicht gegenüber Gesetzen der patriarchalen Gesellschaft und männerbeherrschten Macht schwach fühlen. Vor diesem Hintergrund hat die Organisierung für die Frauen Priorität. Organisiert sein heißt stark sein und sich stark fühlen.

Es ist nicht nur das Gefühl, sich stark zu fühlen, sondern es ist auch die Erlangung der Initiative, die eigenen Beschlüsse umzusetzen. Zum Beispiel: In einem Stadtteil oder einem Wohnviertel wird eine Frau sexuell belästigt, vergewaltigt oder einer anderen Art von Gewalt ausgesetzt. Die Frauen in diesem Stadtteil oder Wohnviertel müssen zusammenkommen und Alarm schlagen. Sie müssen gemeinsam eine Sanktion gegen den Täter beschließen. In einem solchen Fall gibt es keine Kraft, die den Mut hätte, sich dagegen zu stellen.

Es heißt ja, dass in der Einheit und Organisierung Kraft entsteht. Eine einzelne Frau ist vielleicht nicht in der Lage, gegen die Unterdrückung und Gewalt Widerstand zu leisten. Sie wird das Erlebte wahrscheinlich herunterschlucken und so an einen Punkt gelangen, an dem sie zu ersticken droht. Aber wenn sie mit anderen Frauen gemeinsam handelt, die Probleme teilt, Lösungen entwickelt, so wird sie auch die Kraft verspüren, Widerstand zu leisten und sich dagegen zu wehren.

Das Niveau des Erfolgs der Frauenbefreiungsbewegung im ideologischen, gesellschaftlich-politischen Bereich sowie im Bereich der Selbstverteidigung hängt sehr stark vom Engagement der Kader dieser Bewegung ab.

Wie auch unser Vorsitzender sagte, ist es im gegenwärtigen Herrschaftssystem nicht möglich, alle Frauen gleichzeitig zu erreichen und sie zeitgleich zu befreien.

Folglich ist es wichtig, mit den Frauen, die eher mit dem Freiheitskampf in Kontakt treten und die bereit sind, ihr Leben für die Freiheit einzusetzen, eine Organisierung zu beginnen. In den Reihen der Frauenbefreiungsbewegung gibt es ausreichend Frauenkader, die das entsprechende Bewusstsein haben, um die Frauen in der Gesellschaft für die Freiheit organisieren zu können.

Ziele und Aufgaben für das Jahr 2008

Zuletzt möchte ich kurz auf unsere Ziele und Aufgaben für das Jahr 2008 eingehen. Wir müssen unsere Planung daran ausrichten, dass die Haft- und Gesundheitsbedingungen unseres Vorsitzenden, die gegenwärtig eine große Bedrohung darstellen, verbessert werden. Des Weiteren ist es unsere Aufgabe, dafür zu arbeiten, dass das konföderale System weiterentwickelt und die demokratische Autonomie umgesetzt wird. Wir müssen unseren Widerstand und unseren Kampf für einen würdigen Frieden ununterbrochen fortführen. Entgegen der Verleugnungs- und Vernichtungspolitik ist es unsere Aufgabe, die demokratische nationale Union zu entwickeln und zu fördern. Auch ein tiefgreifender ideologischer Kampf gegen die geschlechtsspezifische Unterdrückung in der Gesellschaft wird unsere Hauptaufgabe für das Jahr sein. ♦

Fußnoten:
1) YJA-Star: bewaffnete Selbstverteidigungsorganisation des KJB
2) Koma Jinên Bilind: Hoher Frauenrat, Dachorganisation der Frauenbewegung
3) Delila, eine bekannte Sängerin: http://www.hpg-online.net/video_klip/dimen_stran_gerila.html
4) Partiya Azadiya Jinên Kurdistan: Partei der Freiheit der Frauen Kurdistans
5) Yekitiya Jinên Azad: Verband der Freien Frau

Türkische Regierung plant und baut eine Reihe von Megastaudämmen am Çoruh

Verzweiflung steht den Anwohnern ins Gesicht geschrieben

Christine Eberlein, Erklärung von Bern, Schweiz

Anfang Oktober besuchte Christine Eberlein von der EvB die Regionen rund um Yusufeli und Ilisu im Norden und Süd-Osten der Türkei. Beide Gegenden sollen von großen Staudämmen überflutet werden, an deren Bau und Finanzierung auch die Schweiz beteiligt ist. Ein Augenzeuginnenbericht von Christine Eberlein, Erklärung von Bern (EvB), Schweiz



Das fruchtbare Land soll überflutet werden Foto:EvB

Der Çoruh-Fluss bildet die südliche Grenze der Kackkar-Berge im Nord-Osten der Türkei, die ins Schwarze Meer münden. Die 4 000 Meter hohen Berge blockieren die warme Luft aus dem Mittelmeerraum und ermöglichen zwischen den steilen Felskluften ein einzigartiges Mikroklima. Inmitten dieser wilden Felslandschaft öffnen sich fruchtbare Täler: Das Zentrum der Gegend ist der Marktort Yusufeli, der im Winter rund 7 000 Einwohner zählt, im Sommer aber bis zu 100 000 Menschen, wenn ausgewanderte Familien der Ferien halber zurückkommen. Auch bei Naturfreunden ist Yusufeli bekannt. Der Çoruhfluss zählt zu den fünf weltbesten Raftingstrecken und im Kackkargebirge kann man herrlich wandern. Etliche Burgen und frühchristliche georgische Kirchen locken Kulturtouristen an.

27 Dämme für ein kleines Tal

Doch das kleine Paradies zwischen den hohen Bergen ist bedroht: Die türkische Regierung plant und baut eine Reihe von Megastaudämmen am Çoruh. Drei Dämme flussabwärts sind bereits fertig gestellt, sieben weitere sind geplant und siebzehn sollen später folgen. Herr Ayden, der Leiter der türkischen Baufirma Doğus, erläutert, dass der geplante Yusufeli-Staudamm dabei eine Schlüsselrolle spielt. 70 % der Energie aus den Kraftwerken am Çoruh-Fluss können nämlich nur während den Frühjahrsfluten von März bis Mai gewonnen werden. Durch den Bau des Yusufeli-Reservoirs wird ein konstanter Wasserabfluss möglich, der einen zusätzlichen Energiegewinn von 160 Megawatt pro Damm bewirkt. Das Kraftwerk alleine soll zusätzlich 1,7 Gigawatt Strom pro Jahr produzieren. Die Dammmauer soll 270 Höhe betragen und auf einer Strecke von 60 km 33 km² Land überfluten.

Medien unter Kontrolle des Baukonzerns

Wieder einmal hat die schweizerische Niederlassung von Alstom gemeinsam mit Alstom Frankreich Aufträge für Generatoren, Turbinen und elektrische Arbeiten erhalten. Zur Absicherung des Auftrags haben sie Exportrisikoversicherungen in Frankreich und der Schweiz beantragt. Der Schweizer Bundesrat hatte Ende Dezember 2006 bereits einem grundsätzlichen Antrag stattgegeben. Er will jedoch erst endgültig entscheiden, wenn Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) und Umsiedlungspläne nach internationalen Standards vorliegen. Nach türkischen Gesetzen ist das jedoch nicht nötig. 2002 waren internationale Baufirmen wegen fehlenden Umweltverträglichkeitsprüfungen und schweren Bedenken aus dem Projekt ausgestiegen. Premierminister Erdoğan sprach die Bauvorhaben daraufhin dem mächtigen türkischen Großkonzern Doğus zu. Diesem gehören auch die bedeutendsten türkischen Medien an, die Kritik am Projekt ist deshalb in der Öffentlichkeit verstummt. Das neue Baukonsortium ließ immerhin Umweltstudien erstellen, die jedoch nicht die von der Weltbank verlangten Kriterien für eine Umweltverträglichkeitsprüfung erfüllen. Die Studien führen auf, dass 21 bedrohte Pflanzenarten in der Region vorkommen, wovon zwei Sorten nur in Yusufeli beheimatet sind. Auch zwölf Tierarten und zwei Fischarten wären vom Aussterben bedroht. Doch Abfederungsmaßnah-

„Alle Familien haben fruchtbare Gärten und sind auf die drei jährlichen Ernten angewiesen. In der Höhe gibt es kein Land und kein Wasser, es wird nichts wachsen“, so Rechtsanwalt Recep Akyürek

men wurden nur für die bedrohten Steinböcke vorgesehen. Die Erhaltung der Biosphäre ist der türkischen Regierung ebenso gleichgültig, wie das Schicksal der betroffenen 12 000 Menschen. Ein konkreter Umsiedlungsplan fehlt nach wie vor.

Eine Steinwüste als Alternative

Gespräche mit der lokalen Bürgerbewegung „Kulturverein Yusufeli" brachten immer wieder hervor, dass die verantwortliche türkische Dammbaubehörde DSI die Bedürfnisse der betroffenen Menschen ignoriert. Zwar wurden 2006 Informationsveranstaltungen durchgeführt, doch sobald wichtige Fragen auftauchten wie „Wo sollen wir hinsiedeln" oder „Wie viel Geld bekommen wir für unsere Felder und Häuser" etc. wurde die Diskussion abgeklemmt. Eine Informationstafel mit einer Karte sorgt angeblich für Transparenz. Darauf sind geplante Einfamilienhäuser für Umgesiedelte zu sehen, ansonsten steiniges und graues Gebirge. Ein Witz? Nein, die Behörden sehen vor, die Einwohner von Yusufeli und den umliegenden Dörfern bis tausend Meter weiter oben in den felsigen Regionen anzusiedeln. Die Verzweiflung steht den Anwohnern ins Gesicht geschrieben. Kommt der Staudamm, fürchten sie auf dem Bergrücken nicht überleben zu können. Jetzt leben sie vom Reisanbau und dem Ertrag ihrer fruchtbaren Obst- und Gemüsefelder. Dort gibt es kein Wasser und keine Erde. Sie wären daher gezwungen, Geldentschädigungen zu wählen. Aber wohin sollen sie ziehen? Und die Erfahrungen der Betroffenen der bereits gebauten Staudämme Deriner und Boratlı am Çoruh zeigen, dass das Geld nicht einmal reichte, um anderswo neues Land zu kaufen.

„Keine Panik, wir schütten Land in den neuen Gebieten auf", behaupten die türkischen Vertreter des Ministeriums für Wasserkraft und üben Druck auf die Schweiz und Frankreich aus, die Zusagen für die Exportkredite so schnell wie möglich zu geben. Die Erklärung von Bern (EvB) vermutet, dass die Türkei nicht die Absicht hat, die betroffenen Menschen umzusiedeln, sondern sie mit geringen Geldentschädigungen abzuspeisen. Dies widerspricht grundsätzlich den Richtlinien der Weltbank, die laut Bundesrätin Leuthard eingehalten werden sollen.

Behiye Kepti – Dorf Suçeken, Provinz Batman:
Sie wollen uns von unserer Kultur, Traditionen und Heimat losreißen. In unserem Dorf kennen sich alle Menschen untereinander. Wenn der Staudamm kommt, müssen wir weg und wir werden nie zusammenkommen können. Vor 40 Jahren wurden wir sowieso an den jetzigen Ort umgesiedelt (*von den alten Höhlenwohnungen einige Hundert Meter weiter oben, Anm. des Übersetzers*), wir haben uns ja noch nicht mal daran gewöhnen können. Wenn wir nun wegziehen müssen, wodurch wir leiden und verarmen werden. Wir wollen so was nicht erleben. Den Staudamm lehnen wir ab. Unsere Stimme soll die ganze Welt erhören.

Cumhur Aydın – Dorf Yazıcı, Provinz Siirt:
Wir möchten nicht den Ort verlassen, wo wir aufgewachsen sind. Wir wollen nicht, dass die Gebeine unserer Vorfahren im Wasser begraben werden. Das Ziel ist es, die Region von Menschen zu leeren. Die kurdische Frage spielt eine wichtige Rolle. Die Bevölkerung soll in die Städte eingeschlossen werden. Weil in der betroffenen Region die meisten Ländereien keine Landtitel haben, wird es zu Staatsbesitz erklärt, womit der Staat von großen Ausgaben entlastet wird. Trotz allem ziehen wir einen Tag hier einem Tag in der Stadt vor. Wir wollen nach Ankara, damit unsere Stimme erhört wird.

Hier wie dort das gleiche Bild

Ein Besuch im Dorf Ilisu am Tigris zeigt, dass das Vorgehen der türkischen Dammbaubehörde DSI System hat. Auch hier wurden den Bewohnern große Versprechen gemacht. Doch ohne ihre europäischen Partner zu informieren, startete die Türkei bereits die ersten Enteignungen in fünf Dörfern entlang des Tigris. Auch hier wurde den Familien lediglich ein Platz an einem steinigen, steilen und wasserlosen Hang angeboten, worauf die Enteigneten zwangsläufig die Geldentschädigung wählten. Als die Enteignungsbriefe im März 2007 eintrafen, erfuhren die Betroffenen, dass sie nur die Hälfte des gängigen Preises ihrer Häuser und fruchtbaren Böden bekommen sollen. Daraufhin reichten sie Klagen vor Gericht ein. Die Schweizer Regierung hat im Falle von Ilisu öffentlich beteuert, die Türkei sei ein verlässlicher Partner und die Auflagen, die von der Türkei als Bedingung für die Exportrisikogarantie verlangt wurden, würden in jedem Falle eingehalten ...

Forderung der EvB an die Schweizer Regierung

Im Falle Yusufeli wurde die Exportrisikogarantie in einem ersten Verfahren, aber noch nicht abschließend vom Bundesrat genehmigt. Die EvB fordert deshalb, die Exportrisikogarantie nicht zu genehmigen, solange die Fragen zur Umsiedlung und Einkommenssicherung nicht zufrieden stellend gelöst sind.

Im Falle Ilisu ist die Exportrisikogarantie bereits definitiv gesprochen. Die EvB fordert deshalb, bei den türkischen Projektpartnern eine grundsätzliche Korrektur ihres Vorgehens zu bewirken und die Menschen gemäß den Auflagen angemessen umzusiedeln und zu entschädigen. ♦

Die §§ 129, 129a, 129b dienen der nahezu grenzenlosen Ausforschung

Je demokratischer eine Gesellschaft, umso ...

Britta Eder, Rechtsanwältin

Am 9. Mai 2007 durchsuchten Generalbundesanwaltschaft (BAW) und Bundeskriminalamt (BKA) kurz vor dem G8-Gipfel in Heiligendamm über 40 Räumlichkeiten in Berlin, Bremen, Hamburg und dem Bundesland Brandenburg wegen des Vorwurfs der Bildung einer terroristischen Vereinigung nach § 129a Strafgesetzbuch (StGB). Betroffen waren nicht nur die Wohnungen, sondern auch das linke Kulturzentrum Rote Flora, ein linker Internetserver, ein Buchverlag und verschiedene Arbeitsstellen wie eine Universitätseinrichtung in Bremen und im Hamburger Schauspielhaus. Auch ein paar Tage nach dem G8-Gipfel folgten unter dem Vorwand des § 129a Durchsuchungen durch die Generalbundesanwaltschaft und das Landeskriminalamt Schleswig-Holstein in Hamburg und Bad Oldesloe. Vorgeworfen wurde dieser vermeintlichen Vereinigung die Durchführung dreier Brandanschläge auf Rüstungsfirmen und einen Bundeswehrbus in Schleswig-Holstein. Drei Tage später wurden in demselben Zusammenhang noch bei drei Beschuldigten in Berlin Durchsuchungen durchgeführt. Am 31. Juli verhaftete die Generalbundesanwaltschaft schließlich Florian L., Axel H. und Oliver R., die versucht haben sollen, Bundeswehrfahrzeuge auf dem Gelände der MAN-AG in Brandenburg/Havel anzuzünden. Am gleichen Tag wurden auch Andrej H. festgenommen und die Wohnungen und Arbeitsplätze von drei weiteren Personen in Berlin und Leipzig durchsucht. Der Vorwurf lautet auch hier: „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung gem. § 129a StGB wegen vermeintlicher Mitgliedschaft in der Militanten Gruppe (MG).“ Gegen die vier Betroffenen wurde Haftbefehl erlassen. Sie mussten zum Teil Monate unter Isolationshaftbedingungen in der JVA Berlin-Moabit verbringen, bis der Senat des Bundesgerichtshofs die Haftbefehle aufhob bzw. außer Vollzug setzte, weil der Tatbestand der Bildung der terroristischen Vereinigung nicht erfüllt sei.

Verfahren nach § 129 StGB (Bildung einer kriminellen Vereinigung), § 129a (Bildung einer terroristischen Vereinigung) und neuerdings auch § 129b (Bildung einer kriminellen Vereinigung im Ausland) dienen seit ihrer Einführung der Legitimation nahezu grenzenloser und willkürlicher Ausforschung von links-oppositionellen Strukturen. Ist es sonst erforderlich, dass gegen eine Person der Verdacht vorliegen muss, eine konkrete rechtswidrige Tat begangen zu haben, z. B. eine Körperverletzung oder eine Brandstiftung, so reicht es bei den sog. Vereinigungsdelikten nach §§ 129, 129a und 129b aus, dass mensch angeblich Teil einer Vereinigung ist bzw. sie unterstützt oder für sie wirbt, deren Zweck oder Tätigkeit vermeintlich darauf gerichtet ist, bestimmte Straftaten zu begehen.

Ohne dass es auch nur den geringsten Anhaltspunkt dafür geben muss, dass eine Person an einer konkreten Straftat beteiligt war, wurden diese Tatbestände daher von den Behörden immer wieder dafür eingesetzt, die gesamte Palette von denkbaren Überwachungsmaßnahmen (von der Telefonüberwachung über die Observation bis hin zum großen Lauschangriff) zur Repression gegen Oppositionelle einzusetzen. Dass das Ziel solcher Verfahren also schwerpunktmäßig die Delegitimierung, Kriminalisierung und Ausforschung und nicht die Aufklärung konkreter Straftaten ist, wird noch deutlicher dadurch, dass es in den wenigsten Fällen zu einer Anklage und in noch weniger Fällen zu einer Verurteilung kommt. Die meisten Fälle werden sang- und klanglos eingestellt. Die Repressionsorgane haben aber ihr Ziel erreicht, sie haben Informationen über politische Strukturen und Personen erhoben, gespeichert und ausgewertet, politische Arbeit behindert sowie in das Leben der Betroffenen und ihres politischen, privaten und Arbeitsumfeldes eingegriffen.

Auch im Zusammenhang mit den drei o. g. Fällen bestätigt sich dies. In allen drei Verfahren steht mittlerweile auch juristisch fest, dass in keinem der Fälle der Verdacht der Bildung einer terroristischen Vereinigung jemals bestand. Wie konstruiert und an den Haaren herbeigezogen die Vorwürfe und damit auch wie rechtswidrig das Vorgehen ist, zeigt das Verfahren, in dem die Hausdurchsuchungen kurz vor dem G8-Gifpel stattfanden.

Hier entschied der Bundesgerichtshof mit Beschluss vom 20. Dezember 2007, den er erst am 4. Januar 2008 bekannt gab, dass die vom Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs zuvor angeordneten Durchsuchungen sowie das Beschlagnehmen und Sicherstellen von Gegenständen rechtswidrig waren, weil von Anfang an der Verdacht der Bildung einer terroristischen Vereinigung nicht gegeben war und sogar erhebliche Zweifel an der Bildung einer kriminellen Vereinigung bestehen. Der BGH hat zum einen festgestellt, dass die hier vorgeworfenen Anschläge, die sich allesamt lediglich gegen Sachen richteten, darunter das Gästehaus des Auswärtigen Amtes in

Berlin sowie die Fahrzeuge von Verantwortlichen (Aufsichtsratsmitgliedern und -vorsitzenden) verschiedener Unternehmen sowie Politikern, die von den Handelnden für ökonomische Globalisierung, Armut und Krieg verantwortlich gemacht werden, nicht unter den Begriff des Terrorismus fallen, weil sie nicht geeignet seien, die Bevölkerung auf erhebliche Weise einzuschüchtern oder „die politischen, verfassungsrechtlichen, wirtschaftlichen oder sozialen Grundstrukturen eines Staates oder einer internationalen Organisation erheblich zu beeinträchtigen".

Darüber hinaus hat der Bundesgerichtshof festgestellt, dass auch an der Bildung einer kriminellen Vereinigung bereits erhebliche Zweifel bestehen würden, weil nicht erkennbar sei, dass die Anschläge von ein und demselben Personenkreis begangen worden seien. Er hat damit der Konstruktion von BKA und BAW, die versucht haben, aufgrund von vermeintlichen teilweise inhaltlichen Übereinstimmungen der Bekennerschreiben, die allesamt mit unterschiedlichen Gruppennamen unterzeichnet sind, eine einzige Vereinigung zu konstruieren, eine Absage erteilt. Schließlich äußert der Bundesgerichtshof auch erhebliche Zweifel daran, dass überhaupt eine der Personen in Zusammenhang mit einem der vorgeworfenen Anschläge gebracht werden kann.

Mit einer solchen Entscheidung ist der Alptraum für die Betroffenen aber längst nicht zu Ende. Schon gar nicht erfolgt eine Rückgängigmachung des Geschehenen oder zumindest eine Entschädigung. Einzig konkrete Folge der Entscheidung ist bisher vielmehr, dass das Verfahren nunmehr an die Staatsanwaltschaft Hamburg abgegeben wurde, die über weitere Maßnahmen entscheiden soll; insbesondere auch über die Herausgabe der beschlagnahmten Gegenstände und die bereits jetzt zu erwartende Einstellung des Ermittlungsverfahrens. Dafür muss sie sich aber zunächst in die zuvor produzierte 250 Leitzordner umfassende Akte einlesen. Bis dahin bleiben die Gegenstände weiter in den Händen der Polizei und das Ermittlungsverfahren weiter offen. Zudem wird es nie eine wirkliche Entschädigung für den bei den Betroffenen entstandenen Schaden geben. Die Eingriffe in die Intimspähre, die Rufschädigung als vermeintliche Terroristen bleiben ohne Ausgleich. Was bleibt, ist die Gefahr, bei einem neuen eingeleiteten Ermittlungsverfahren nach § 129a wieder ganz oben auf der Liste der Verdächtigen zu stehen.

Wie leicht es ist, Teil eines solchen Ermittlungsverfahrens zu werden, und wie wenig mensch das selbst beeinflussen kann, zeigt das Beispiel des 3. Ermittlungsverfahrens. Dort fanden ihm Jahr 2002 und 2004 zwei Brandanschläge statt, bei denen das Ermittlungsverfahren gegen unbekannt jeweils eingestellt wurde. In der Nacht zum 17. März 2006 fand in Bad Oldesloe ein Brandanschlag auf sechs Fahrzeuge der Firma „Thormählen Schweißtechnik AG" statt. Das Bekennerschreiben wurde von einer Gruppierung, die sich „Internationalistische Zellen" nennt, unterzeichnet. Das LKA ließ dann bei den Telekommunikationsunternehmen überprüfen, welche Telefonate in diesem Zeitraum im Bereich Bad Oldesloe geführt wurden, wobei sich herausstellte, dass zwei Personen, die vom LKA der linken Szene der Kleinstadt zugeordnet werden, in der Nacht miteinander telefoniert hatten. Der Inhalt der Telefonate ist nicht mehr nachzuvollziehen, nur dass die beiden miteinander telefoniert hatten und zwar innerhalb der Funkzelle Bad Oldesloe, wo beide wohnen. Diese nicht aufschlussreichen Erkenntnisse reichten der Polizei aus, um diese beiden Personen als Beschuldigte für diese und die beiden o. g. Jahre zuvor begangenen Anschläge zu bezeichnen. Schnell wurden dann auch die Personen, mit denen diese wiederum in Kontakt standen, weil sie im gleichen, dem einzigen, Jugendzentrum in Bad Oldesloe aktiv waren und zudem vielleicht auch noch gemeinsam zur Schule gingen, zu Beschuldigten, gegen die Überwachungsmaßnahmen durchgeführt wurden. In diesem Rahmen hörte die Polizei Telefone und Internetverbindungen ab, observierte zahlreiche Personen. Ihre Autos wurden mit Peilsendern versehen, die nicht nur die Bewegungen der Fahrzeuge anzeigen, sondern zudem auch den Innenraum der Fahrzeuge akustisch überwachen. Als zwei Beschuldigte einen solchen Peilsender fanden und eine Anwältin einschalteten, um herauszufinden, von wem dieser stammt, reagierten die Repressionsorgane mit einem Beschluss des Ermittlungsrichters des Bundesgerichtshofs für einen großen Lauschangriff. Das bedeutet die Anordnung der akustischen Überwachung der Wohnung der beiden, während der alles aufgenommen wird, was diese zu Hause reden.

Mit der Zeit werden immer mehr Personen, die in irgendeinem Kontakt mit den Beschuldigten stehen, selbst zu Beschuldigten.

Wie leicht es ist, in den Überwachungskreislauf zu geraten, wenn jemand aus dem Bekanntenkreis bereits überwacht wird, zeigt auch, dass nach den Hausdurchsuchungen in der Roten Flora am 9. Mai eine SMS von einem der bisherigen Beschuldigten mit dem Hinweis auf eine abends stattfindende Spontandemonstration zu erhalten ausreichte, um selbst zum Beschuldigten zu werden. Das kann also eigentlich jedem und jeder und auch zu jeder Zeit völlig unerwartet passieren. Im Rahmen der Akteneinsicht stellte sich dann weiterhin heraus, dass die Repressionsorgane nicht einmal davor haltmachten, die Gespräche der Beschuldigten mit ihren Anwälten oder mit Journalisten abzuhören und inhaltlich auszuwerten, was schlicht und einfach rechtswidrig ist und ein bisher allgemein anerkanntes Tabu war, da gerade diese Bereiche besonders geschützte Vertrauensverhältnisse sind.

Recht und seine Auslegung befinden sich in jeder Gesellschaft in einem Spannungsfeld zwischen der Durchsetzung der Interessen der Herrschenden und dem Schutz der einzelnen Menschen vor staatlicher, wirtschaftlicher oder individueller Willkür. Je demokratischer eine Gesellschaft organisiert ist, umso geschützter sind die Menschen. Im Rahmen des Ausbaus von Innerer und Äußerer Sicherheit, so wie er zur Zeit stattfindet, scheint sich das Recht immer mehr zu einem Instrument zur Durchsetzung der Interessen der Herrschenden zu entwickeln. ♦

„Sozdar, She Who Lives Her Promise“

Filmbesprechung und Interview von Anja Flach

Die zentrale Person des Dokumentarfilms ist Nuriye Kesbir, die sich seit der Mitgliedschaft in der *ArbeiterInnenpartei Kurdistans* Sozdar nennt. Auf Deutsch bedeutet Sozdar: eine, „die ihr Versprechen lebt“.

2001 kam sie aus den kurdischen Bergen in die Niederlande, um in Europa die Diskussion um die Emanzipation der kurdischen Frauen, die Geschlechterfrage und die neue Strategie der PKK mit den KurdInnen in Europa zu führen. Am Flughafen Schiphol wurde sie aufgrund eines Auslieferungsverfahrens der Türkei, die behauptete, Frau Kesbir sei an Anschlägen gegen türkische Soldaten beteiligt gewesen, festgenommen und inhaftiert.

Die Filmemacherin Annegriet Wietsma wurde auf Nuriye Kesbir aufmerksam und begleitete sie viereinhalb Jahre durch diverse Gerichtsverfahren und Gefängnisaufenthalte, bis sie Anfang 2006 nach Kurdistan zurückkehrte.

Einige Monate später reiste Annegriet Wietsma ihr nach, um sie dort zu filmen.

In dem Film stellt Annegriet Wietsma eine Verbindung her zwischen Nuriye Kesbir und Hannie Schaft, Kämpferin des holländischen kommunistischen Widerstands während des Zweiten Weltkrieges. Hier ist sie bekannt als „das Mädchen mit dem roten Haar“. 1945 war sie von den deutschen Faschisten hingerichtet worden. Beide Frauen haben die Freiheit gewählt.

Als Nuriye Kesbir mit 12 Jahren zwangsverheiratet werden soll, weigert sie sich. Später wird ihr Dorf zerstört. Nuriye Kesbir lebt dann in Deutschland.

1988, als Tausende kurdische BewohnerInnen der irakisch besetzten kurdischen Kleinstadt Halabja durch einen Giftgasangriff ermordet werden, entschließt sie sich zu kämpfen: „Was tu ich hier in Deutschland? Ich habe mich selbst gerettet, aber reicht das? Dann habe ich mich entschieden.“

Annegriet Wietsma besucht Nuriye Kesbirs Eltern, die von der Zerstörung des Dorfes berichten, von dem Stolz auf den Kampf ihrer Tochter. Annegriet spricht mit PKK-UnterstützerInnen in den Niederlanden, mit Verwandten in Deutschland. Kämpferinnen in den Bergen berichten über ihren Weg zur PKK.

In den Niederlanden ist Nuriye Kesbir auch nach ihrer Freilassung nicht frei, sie hat keine Papiere, muss sich alle zwei Wochen bei den Behörden melden, sie kann nicht politisch arbeiten, ist unglücklich, zur Untätigkeit gezwungen zu sein. Heimlich verlässt sie das Land und kehrt in die kurdischen Berge zurück – in die Reihen der Frauenguerillakräfte. In Schengen-Europa wird sie bis 2016 zur Persona non grata erklärt.



Foto: http://idfa.3po.nl/nl

Der einzige Schwachpunkt des Films ist vielleicht die Sprache, hier gehen Kurdisch, Türkisch, Deutsch und Niederländisch durcheinander. Nuriye Kesbir, die ja einen Teil ihrer Kindheit in Deutschland verlebt hat, hat ihr Deutsch in 15 Jahren in den kurdischen Bergen verlernt. So erscheint es, dass einiges, was sie sagen möchte, an der Oberfläche bleibt. Aber Deutsch ist die einzige gemeinsame Sprache zwischen den beiden. Für Annegriet Wietsma war es wichtig, direkt mit ihr zu sprechen, eine Kommunikation ohne Dolmetscherin.

Dennoch, Annegriet Wietsmas Film zeigt ein dichtes Portrait von Nuriye Kesbir. Sie zeigt auf, was eine Frau dazu bringen kann zu sagen: „Ich werde niemals heiraten, ich werde niemals Kinder bekommen, ich werde mein privates Leben aufgeben und für die Menschlichkeit und mein Volk leben.“

Interview mit A. Wietsma

Wie bist Du dazu gekommen, einen Film über Nuriye Kesbir zu machen, hattest Du schon zuvor Kontakt mit der kurdischen Bewegung?

Ich wollte schon lange, seit ca. 20 Jahren, einen Film über die kurdische Sache machen. Das Problem der Diaspora der Kurden hat mich immer sehr interessiert. Aber für mich war die kurdische Welt doch auch eine sehr männliche Welt, und ich fühlte in mir Widerstand gegen den Machismo und den Feudalismus der kurdischen Gesellschaft. So hatte ich das Thema lange beiseite gelegt. Dann habe ich etwas über Nuriye Kesbir gelesen, dass sie einen Hungerstreik von 40 Tagen in einem holländischem Knast beendet hatte. Ich dachte: Sie muss eine sehr starke Persönlichkeit haben.

Einen Hungerstreik im Knast, und so lange! Wenn ein Mensch in Holland einen Hungerstreik so lange durchführt, muss das das letzte Druckmittel sein, das er noch hat. Und dann in dieser Situation noch immer weiterzukämpfen – von einem Moment auf den anderen wusste ich: Über sie kann ich einen Film machen. Sie muss ein wertvoller Mensch sein. Und sie ist eine Frau, ich kann ihre Lebenswelt und Einsichten besser verstehen, als wenn sie ein Mann wäre. Sie kann mir Antworten geben auf die Fragen, die ich schon so lange habe: Welche Momente im Leben machen einen Menschen zu einer Kämpferin?

Deswegen habe ich den Kontakt mit ihr hergestellt, als sie noch im Knast war und auf ihre Auslieferung in die Türkei wartete.

Wie sah es mit Förderung für Dein Projekt aus?

Ich habe drei Jahre an diesem Film gearbeitet. Am Anfang war es sehr schwierig, Geld für den Film zu bekommen. Das ist eigentlich immer so geblieben. Wir

haben den Film mit wenig Geld produziert. Das war nicht einfach, denn ich bin Berufsfilmerin und muss von dieser Arbeit auch leben. Aber für mich war es wichtiger, den Film fertigzumachen. Manche Leute haben fast umsonst gearbeitet.

Mit Nuriye Kesbir habe ich immer einen sehr guten Kontakt unterhalten. Wegen des Films waren wir oft zusammen. Alle, denen ich begegnet bin, haben mir sehr viel geholfen und mir vertraut. Nur deshalb habe ich diesen Film machen können, und ich danke allen dafür.

Die Niederlande galten lange als offenes und liberales Land. Es erscheint zunächst unglaublich, dass dort eine derartige Menschenrechtsverletzung – die geplante Auslieferung in die Türkei – stattfinden kann, ganz abgesehen von der langen Haft, der Nuriye Kesbir ausgesetzt war? Wie erklärt sich dieser Widerspruch?

Nuriye Kesbir ist in Holland auf dem internationalen Flughafen, zwei Wochen nach dem Anschlag auf das World Trade Center in New York verhaftet worden.

Sie hätte keinen schlechteren Moment wählen können um zu reisen, denn in der Zeit wurden alle Flughäfen der Welt streng kontrolliert. Sie hatte falsche Papiere und ist deswegen verhaftet worden. Dann haben sie herausgefunden, wer sie wirklich war.

Danach haben drei Jahre lang Prozesse stattgefunden gegen die Auslieferung an die Türkei.

In dem letzten Jahr hatte Holland den Vorsitz über den EU-Rat. In diesem halben Jahr musste entschieden werden, ob die Türkei EU-Mitglied werden soll oder nicht.

Holland konnte natürlich nicht verlangen, dass die Türkei sich Europa anschließen soll, und gleichzeitig behaupten, dass in der Türkei noch gefoltert wird und die (politischen) Gefangenen keinen ehrlichen Prozess bekommen. Deshalb hat der holländische Justizminister sich einspannen lassen sie auszuliefern, denke ich.

Gab es so etwas wie eine niederländische Unterstützung für Nuriye Kesbir?

So weit ich weiß, hat Nuriye Kesbir kaum niederländische Unterstützung bekommen. Die hat sie auch nicht unbedingt gesucht. Sie hatte viel Unterstützung von nicht-holländischen Freunden und Sympathisanten.

Mir erscheint es so, dass die europäischen Staaten insbesondere die politischen Aktivitäten von Frauen wie Nuriye Kesbir fürchten da, die PKK ja hier in Europa gern als nationalistische Partei des Steinzeitsozialismus dargestellt wird. So wurde ja auch Zübeyde Ersöz zunächst festgesetzt. Was denkst Du darüber?

Die Holländer, und auch die anderen europäischen Staaten, wollen vielleicht nicht als Sympathisanten von Volksgruppen, die Gewalt anwenden, dastehen. Die Gewalt ist ein Privileg der offiziellen Nationen und Staaten. Sie haben Angst vor allen, die das nicht anerkennen. Solange die PKK bewaffnet ist, werden sie sie nicht unterstützen. In den Zeiten, in denen wir jetzt leben, ist Terrorismus ein Zauberwort: Jeder, der nicht Teil des Staatsgewaltmonopols ist und Gewalt nicht ablehnt, ist heutzutage ein Terrorist – man darf ihn vernichten. Es gibt keine politischen Nuancen und Unterschiede mehr. Ob es um Männer geht oder um Frauen, macht dabei keinen Unterschied.

Die Türkei ist heutzutage eine Freundin den man zufrieden sehen will. Die Kurden werden dafür geopfert.

Dein Film lief ja auch auf verschiedenen Festivals und auch im niederländischen Fernsehen, wie waren die Reaktionen?

Der Film hatte seine Premiere auf einem der wichtigsten Dokumentarfilmfestivals der Welt, der idfa in Amsterdam, gehabt. Von den 170 Filmen ist „Sozdar, She Who Lives Her Promise“ unter die Top 10 der Publikumfavoriten gekommen. Er wird noch auf vielen Filmfestivals weltweit gezeigt werden, Vancouver (Kanada) ist schon sicher. Im holländischen Fernsehen wird der Film erst am 13. März 2008 (in der Woche des 20. Jahrestages von Halabja) gezeigt werden.

Im Rahmen Deiner Arbeit für den Film bist Du auch in die kurdischen Berge gefahren, um Nuriye Kesbir, die zurückging nach Kurdistan, zu besuchen. Wie lange bist Du dort geblieben, war es nicht gefährlich, dort hinzufahren, wie waren Deine Eindrücke?

Ich bin eine Woche in den Bergen geblieben und bin dort die ganze Zeit mit Nuriye Kesbir herumgefahren, um sie bei ihrer Arbeit zu filmen.

Ich habe versucht, so viele Risiken wie möglich bei meiner Reise und meinem Aufenthalt dort auszuschließen, aber ein Risiko bleibt natürlich immer. Ich habe aber keinen Moment Angst gehabt, bin ganz gut versorgt worden von den Leuten, Männern wie Frauen, was das Essen, die Atmosphäre oder die Bequemlichkeit betrifft. Das Plaudern zusammen vor dem Schlafengehen, die Gespräche, die ich gehabt habe, die Freundlichkeit und Solidarität, die Leichtigkeit und gleichzeitig Schwierigkeit des Lebens in den Bergen haben mich sehr beeindruckt.

Die Atmosphäre war ein bisschen vergleichbar mit dem, was ich selber aus der Hausbesetzerbewegung kenne, in der ich jahrelang politisch sehr aktiv gewesen bin. Aber für mich war das natürlich damals nicht lebensbedrohend, wie für die Leute in den Bergen.

Wie hat Nuriye Kesbir dort auf Dich gewirkt?

Nuriye Kesbir war offensichtlich sehr glücklich dort, viele Male glücklicher als ich sie in Holland erlebt habe. Hier war sie das letzte Jahr frei, das heißt nicht in Haft oder in einem Knast, aber sie lebte noch immer in einer Art Gefängnis. Jedem, der den Film sieht, wird das auffallen.

Welche Eindrücke hat die kurdische Guerilla des Jahres 2007 auf Dich gemacht?

Die Frauen und Männer sind motiviert. Was mir sehr auffiel: Fast jeder Mensch, dem ich dort begegnet bin, hatte freundliche Augen. Wenn die Augen wirklich der Spiegel der Seele sind, so wie das in Holland gesagt wird, gibt es dort viele gute Seelen. ♦

Belgien:
KNK - Kurdistan National Kongress | Zentrale
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 30 84
E-mail: knk@kongrakurdistan.com

Belgien:
KON-KURD
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 99 53
E-mail: info@kon-kurd.org

Deutschland:
Ceni - Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.
Corneliusstr. 125
40215 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 5989251
E-mail: ceni_frauen@gmx.de

Deutschland:
YEK-KOM
Graf-Adolf-Str. 70a
40210 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 17 11 452
E-mail: yekkom@gmx.net
http://www.yekkom.com/

Österreich:
FEY-KOM
Siebenbrunnengasse 27
1050 Wien
Tel: (43) 1 - 9209082
E-mail: feykom@chello.at

Italien:
Ufficio d´Informazione del Kurdistan in Italia
UIKI-Onlus
Via Gregorio VII 278, int. 18
00165 Roma
Tel: (39) 06 - 636892
E-mail: uiki.onlus@fastwebnet.it

Niederlande:
FED-KOM
Sloterkade 10
1058 HD Amsterdam NL
Tel: (31) 20 - 61 41 816
E-mail: kicadam@xs4all.nl

Dänemark:
FEY-KURD
Victoriagade 16 c, 2 Sal
1655 Kobenhavn
Tel: (45) 33 - 22 89 98
E-mail: feykurd@mail.dk

Australien:
Australian Kurdish Association Inc.
93 Main Street
Blacktown 2148 Sydney
Tel: (61) 2 - 96 76 72 45

Zypern:
Kypriaki Epitropi Allileggyis sto Kourdistan
Tach. Thyr. 25607
1311 Lefkosia / Kypros
Tel: (357) 2 - 37 42 16
E-mail: ernk-ky@logos.cy.net

Russländische Föderation:
Mala Kurda
ul. Vilgelma Pika, d. 4/A
129 226 Moskva
Tel./Fax: (70) 95 - 18 71 200
E-mail: kurdistan_komite@yahoo.com

Frankreich:
Centre d'Information du Kurdistan
147 Rue Lafayette; 75010 Paris
Tel: 0(033) 1 42 81 22 71
E-mail: knkparis@wanadoo.fr

Schweiz:
KURD-CHR
15 rues des Savoises
1205 Genevre
Tel: (41) 22 32 81 984
E-mail: kurd-chr@freesurf.ch

Liebes Redaktionsteam der Zeitschrift „Kurdistan Report",

in eurer Zeitschrift Nr.135 werden viele Lösungsvorschläge, von verschiedenen Personen, für ein freies und unabhängiges Kurdistan gegeben.

Diese Lösungen sind alles richtige Vorschläge, jedoch kommt es ein wenig so rüber, als ob Erdoğan die gesamte Schuld an der Türkeipolitik bzw. Kurdenfrage hätte. Natürlich ist er nicht ganz so unschuldig an der schlechten Politik in der Türkei, es darf aber auch nicht vergessen werden, dass er das Sprachrohr von Büyükanıt ist. Erdoğan kann gar nicht alles so umsetzen, wie er es im Wahlkampf versprochen hat, denn seine Reden werden vom Militär kontrolliert. Wenn das Militär will, kann es Erdoğan sofort durch einen Putsch stürzen. Das Militär kann auch eine Gruppe dazu bringen, Erdoğan umzubringen, wie es bei Turgut Özal der Fall war. Genauer gesagt, traut sich Erdoğan gar nichts in Richtung Kurdenpolitik zu sagen, sondern führt mehrheitlich das aus, was das Militär von ihm will. Auf der anderen Seite, setzt er sich für seine Ziele ein, die für ihn persönlich Vorteile haben:die Kopftuchdebatte. Erdoğan möchte, dass das Kopftuchtragen als „Erlaubt" durchkommt, zum eigen Vorteil natürlich, da dann auch seine Frau Emine Erdoğan mit ins türkische Parlament eintrteten darf.

Einen anderen Aspekt, denn ich ansprechen möchte, sind die Kurden selbst.

Es herrscht so gut wie gar kein Zusammenhalt zwischen den Kurden. Die Kurden halten viel zu sehr an ihren Religionen, anstatt an ihr Kurdensein. Sie wählen fast alle Erdoğan, weil der ja auch Moslem ist. Die Frage ist, „wie soll ein Kurdistan entstehen, wenn die Kurden ihr Kurdensein zum Teil gar nicht wahrnehmen"? Heute hauen sich viele ehemalige Erdoğanwähler auf ihren Köpfen, wie sie Erdoğan nur wählen konnten. Um darüber nachzudenken ist es aber viel zu spät, Erdoğans Politik reicht schon über die Türkeipolitik hinaus: Auch Teile Südkurdistans, wie die Kandil Berge, werden schon mitlerweile bombadiert.

Hierbei erkennt man wie gut die Kurden zusammenhalten: die PKK, die für die Rechte der Kurden seit 30 Jahren kämpfen, werden in Südkurdistan vom türkischen Militär bekämpft, auch Zivilisten werden getötet. Und was unternehmen Barzani und Talabani dagegen? Gar nichts. Sie tun so, als ob die PKK und die Kurden aus der Türkei keine Kurden wären. Vertrauen den Amerikanern, „es wird schon gut gehen". Man sollte aber auch nicht vergessen, dass die Amerikaner nicht in den Irak einmarschiert sind, um die Kurden von Saddams Diktatur zu befreien, sondern zum eigenen Vorteil: Erdölimport nach Amerika für fast keinen Cent.

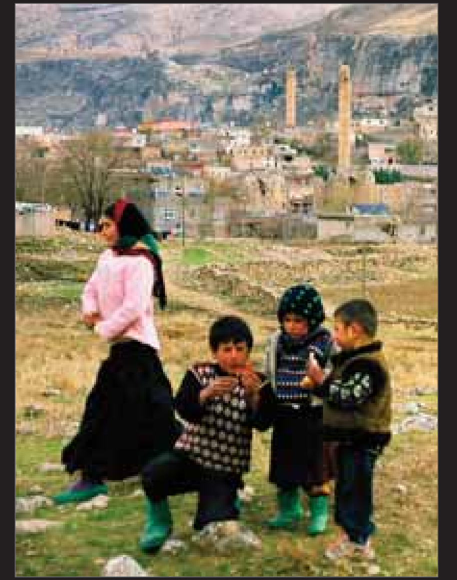
Kurdistan ist nicht nur gepalten in 4 Hälften, sondern auch in 4-5 Religionen, wobei sich jeder Kurde fest an die eigene Religion klammert. Wenn man sich einmal in der Welt umsieht und fragt: „wer hat denn kein Land"? So stellt man fest, dass die Kurden die größte Volksgruppe der Welt ist, die kein eigenes Land hat, dieses man aber damit begründen kann , dass 1. es zu wenig Zusammenhalt zwischen den Kurden gibt und 2. die Kurden viel zu sehr an ihren Religionen geklammert sind.

Wir als Kurden brauchen keine Hilfe aus Europa oder Amerika zu erwarten, Kurdistan ist geteilt in 4 Hälften, welcher Hälfte soll den Amerika und Europa zuhören? Europa und Amerika haben andere Sorgen als das Kurdenproblem, so hart es sich auch anhören mag. Zwischen Israel und Palestina gibt es schon seit Zig Jahren Krieg. Wenn Amerika und Europa jemanden helfen sollte, dann wird es wohl zuerst Israel sein, da dieses Land zumal bedroht ist durch den Iran.

Wir als Kurden müssen ersteinmal einen Weg finden, wie wir als Kurden alle zusammenhalten können. Der erste Weg wäre, DTP zu wählen und diese Partei im türkischen Parlament so stark zu machen, dass sie mehr oder weniger das Sagen hat. Diese Partei wäre die Zukunft der Kurden und vielleicht auch eine Beferiung für Herr Öcalan, der Führer, Held und Gott der Kurden.

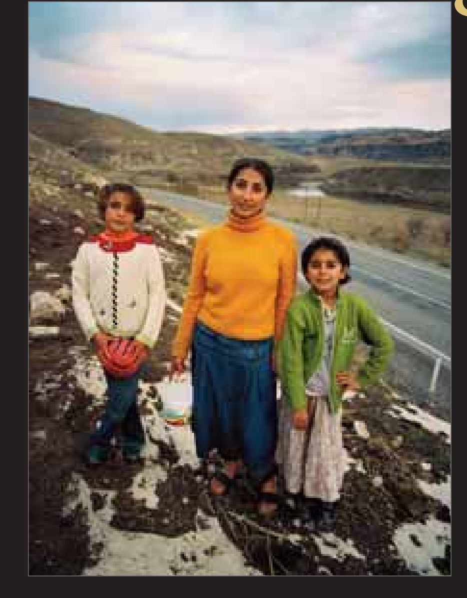
Zahra aus Deutschland, 27. Jan 2008

Im Tal der Stille





Menschen im Tigristal


Bilder von Christian Kaiser – www.kaiser-photography.de





ISSN 0935-5375